

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 15. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Abstimmung der badischen Fraktion

schreibt uns Genosse Eichhorn:

Nachdem Genosse Kolb, einer der Wortführer der Fraktionsmehrheit, die für das badische Budget stimmte, diese Abstimmung begründet, wird es nicht verfehlt sein, wenn auch ich als bisheriges Mitglied der badischen Kammerfraktion meine Meinung zu der Frage ausspreche.

Kolb schreibt:

„Jedwede Einnischung in unsere spezielle badische Politik und die ihr entsprechende Taktik von Berlin aus lehnen wir ebenso höflich wie entschieden ab. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir gutgemeinten Ratschlägen, auch wenn sie aus Berlin kommen, kein Gehör schenken. Wo man aber solche für angebracht und zweckmäßig hält, müssen sie in einem Tone und in einer Form gemacht werden, die nicht verlegend sind.“

Kolbs Auffassung von dem Charakter der deutschen Gesamtpartei ist grundfalsch. Es gibt keine spezielle badische sozialdemokratische Politik, wie es keine selbständige badische oder sächsische oder preussische Partei gibt, deren jede sich die Einnischung der Parteileitung verbitten könnte. Der Föderalcharakter des Reichs ist nicht übertragen auf die Partei, wir haben vielmehr eine geschlossene deutsche Partei. Bestimmt durch den internationalen Charakter der Partei, mahnen wir uns sogar an, uns in die sozialistische Politik ausländischer Staaten einzumischen und — wie die Ergebnisse unserer internationalen Kongresse zeigen — nicht ohne Erfolg!

Und nun zur Budgetbewilligung selbst.

Kolb schreibt:

„Die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion ist verpflichtet, innerhalb des Rahmens der Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse tätig zu sein.“

Dieser Satz ist ihm gewissermaßen Voraussetzung seiner Ablehnung einer „Berliner“ Einnischung. Gut! Gegen ihn aber verstoßt die Zustimmung der Fraktionsmehrheit zu dem Budget! In der Lübecker Resolution, die hier maßgebend ist, heißt es ganz klar: „eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden!“ Genosse Debel, der Vater dieser Resolution, der sie vor der Einbringung mit Ulrich, David, Stolten und wahrscheinlich auch noch anderen Vertretern in bundesstaatlichen Landtagen besprach, gab auch die beiden seiner Auffassung nach einzig in Frage kommenden Beispiele, was unter solchen ausnahmsweisen Fällen zu verstehen sei: einmal, wenn durch unsere Zustimmung zu dem einen ein anderes für die Steuerzahler und das Volk schlechteres Budget ferngehalten werden könne (Anwendung der Theorie vom kleineren Uebel), und dann, wenn wir in einem Parlament die Mehrheit haben und in die Lage kommen, ein nach unserer Auffassung gestaltetes Budget zur Annahme und Durchführung zu bringen.

Beide Fälle liegen hier nicht vor! Es sind aber auch keine anderen „zwingenden und besonderen Gründe“ vorhanden, die ausnahmsweise die Zustimmung rechtfertigen.

In der offiziellen Erklärung der Fraktionsmehrheit heißt es:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Finanzgesetz.“

Auch in anderen Sessionen mußten die erbärmlichen Löhne der Eisenbahnarbeiter usw. etwas erhöht werden, es wurden auch dringend nötige Erhöhungen der Lehrergehälter beschlossen; die Fraktion hatte gewiß das größte Verdienst um diese Fortschritte, aber sie stimmte deswegen doch gegen das Gesamtbudget! Die Arbeiter und Beamten wären auch diesmal nicht um ihre Zulagen gekommen, wenn die neun Mann der Fraktion am Prinzip festgehalten hätten, denn das Budget wurde ja einstimmig — mit circa 70 Stimmen — angenommen! Ja, hätten wir die Mehrheit gehabt und unter solchen besonderen Verhältnissen das nach unserer Auffassung gestaltete Budget angenommen, dann wären die kleinen Beamten ganz wesentlich besser bei der Gehaltsregulierung weggekommen, und das Beamtengesetz wäre kein Ausnahmengesetz gegen Frauen geworden, als welches man es ohne Übertreibung ansprechen kann.

Aber die Mehrheit der Fraktion legte Wert darauf, die Verantwortung für dieses Beamtengesetz, das die Frauen niedriger einstellt als die Männer und das keine Gewähr gegen Maßregelung politisch unbequemer Leute bietet, mitzutragen! Und es heißt in der offiziellen Motivierung der Abstimmung weiter:

„Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es

unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen.“

Es ist noch sehr zweifelhaft, ob es notwendig ist, sich für ein Beamtengesetz, wie das vorstehend charakterisierte, und für einen Gehaltstarif, der nach oben wohl sehr erheblich, nach unten aber recht bescheiden ausfällt, so stark ins Zeug zu legen. Aber gut, die Fraktion hat beiden zugestimmt, und es ist von keiner Seite ernsthaft die Ablehnung begehrt worden. Aber anders steht es mit der Beschaffung der Mittel: das Vorgehen der Regierung war hierin im ersten Stadium wirklich fortschrittliche Politik: sie verlangte Erhöhung der Vermögenssteuer von 11 auf 12 Pfennig pro 100 Mark Steuerkapital und wollte durch die erzielte Mehreinnahme eine alte ungerechte Fleischsteuer, welche jährlich circa 800 000 Mark bringt, aufheben.

Die Vertreter des Westes, die nationalliberale und die Zentrumspartei lehnten eine Erhöhung der Vermögenssteuer ab. Ganz begreiflich. Sie wollten Rücksicht auf ihre Klasse nehmen und gleichzeitig Wahlpolitik treiben, denn im nächsten Jahre sind Landtagswahlen! Aber unbegreiflich ist, daß unsere Genossen schon zu Beginn der Session bei der Festsetzung des provisorischen Steuerfußes der vorläufigen Forterhebung der Steuer, dem niederen Steuerfuß von 11 Pf. Vermögenssteuer zugestimmten!

Bei der definitiven Festsetzung ist nicht mehr viel zu retten gewesen. Die Vermögenssteuer wurde trotz der Anträge unserer Vertreter in der Budgetkommission nicht erhöht, dafür aber eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer von 10 Proz. vorgenommen. Vor einigen Jahren wurde diese Steuer bereits um 20 Proz. erhöht; es ruht also jetzt ein volles Drittel Steuern mehr auf den Einnahmen, wobei — was hier ausschlaggebend — auch die kleinen Einkommen getroffen werden, während die Vermögen des landwirtschaftlichen und des industriellen Kapitals schonung finden!

Und um diese kapitalistische Steuerpolitik zu krönen, lehnte die Mehrheit des Landtages den Regierungsvorschlag, die Fleischsteuer aufzuheben, ab! Der Referent, Oberbürgermeister Dr. Wilkens, zitiert selbst aus einer Fleischpetition:

„Die vielfach verbreitete Annahme, diese Steuer werde regelmäßig vom Metzger getragen, ist irrig. Die Fleischsteuer bildet vielmehr einen Teil der Produktionskosten, die unter normalen Verhältnissen dem Metzger im Verkaufspreis seiner Ware wieder erzielt werden. In Zeiten hoher Viehpreise mag er vorübergehend außerstande sein, sie wieder abzuwälzen; er wird sich dann aber bei sinkenden Viehpreisen für jene Einbuße wieder zu entschädigen suchen. Der eigentliche Träger der Fleischsteuer ist also der Fleischkonsument. Doch wird dieser von ihr nicht nach seiner Leistungsfähigkeit, die den einzigen Maßstab einer gerechten Besteuerung bildet, sondern nach seinem Verbrauch belastet, der hauptsächlich von der Größe seiner Familie und von der Intensität seiner Tätigkeit abhängt.“

Diese Erwägungen waren für die bürgerliche Mehrheit vielleicht ein Grund mehr, gegen die Abschaffung dieser Fleischsteuer zu stimmen; aber wie in aller Welt kommen Sozialdemokraten dazu, einem Steuergesetz, das auf einem relativ niederen Steuerfuß bei einer stark agrarisch gearteten Vermögenssteuer festhält, das die Aufhebung der indirekten Fleischsteuer ablehnt und dazu noch die Einkommensteuer für die niederen Einkommen um 10 Proz. erhöht, zuzustimmen?

Man kann also suchen, wie man will, die „zwingenden“ Gründe, welche die Fraktionsmehrheit nötigten, gerade wegen der Gehaltserhöhungen dem Budget zuzustimmen, finden sich nicht!

Dagegen enthält die Motivierung der Zustimmung selbst eine Reihe von Gründen, die, unabhängig von der prinzipiellen Seite, für strikte Ablehnung des Budgets sprechen. Die Erklärung besagt in dieser Beziehung:

„Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzte und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksinteressen schädigte.“

Na, also! Keine durchschlagenden Gründe, für das Budget zu stimmen, aber Ursache genug, der Regierung ein direktes Mißtrauensvotum auszustellen! Und doch Zustimmung zum Budget?!

Kolb schiebt schließlich die Schwierigkeit ein, diese Widersprüche begreiflich zu machen, er spielt die ganze Budgetabstimmung auf eine reine Formsache hinaus und stößt damit natürlich wieder die Deklaration über den Hausen, die sowohl der Frankfurter als der Lübecker Parteitag der Budgetbewilligung gaben! Kolb sagt:

Vor der Abstimmung über den Gesamtetat wird im badischen Landtag über jedes einzelne Budget besonders abgestimmt. Die Gesamtstimmung ist nur ein formeller Akt, durch welchen die vorher-

gegangenen materiellen Beschlüsse in keiner Weise mehr beeinflusst werden. Die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat nun einstimmig allen Einzel-etats, sowie allen Gesetzen, die diesem Landtag vorgelegt haben, zugestimmt. Unter diese Gesetze fällt auch das erst vor einigen Tagen verabschiedete Steuergesetz, dem auch die beiden dissentierenden Fraktionskollegen zugestimmt und damit der badischen Regierung de facto die Mittel zum Vollzug des Budgets bewilligt haben. Es hat gar keinen Sinn, bei der rein formellen Abstimmung über den Gesamtetat „Nein“ zu sagen, wenn man zuvor allen Gesetzen und allen Einzelbudgets zugestimmt hat.“

So wie Kolb die Sache darstellt, liegt sie nun doch nicht; erstens hat die Fraktion sicher nicht allen Einzelbudgets zugestimmt. Ich weiß es zwar nicht genau, da ich mich in dieser Session infolge meiner Anwesenheit im Reichstag nur recht wenig an den Landtagsarbeiten beteiligen konnte; aber ich kann nicht glauben, daß von der Fraktion dem Kultusbudget, der Zivilliste, den Ausgaben für Gesandtschaften, für die Ordenskanzlei usw. zugestimmt wurde! Dann aber ist die Abstimmung über die Einzel-etats in Erwartung der namentlichen Abstimmung über das Gesamtbudget auch eine so formlose, daß nicht auf Zustimmung eines jeden, der sich bei den Hunderten von Positionen, die ihm nicht passen, nicht dagegen erhebt, geschlossen werden kann! Das Schwergewicht liegt im Landtage wie im Reichstag eben im Finanzgesetz, das alle Einzelpositionen zusammenfaßt! Und wie das Budget als Ganzes aufzufassen ist, als Ausdruck des gesamten Regierungssystems, so muß auch die Schlussabstimmung darüber das Fazit unserer Stellung zu diesem System sein!

Man kann da nicht willkürlich sagen, die Zustimmung soll kein Vertrauensvotum sein. Selbst dann nicht, wenn ein Minister zu Hilfe kommt und sich über das „Mißtrauen“ der budgetbewilligenden Sozialdemokraten beklagt!

Der Minister Honfell hielt es vielleicht aus Rücksicht auf den gegenwärtig etwas sozialistenfeindlichen Regierungskurs in Baden für nötig, die Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokraten besonders zu unterstreichen. Um so mehr bemühte sich der Führer der Demokraten, Professor Heimbürger, im Interesse eines bei den nächsten Wahlen etwa nötig werdenden Großblocks, eines Bundes von Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten, sofort nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten keineswegs staatsfeindlich seien, wenn sie einem Minister ihr Mißtrauen aussprechen! Nicht hat er damit, nur galt es bisher für selbstverständlich, daß Sozialdemokraten Feinde des Gegenwartsstaates sind!

Wenn es so weiter geht, wird allerdings die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion dieses bürgerliche Lob bald verdienen! Aber man darf dann nicht mehr behaupten, daß man innerhalb des Rahmens der Parteigrundsätze und der Parteitagbeschlüsse handelt!

Der Disziplinbruch und die Parteipresse.

Die süddeutsche Parteipresse.

„Münchener Post“:

„Es steht nicht gut aus, daß der „Vorwärts“ in seiner Eigenschaft als Zentralorgan sich derart in eine unberechtigte Aufregung hineinredet. Bei der ganzen Angelegenheit ist nur eine Frage zu entscheiden, nämlich die, ob die Erklärung der badischen Parteigenossen die Bedingungen des Lübecker Beschlusses erfüllt oder nicht. Der „Vorwärts“ ist der Meinung, daß sei nicht der Fall; die süddeutsche Parteipresse ist anderer Ansicht. Zu entscheiden hat nun der Parteitag. Im Interesse der Partei liegt es, die sachliche Entscheidung nicht durch unangebrachte Wortworte wie „Minierer“, „woherwogener Disziplinbruch“ und ähnliche negative Liebenswürdigkeiten zu stören.“

„Frankf. Tagespost“:

„Wir beabsichtigen nicht, auf diese sonderbar aufgeregten und übertreibenden Ausführungen des „Vorwärts“ einzugehen, wir wollen ihn vielmehr ansprechen lassen, um dann in aller Ruhe unsere Anschauungen klar zu legen. Wir begreifen ja einigermaßen diese Stimmung des „Vorwärts“, hat er doch seinen Groll über die süddeutsche Staatsabstimmungen länger als ein Jahr im Wusensichweigend bewahren müssen. Kein Wunder, daß sich da die aufgespeicherte Erregung, die seit der Schwabenabstimmung des Vorjahres ihn bedrängt, in so gewaltiger Weise entleert.“

Die gebotene Schärfe der Kennzeichnung eines doppelten Bruches der Parteidisziplin und des Versuches, einen süddeutschen Sonderbund in der Partei zu gründen, nennen die „M. P.“ und die „Fr. Tagesp.“ „unberechtigt“ und „sonderbare Aufregung“. Die „Fr. Tagesp.“ würzt diesen trampfhaften Scherz noch durch die Unwahrheit, daß der „Vorwärts“ seinen Groll über die vorjährige Staatsbewilligung der Württemberger „schweigend“ habe im Wusensichweigend bewahren müssen, während der „Vorwärts“ gerade im August vorigen Jahres die Abstimmung der württembergischen Landtagsfraktion in zwei recht eingehenden Beiträgen behandelt und gemißbilligt hat!

Die Insertions-Gebühr

beruht für die sechsgehaltene Rollen- zeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 30 Pfg., für „Kleine Anzeigen“, das erste (steh- gebrauchte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Geschäfts- Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Auch der Straßburger „Freien Presse“ hätte diese Tatsache bekannt sein dürfen!

„Schwäb. Volkszeitung“ (Augsburg):

Nach unserem Dafürhalten ist es das gute Recht der süddeutschen parteigenösslichen Landtagsfraktionen, zur Beiprägung gemeinsamer Fragen sich so oft zusammenzufinden, als sie es eben für nötig halten, ohne erst in Leipzig um gütige Erlaubnis und in Berlin um freundliche Mitwirkung anzufragen. Wir halten auch die Darstellung des „Vorwärts“ vor der Hand für viel zu wenig erschöpfend, um darauf ein Urteil aufzubauen, und möchten daher den bayrischen Landesvorstand um feinerseitige erschöpfende Aufklärung ersuchen, die allerdings nicht lange auf sich warten lassen dürfte.

Ein Schweigegebot gegenüber dem Parteivorstand würden wir freilich unter allen Umständen auch für eine Kinderrei ansehen.

„Mannheimer Volksstimme“:

Mit ihrer Erklärung hat die sozialdemokratische Fraktion (Badens) bewiesen, daß ihr Beschluß, dem Budget zuzustimmen, durchaus auf dem Boden der bisherigen Parteibeschlüsse, insbesondere der Lübecker Resolution steht. Damit fällt natürlich auch der Vorwurf dahin, daß eine „Auflehnung gegen die Parteidisziplin“ vorliege, die geändert werden müsse. Die „grundgesetzliche“ Frage, ob die Lübecker Resolution richtig oder falsch sei, wird durch die Stellungnahme der badischen Landtagsfraktion in keiner Weise berührt, und wenn überhaupt eine Diskussion über die Abstimmung unserer badischen Abgeordneten geführt werden soll, so wird sie logischerweise nur auf dem Boden der Parteibeschlüsse, auf den die Fraktion selbst sich ausdrücklich gestellt hat. Die Frage wird dann einzig die sein, ob die Gründe, die die Fraktion zur Bewilligung des Budgets bestimmten, im Sinne des Lübecker Parteitagbeschlusses „zwingende“ waren oder nicht. Und auf diesem Boden wird sich, dessen sind wir sicher, bei gutem Willen leicht eine Verständigung herbeiführen lassen. Jedenfalls ist es bei dieser Lage der Dinge absolut unangebracht, die Diskussion in einer Weise und in einem Tone zu führen, als ob die heiligsten Grundsätze der Partei verletzt worden wären.

Dieser Auffassung der „Mannheimer Volksstimme“ treten besonders scharf zwei mitteldeutsche Parteiblätter entgegen, deren Äußerungen wir deshalb gleich an dieser Stelle wiedergeben wollen:

„Thüringer Volksfreund“ (Sonneberg):

Diese Erklärung mag begreifen, wer kann. Es soll kein Vertrauensbottum für die Regierung sein, aber: wir drücken der Regierung durch die Zustimmung zum Budget unser Vertrauen aus. Wir werden die Regierung nach wie vor bekämpfen, deshalb geben wir die Waffe der Budgetverweigerung aus der Hand. Die badische Regierung hat in Wort und Tat den Grundsatz der Gleichheit gegenüber Angehörigen der Sozialdemokratie verletzt, und durch ihre Haltung im Bundesrat bei der Finanzreform wichtige Volksrechte geschädigt; und das belohnen wir badischen Landtagsabgeordneten dadurch, daß wir es unterlassen, der Regierung ihr Mißtrauensbottum durch Ablehnung des Gesamterats zum Ausdruck zu bringen.

Wahrlich, wider spruchsvoller hätte man sich nicht gut aus der Affäre ziehen können. Und eine solche Haltung muß die badische Landtagsfraktion gerade jetzt einnehmen; zu einer Zeit, in der die Sozialdemokratie gegenübersteht einer einzigen reaktionären Masse — dem Bloc. Anstatt gerade in dieser Zeit die allerstrengste Disziplin zu üben, erlaubt man sich in Baden solch rollenwidrige Seitensprünge.

„Erfurter Tribune“:

Die Erklärung ist reizend. Sie paßt so ungefähr auf alles, was wir bekämpfen und ablehnen. Nach diesem Schema kann auch die Reichstagsfraktion nicht mehr so spröde sein und den Reichstagen ablehnen, denn es paßt auch dazu ganz vortrefflich. Die zukünftige Erklärung der Reichstagsfraktion dürfte etwa lauten: Die Regierung hat der Gleichheit der Staatsbürger ins Gesicht geschlagen; die Regierung läßt Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse üben; die Regierung vertritt nur die Interessen der besitzenden Klasse usw. usw. Da aber im Etat auch ein paar Pfennige für irgend einen der Arbeiterklasse zugute kommenden Zweck ausgeworfen sind, deshalb stimmen wir für das Budget. Aber das meint noch lange keine Vertrauenslunggebung. Bewahre! Wir mißtrauen nach wie vor, — um aber natürlich nächstes Jahr und in Zukunft in gleicher Weise „ja“ zu sagen.

Eine solche Komödie wäre eben eine Komödie, ein Widerspruch in sich selbst; denn die Gewalt der Klassenregierung bricht man nicht durch eine platonische „Erklärung“, wenn man ihr zugleich damit die Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Klassen-gewalt bewilligt. Entweder oder! Jede Opposition schlägt sich selbst die Waffe aus der Hand, wenn sie den Fortbestand der Klassenregierung durch Bewilligung der Mittel sichert.

Weitere Verteidiger des Disziplinbruchs.

„Bergische Arbeiterstimme“ (Solingen):

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß die badische Landtagsfraktion im Einverständnis mit dem badischen Parteivorstand und den Redaktionen der badischen Parteiblätter gehandelt und sich durch das diktatorische Eingreifen des Berliner Parteivorstandes verletzt gefühlt hat. Die Kompetenzfrage liegt, wie wir schon gestern hervorgehoben, nicht ganz leicht, da eine Landtagsfraktion und ein Landesvorstand unzweifelhaft für sich das Vertrauen beanspruchen müssen, zunächst einmal auf eigene Verantwortlichkeit hin handeln zu dürfen. Daß sie über ihre Handlungen sowohl den Genossen im Lande wie der Gesamtpartei Rechenschaft abzulegen haben, versteht sich von selbst.

Eine pflichtgemäße Anfrage des Parteivorstandes an die Vertretung einer Landesgruppe wird hier also zum diktatorischen Eingreifen des Berliner (I) Parteivorstandes. Offenbar stammen diese Sätze, die an Partikularismus und Demagogie wirklich Hervorragendes leisten, von dem bekannten ehemaligen Nationalsozialen, der bereits im vorigen Jahre bei der Kolonialdebatte bewies, daß er die Elementarprinzipien des Sozialismus noch nicht bewältigt hatte. Hier beweist er nun, daß er auch keine blasse Ahnung vom Wesen einer demokratischen Parteiorganisation besitzt!

„Volksblatt“ (Bochum):

Endlich haben wir den sätigen Parteitag. Es ging wie immer: die „Leipziger Volkszeitung“ pfliff vor und der „Vorwärts“ tanzte nach. Am 8. August stellte die „Leipziger Volkszeitung“ in durchschossenem Druß die hochpotenzierte Frage, ob es wahr sei, was sie gehört habe, nämlich die sozialdemokratischen Mitglieder der süddeutschen Landtage beschloßen hätten, für die Landesbudgets zu stimmen. Das ließ den „Vorwärts“ nicht schlafen. In seiner gestrigen Nummer veröffentlicht er unter der alarmierenden Überschrift „Auflehnung gegen die Parteidisziplin“ einen Leitartikel, der dem „Vorwärts“ sofort wieder die bisher lange vermehrte Beachtung bei der bürgerlichen Presse verschafft. Sie behandelt den Artikel des „Vorwärts“ bereits in Leitartikeln mit angemessenen Kommentaren.

Wir ziehen aus dieser Geschichte zunächst einige andere Schlüsse als der „Vorwärts“. Erstens entspricht der Sachverhalt selbst in der uns allein bekannten Darstellung des „Vorwärts“ keineswegs der aufregenden Ueberschrift des „Vorwärts“-Artikels. Von einer Auflehnung gegen die Parteidisziplin zu reden, ist nichts als unangemessene Sensationsmacherei. Der „Vorwärts“ weiß nur zu melden, daß eine Anzahl süddeutscher Genossen den Plan gefaßt haben — nicht etwa gegen den Lübecker Parteitagbeschlus zu handeln —, sondern „eine Befestigung des Lübecker Parteitagbeschlusses anzustreben“. Die Frage der Budgetbewilligung ist eine tatsächliche. Selbstverständlich wird kein aufrechter und urteilsfähiger Demokrat dem gegenwärtigen Regiment im Reiche oder der gegenwärtigen preussischen Regierung das Budget bewilligen. Dennoch kann man über die Zweckmäßigkeit des Lübecker Beschlusses geteilter Meinung sein, wie denn sogar der Lübecker Parteitag selbst geteilter Meinung darüber war.

Weiter will aber der „Vorwärts“ erfahren haben, daß die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages beschloßen habe, diesmal das Budget zu bewilligen. Daß dieser Beschluß eine Wirkung der Stuttgarter Verhandlungen sei, ist eine bloße Vermutung des „Vorwärts“.

Das schließliche der „Vorwärts“ über das Eingreifen des Parteivorstandes mittels, ist vollends seltsam. Nach der Behauptung des „Vorwärts“ hätte der Parteivorstand, als er — nicht etwa von Handlungen der badischen Genossen Kenntnis — sondern von Absichten der Genossen hinterherum erfuhr, diese zur Rechtfertigung aufgefordert. An sich schon ein ungewöhnlicher Vorgang. Ob die Berufung des badischen Landesvorstandes auf das Schweigegebot angemessen war, bleibe zunächst dahingestellt. Immerhin würde sich auf eine ungewöhnliche Anfrage eine ungewöhnliche Antwort rechtfertigen. Wenn aber darauf der Parteivorstand an den badischen Landesvorstand in dem Tone, mit den Worten telegraphiert hat, wie der „Vorwärts“ das wiedergibt, dann würden wir vollständig begreifen, wenn der badische Landesvorstand darauf einfach schwiege. Wir hätten es dann — immer vorausgesetzt, daß die Angaben des „Vorwärts“ über das Verhalten des Parteivorstandes richtig sind, was uns bis jetzt noch sehr zweifelhaft erscheint — wohl mit einer durchaus angemessenen Form der Auflehnung gegen unangemessenes Auftreten des Parteivorstandes zu tun, eine Auflehnung gegen die Parteidisziplin vermöchten wir aber auch darin nicht zu sehen. Die Pflicht der Subordination besteht wohl in preussischen Heere, nicht aber in der deutschen Sozialdemokratie.

Darauf hat schon der selbige Heine geantwortet:

„Wir kennen die Weise, wir kennen den Text. Wir kennen auch die Verfasser!“

„Volkswille“ (Hannover):

Diese Erklärung (der badischen Fraktion) entspricht unseres Erachtens durchaus dem Lübecker Beschluß. Wenn es noch, daß die badische Landtagsfraktion in Uebereinstimmung mit allen Landesinstanzen gehandelt hat. Es haben also weder die süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten im allgemeinen, noch die badischen in besonderer gegen die Parteidisziplin verstoßen. Bleibt also nur noch die „Geheimnisträmerie“ gegenüber dem Parteivorstand. Die „Münchener Post“ stellt nun fest, daß der Parteivorstand nach dem Organisationsstatut keinerlei Aufsichtsberechtigung über die Landtagsfraktionen ebenso wenig wie über die Reichstagsfraktion habe. Wenn er etwas tadelnswert finde, so sei der Parteitag der Ort, die Beschwerden vorzubringen.

Das ist alles ganz gut und schön. Trotzdem meinen wir, daß der badische Landesvorstand, ohne sich und den übrigen Genossen etwas zu vergeben, dem Parteivorstand von der bestehenden Absicht sehr wohl hätte Mitteilung machen können unter Angabe der Gründe, die für den bereits gefaßten Beschluß ausschlaggebend gewesen. Vor dem Parteivorstande braucht man doch derartige „Geheimnisse“ nicht ängstlich zu hüten, noch dazu, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die die gesamte Partei interessiert und die noch obendrein in wenigen Tagen zu jedermanns Kenntnis gelangt.

Proteste.

Frankfurter „Volksstimme“.

Dieser parlamentarische Vorgang hat bei wemem nicht die grundsätzliche Bedeutung, die ihm beigegeben wird. Unsere außerparlamentarische Arbeit unter dem Proletariat selbst ist viel wichtiger. Im Einzelfalle können zwei ganz grundsätzliche Parteigenossen ganz verschieden zu der Frage stehen, wie im Parlament abgestimmt werden soll. Das befragt aber auch, daß von demjenigen süddeutschen Genossen, die für Bewilligung des Budgets aus Gründen sind, wie sie gestern Genosse Franz im badischen Landtag darlegte, die Rechte weit überschätzt werden, die unserer Agitation aus einer Ablehnung des Budgets erwachsen würden. Wir können in der Agitation wirklich den Vorwurf sehr leicht tragen, daß wir eine Staatserhebung in ihrer Gesamtheit ablehnten, trotzdem wir an der Einstellung einer großen Anzahl von Einzelposten mitarbeiteten und für sie stimmten. Das machen wir bei jedem Gelehe.

Im jetzigen badischen Falle macht es die Haltung unserer Genossen eher schlimmer als besser, daß sie erklären, ihre Regierung sei reaktionär, sie stimmten aber wegen der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne für das Budget. Das ist ganz verkehrt. Die magere Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne tritt auch ohne unsere Stimmen ein; dagegen haben unsere badischen Genossen mit ihrer Zustimmung eine Waffe aus der Hand, die sie als Klassenkämpfer so lange handhaben müssen, als der badische Staat überwiegend reaktionär regiert wird. Sonst fehlt ihrer ganzen parlamentarischen Aktion die proletarische Spitze. Die Hervorkehrung des Schweigegebots gegen den Parteivorstand vollends halten wir für ganz besonders ungeschickt. Die badischen Genossen konnten der Gefahr, daß sich der Parteivorstand als übereifriger Jenos für einzelne Landtagsfraktionen aufspiele, nicht besser begegnen, als dadurch, daß sie ihm das Raster kameradschaftlichen Verkehrs gaben, das ihre Antwort nur zu sehr vermischen läßt.

„Mühlhäuser Volkszeitung“:

Den Ausführungen des „Vorwärts“ haben wir nichts hinzuzufügen, wir legen nur Gewicht darauf, festzustellen, daß wir durchaus damit einverstanden sind.

„Düsseldorfer Volksz.“:

Nach diesen Darlegungen wird der Münchener Parteitag nicht um die Behandlung dieser Angelegenheit herumkommen. Vielleicht findet sich bei dem Punkt „Finanzreform“ Gelegenheit, unsere Stellung in der Steuer- und Budgetbewilligungsfrage erneut zu präzisieren. Doch möchten wir hierbei gleich betonen, daß unseres Erachtens die Parteiorganisationen unserer süddeutschen Genossen zu diesen Dingen nicht werden schweigen können. Bisher war es uns in der Partei und in dem Charakter der Partei als proletarische Massenbewegung begründet, daß die sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten ebenso wie Stadtverordnete und Gemeindevorsteher die Vertrauensmänner der Parteiorganisationen der betreffenden Kreise darstellen, in steter Fühlung mit ihnen bleiben und ihren Intentionen entsprechend handeln. Sollten unsere süddeutschen Abgeordneten dieses einzige richtige Verhältnis nicht mehr weiter führen wollen und sich als über der Parteiorganisation stehend betrachten, so wäre es an der Zeit, den Genossen diesen Irrtum so bald wie möglich zu nehmen.

„Norddeutsche Volksstimme“ (Bremerhaven):

Diese Ausführungen des „Vorwärts“ werden in der gesamten Partei das allerstärkste Befremden, um nicht zu sagen die gerechteste Entrüstung hervorrufen. Wenn die süddeutschen Landtagsabgeordneten schon so weit sind, daß sie sich dem Parteivorstand gegenüber hinter ein selbst gegebenes „Schweigegebot“ verstecken, so ist es dringend nötig, diesen Genossen klarzumachen, daß die Gesamtpartei derartige „Auswüchse des parlamentarischen Kretinismus mit glühendem Eisen ausbrennen wird.“

Wir können und dem Besagten nur vollinhaltlich anschließen. Der Lübecker Parteitagbeschlus muß auch von den Parteivertretern in den süddeutschen Landtagen respektiert werden. Sind sie aber der Meinung, daß der Beschluß nicht mehr „zeitgemäß“ sei, dann mögen sie mit ihren Gründen vor die Partei offen hinstreten, nicht aber sich in den Mantel des Geheimnisses hüllen. Schon daraus scheint uns das Betruhen zu sprechen, sich auf unrechtem Wege zu befinden. In der Tat liegt heute am wenigsten Grund vor, von der alten Praxis abzuweichen.

„Braunschweiger Volksfreund“:

Wie man sieht, sind unsere badischen Genossen um Gründe nicht gerade verlegen, indessen wird ihr Disziplinbruch dadurch nicht aus der Welt geschafft.

„Sächs. Volksblatt“ (Zwickau):

Soweit der „Vorwärts“, dem wir uns in allem vollständig anschließen. Ebenso seinem Protest gegen ein System der Geheimnisträmerie und Sonderbündelei, das jede Demokratie und Einheit der Partei zunichte macht.

Auch wir erwarten, daß die süddeutschen Genossen das Zweierlei von Disziplin nicht mitmachen. Es wäre zu traurig, wenn jede Landtagsfraktion sich über die Köpfe der Parteigenossen hinweg eine eigene Stellung schaffen und bestehende Beschlüsse des deutschen Parteitages ignorieren wollte, als wenn sie nicht da wären. Die Geheimhaltung des unter Ausschluß der Parteiorganisationen zustande gekommenen Beschlusses kennzeichnet am besten das Schuldbewußtsein in der vorliegenden Frage.

„Bremer Bürgerzeitung“:

Aber man darf dann doch wohl daran erinnern, daß die Landtagsfraktion selbst in ihrer Erklärung bemerkt, sie habe der Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ihr Mißtrauen durch Ablehnung des Etatsgesetzes ausdrücken wollen. Wenn die Regierung dennoch für Mißtrauen hält, was wieder Vertrauen noch Mißtrauen sein sollte, dann hat die Fraktion sich ja völlig umsonst bemüht. Oder besser: sie hat dem Teufel kapitalistische Regierung, dem Ausschuh der herrschenden Klassen den kleinen Finger gereicht und er verlangt die ganze Hand. Das ist nur natürlich. Wir sind überzeugt, daß die revisionistische Tendenz, aus der heraus die badische Landtagsfraktion zur Bewilligung des Etatsgesetzes kam, dahin führt, der Regierung weiter als geschehen entgegenzukommen. Denn was man mit der Nachgiebigkeit der Budgetbewilligung bei gleichzeitiger Unnachgiebigkeit dem Parteivorstand gegenüber bezog, das war der erste Schritt auf der schiefen Ebene, die zum parlamentarischen Kretinismus führt. Dabei wird die Sozialdemokratie aus einer revolutionären zu einer simplen Reformpartei. Wie der Revisionismus es immer wünschte.

„Hamburger Volksblatt“:

Somit stehen wir also vor einer vollendeten Tatsache und die „Leipziger Volkszeitung“ hat eine vollständige Antwort erfahren. Ueber das Verhalten der süddeutschen Genossen, die disziplinlos einen feststehenden Beschluß des Lübecker Parteitages durchbrachen, wird auf dem bevorstehenden Parteitag in Nürnberg ein ernstes Wort gesprochen werden müssen.

„Erfener Arbeiter-Zeitung“:

Demnach scheinen unsere süddeutschen Genossen in bezug auf Parteidisziplin aus der Reihe tanzen zu wollen. Ob das ohne weiteres geht, darüber wird ja wohl noch ein Wortchen zu reden sein. Wenn erst die Beschlüsse des Gesamtparteitages nicht mehr respektiert werden sollen — die Budgetverweigerung ist Beschluß des Parteitages in Lübeck — wo sollen wir da hinkommen?

„Dortmunder Arbeiter-Zeitung“:

Wir müssen sagen, daß ein gleich skandalöser Vorgang in der Partei lange nicht vorgekommen ist. Alles ist unerhört an diesen Geschehnissen:

Erstens die Geheimhaltung einer Konferenz von sozialistischen Parlamentariern, die sich mit wichtigen Fragen der Parteitaktik befaßt, vor der Masse der Genossen. Ja — was zum Teufel denken sie denn die Herren Parlamentarier eigentlich? Sind etwa sie es, die der Partei die Parochie route vorzuschreiben haben? Oder sind sie nicht vielmehr einfach Beauftragte der Masse der organisierten Arbeiterklasse, Beauftragte, die die Ehre haben, auf einem besonders vorgeordneten Posten gestellt zu sein? Nicht die Fraktionen haben die Direktiven zu geben, sondern die Parteitage. Und diesen Direktiven haben die Abgeordneten sich genau so gut zu fügen wie jeder andere Genosse. Genossen erster und zweiter Klasse gibt es nicht. Die Abgeordneten haben nicht über, sondern in der Masse zu stehen! Sie dürfen keine Parteiaristokratie bilden, dürfen keinen Moment die engste Fühlung mit der Masse der organisierten Arbeiterklasse verlieren. Geheimkonferenzen von Parlamentariern, die sich mit Fragen befähigen, die der Beschlusfassung der Parteitage unterliegen, sind im Organisationsstatut der Partei nicht vorgesehen und deshalb schlechthin unzulässig — und besonders unzuverlässig eben als Geheimkonferenzen, die sich der Kontrolle und Kritik der Gesamtpartei und ihrer Instanzen entziehen. Daß gerade die sozialistischen Abgeordneten der süddeutschen Staaten und nur der süddeutschen Staaten sich zu solcher parteiwidrigen Geheimbündelei zusammengesetzt haben, gibt der Sache einen sehr fatalen Beigeschmack von Partikularismus, der sich in der internationalen Sozialdemokratie besonders schön macht!

Zweitens: Die Fraktionskonferenz hatte wenigstens noch von einer formellen Beschlußfassung abgesehen. Die badischen Landtagsabgeordneten aber beschließen für sich aus eigener Nachvollkommenheit, sich direkt gegen den Beschluß des Lübecker Parteitages aufzulehnen! Wenn das kein parlamentarischer Größenwahn, keine parlamentarische Ueberhebung ist, so wissen wir nicht, was wir so nennen sollen. So handeln Abgeordnete, deren Pflicht es sein sollte, der Masse der „gewöhnlichen“ Genossen in allen Fragen der Parteidisziplin mit gutem Beispiele voranzugehen! Wenn das am grünen Holze geschieht, so darf man sich über Disziplinwidrigkeiten in der Masse wirklich nicht wundern! Wir hoffen dringend, daß die Partei, die gegen Disziplinwidrigkeiten „untergeordneter“ Genossen oft sehr scharf einschreitet, nicht mit zweierlei Maß messen, nicht die großen Diebe laufen lassen wird, während sie die kleinen schlägt!

Endlich drittens: Das „Schweigegebot“ in einer wichtigen Frage der Parteitaktik gegenüber dem Parteivorstande! Man verweigert der Parteileitung Auskunft über einen Beschluß, der das Parteileben in der tiefsten Weise berührt! Das ist nicht mehr bloß „Kinderrei“, wie der Parteivorstand schonend sagt, das grenzt geradezu an Meuterei — an Meuterei vor dem Feinde!

Die Krise der rechtgläubigen Kirche in Rußland.

I.

Aus dem das heutige Rußland erfüllenden blutigen Nebel sieht der unbefangene Beobachter eine heftigere Erscheinung aufsteigen, die in letzter Zeit immer deutlichere Gestalt annimmt. Die Volksmassen erwachen aus ihrem religiösen Dämmer Schlaf, der sie bisher in der Unerschütterlichkeit der göttlichen Offenbarung mannt. Und wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß die religiöse Krise verschiedene in Rußland vertretene Konfessionen ergriffen hat, so ist es doch sehr auffällig, wie besonders schwer der Schoß ist, den die offiziell herrschende, also die „rechtgläubige“ Kirche dabei gelitten hat. Immer häufiger kommt die rechtgläubige Kirche in die unangenehme Lage, ihre Verluste zählen zu müssen, immer größer wird die Zahl derer, die zur katholischen, lutherischen, mosaischen Kirche, zum Stundismus, Baptismus und anderen Sekten übergehen. Die Zeitungsberichte zeugen von unerkennbaren Symptomen eines tiefgehenden Zerfallsprozesses im Organismus des alleinigmächtigsten rechten Glaubens. Regierung und Geistlichkeit äußern begreiflicherweise lebhaftest Bestürzung. „Was sehen, was hören wir ringsum?“ getriert Synodmitglied ersten Ranges Mitropolia Antonina. „Der Glaube verarmt, die altruistische Frömmigkeit verdirbt.“ („Kosmoje Wremja“, Nr. 10 945, 1907.) „Welch eine Zukunft erwartet unsere Kirche?“ fragt das geistliche Blatt „Luzschewets“ (Nr. 2, 1908). Die Resolutionen vieler Eparchialkongresse jammern über den „Bruch jedes idealen und religiösen Zusammenhangs zwischen Volk und Geistlichkeit“. „Unsere Bauernschaft“, sagte u. a. ein Geistlicher auf dem Smolensker Kongress, „zeigt große Abneigung gegen die Geistlichen... verfolgt sie mit unerbittlicher Beharrlichkeit...“ „Wir russische Seelenhirten haben freilich die Günst unserer Herde eingebüßt, würden es aber noch schlimmer machen, wenn wir bezweigen zur Regierung unsere Zuflucht nehmen wollten. Nein, nicht diese ist es, die uns unserer schwierigen Lage erheben kann...“ „Sperrten Sie doch Augen und Ohren auf, und Sie werden es bald merken, mit welchen Augen das Volk seine Geistlichen anseht; es verachtet sie, spottet sie an...“ („Frieder“, Nr. 81, Januar 1908.)

Wer mit der Geschichte der russischen rechtgläubigen Kirche einigermassen vertraut ist, für den wird es nicht Neues sein, daß sie gerade in den letzten drei Jahrzehnten einen hohen Grad der Blüte erreicht hatte, namentlich zur Zeit der Regierung Alexanders III. Dieser ganz vom berüchtigten Bobodonojew beherrschte Zar war der eifrigste Förderer und Beschützer der Kirche. Im ersten Jahrzehnt der Herrschaft Alexanders III., in den Jahren 1881 bis 1890, sind beispielsweise 169 neue Klöster gestiftet worden. Der jährliche Zuwachs der dem Kloster Geweihten betrug alljährlich im Durchschnitt 1284 Menschen beiderlei Geschlechts. In zwanzig Jahren verdoppelte sich die Anzahl der Klosterbrüder und -Schwestern; im Laufe von fünfzehn Jahren (1890 bis 1905) ist der Landbesitz der Kirche um 20 000 Desjatinen größer geworden; an Klosterlandbesitzungen kommen jetzt im Durchschnitt in den fünfzig Gouvernements des europäischen Rußlands etwa vierzig Desjatinen auf jeden Monach und jede Nonne. So ist z. B. das Sarowkloster der Wälder von 26 000 Desjatinen Land. Die Gesamtmenge des russischen Kirchenlandbesitzes wurde im Jahre 1906 auf 1,8 Millionen Desjatinen im Werte von 116 Millionen Rubel geschätzt. So entwickelte und befestigte sich die materielle Lage der Kirche. Es schien auch in moralischer Beziehung ein entsprechendes Aufsteigen eingetreten zu sein. Das hat sich schnell gewandelt. „Glaubensarmut“ und Verfall der „altruistischen Frömmigkeit“ sind das schlimmste Ende! Welche Ursachen mögen nun wohl dieser Erscheinung zugrunde liegen?

Ihren blühenden Wohlstand verdankte die rechtgläubige Kirche an erster Stelle einer weitgehenden staatlichen Unterstützung; was Wunder, daß sie auch ihrerseits für die herrschende Staatsordnung, das heißt den Absolutismus, eifrig Partei nahm. Es wärdt eben eine Hand die andere. Die religiöse Tätigkeit der rechtgläubigen Geistlichkeit trug demgemäß in den letzten Jahrzehnten einen ausgeprägten politischen Anstrich und manifestierte sich nicht sowohl in der Fürsorge für die „sündige Menschenseele“, als vielmehr in stetigen Bemühungen um die Festigung der Grundpfeiler der historischen Macht. Somit hat der Klerus im Lande eine durch und durch reaktionäre Rolle gespielt. Als nun die Revolution in Rußland begann, schwur die Geistlichkeit, wie es ja auch gar nicht anders zu erwarten war, offenkundig zur Fahne des Absolutismus. Sie spielt auch noch heute in der konterrevolutionären Organisation „Russischer Volksbund“ eine hervorragende Rolle, verteidigt in ungewöhnlicher Weise die Todesstrafe gegen die Feinde des Zarismus und scheut auch nicht vor Proklamationen zurück, in denen das Volk zur Vertilgung der unrechtgläubigen Nation aufgehetzt wird. Gerade die Revolution und der sie begleitende offene Kampf zwischen den zwei feindlichen Lagern — den ausbeutenden Bedrückten und den ausgebeuteten Bedrückten — drängte dem Volke die Ueberzeugung auf, daß die Geistlichkeit mit Leib und Seele dem ersten Lager angehöre. Dieses durchaus volksfeindliche Verhalten der Geistlichen im Verein mit dem Ausdruck einer erstarrten Verzweiflung, den der große Kampf in der tierischschütterten Volksseele heraufbeschworen hatte, mußte zu einem religiösen Rückschlag in der Weltanschauung der Massen führen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. August 1908.

Die „Klassenjustiz“ der „Deutschen Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht einen Leitartikel „Die Stadtwirtschaft in Jurisprudenz und Nationalökonomie“, in dem ein „juristischer Professor“ nachzuweisen sucht, daß nicht nur Stadtkinder und besonders Großstadtkinder zu sehr von „bornierten Vorurteilen“ erfüllt wären, um die Bedeutung der Landwirtschaft für das Gesamtwirtschaftsleben zu verstehen und sich deshalb zu guten Nationalökonomien nicht eignen, sondern daß auch die deutsche Rechtsprechung durch die Stadtkinder in eine ganz einseitige Richtung gedrängt würde, da nur rein städtische Anschauungen auf den juristischen Nachwuchs überfließen. Wörtlich heißt es in dem Landbündlerblatt:

„Hätten wir auch mehr Landkinder unter den Richtern, so würde die Rechtsprechung in vielen Fragen ein ganz anderes Gesicht zeigen. Denn gerade für die praktischen Fragen bringt das Landkind bessere Vorbildungen aus seiner Erziehung mit als das Stadtkind. Der Stadtkind ist der eigentliche Träger und Erfinder aller doktrinären Theorien, und Stadtkinder sind es, die in der Rechtsprechung durch die blinde Befolgung blutleerer Theorien so viel Unheil anrichten. (Vergleiche die Rechtsprechung in der Tierhalterfrage.) Man kann ruhig sagen: Das geistige und wissenschaftliche Willen einer städtischen Familie ist doktrinäer, jedenfalls doktrinäer als das einer ländlichen.“

Die ehrsame „Deutsche Tageszeitung“ gehört zu den Blättern, die jedesmal einen hysterischen Krampfanfall bekommen, wenn wir von Klassenjustiz sprechen und ausinandersetzen, daß die deutschen Richter als Leute, die aus einer anderen Klasse hervorgegangen, in einem anderen Milieu aufgewachsen, durch andere Anschauungen und Interessen beeinflusst sind, vielfach die Psyche und Motive des Arbeiters, seine Lebensverhältnisse und seine Lebensauffassung gar nicht zu verstehen vermögen, und deshalb, vornehmlich wenn es sich um Interessentkonflikte zwischen Arbeiter und Unternehmer

handelt, zu ganz einseitigen Urteilen, zu Klassenurteilen fähig sind. In dem oben zitierten Artikel aber findet das Blatt sogar, daß selbst die Tatsache, ob jemand auf dem Lande oder in der Stadt aufgewachsen ist, schon einen großen Unterschied macht und die Rechtsprechung „in vielen Fragen“ ungünstig beeinflusst. Ist dann etwa das Aufwachsen unter ganz verschiedenen Existenzbedingungen und das Leben in ganz verschiedenen Arbeitsverhältnissen, Interessen- und Anschauungsfreien von geringerem Einfluß? Und heißt es die Richter mehr beiseitigen, von ihnen zu sagen, sie vermöchten nicht über ihr Milieu hinauszukommen, als wenn man von ihnen behauptet, ihre Rechtsauffassungen hingen davon ab, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande geboren seien?

Bank-Umsatzsteuer.

Auf der Suche nach Steuerquellen ist Schatzsekretär Sydow auch auf den Gedanken einer Banksteuer verfallen. Diese Steuer ist, wie die „Deutsche Reichskorrespondenz“ erfahren hat, in der Form eines Stempels gedacht, der in Höhe von zwei Zehntel Prozent von jedem erhoben werden soll, der irgendwo bei einer Bank Geld in Empfang nimmt, sei es nun beim Diskontieren eines Wechsels, beim Lombardgeschäft oder im Giroverkehr, kurzum bei jedem Geldumlauf, der sich im Bankverkehr vollzieht. Man rechnet mit einem Bankumsatz von 400 Milliarden pro Jahr, das würde eine Einnahme von 800 Millionen Mark ergeben.

Kamentlich aber habe dieser Reichsbankstempel den großen Vorzug völliger Beweglichkeit, indem der zu erhebende Prozentsatz in jedem Jahre, je nach den Bedürfnissen des Reiches, durch den Reichstag besonders festgesetzt werden könne; wenn also 400 Millionen für das Reich genügen sollten, dann würden ein Zehntel Prozent, also 10 Pf. von 100 M., als Stempel ausreichen. Sollte die beabsichtigte Ausdehnung der Reichsbanksteuer auf die Deszendenden einen nennenswerten Ertrag abwerfen, dann ließe sich der Bankstempel in zwanzigstel Prozent teilen; kurz und gut, er lasse sich den jeweiligen Erfordernissen des Reiches in einer Weise anpassen, wie keine andere Steuer, und ergäbe somit die zuverlässigste Grundlage für die Gesundung der gerüttelten Reichsfinanzen.

Der Börsenfreisinn sieht bereits seinen Profit bedroht und schickt sich an, gegen diesen Steuerorschlag Sturm zu laufen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt nämlich:

„Das Projekt einer Bankumsatzsteuer gehört im übrigen zu den Mitteln, die von konservativer Seite der Regierung zur Verbesserung der Reichsfinanzen eindringlich empfohlen werden. Daß dabei die Banksteuer ein Mittel ist, das den gesamten Handel, das speziell das Kapital und den Bankverkehr schwer treffen würde, macht sie den Agrariern noch besonders sympathisch. Nur vergessen die Leute, daß auch der Kleinkaufmann und Handwerker, der heutzutage häufig ein Bankkonto unterhält, durch die Erhebung einer Steuer für jeden Geldumlauf im Bankverkehr stark belastet würde.“

Und wie steht es mit der Begründung einer solchen Steuer? Zu ihrer Rechtfertigung führt man an, daß durch sie diejenigen Elemente eine angemessene Belastung erfahren, die beim Ertrag und seiner Versteuerung noch nicht und beim Einkommen nicht mehr vorhanden seien. Allein man beachtet nicht, daß man damit einer höchst willkürlichen Versteuerung das Wort redet. Der Verkehrsakt, der sich bei einem Geldumlauf im Bankverkehr vollzieht, kann durch die allererschwerendsten Ursachen hervorgerufen werden und den allernützlichsten Zwecken dienen. Darauf kann natürlich eine Bankumsatzsteuer keine Rücksicht nehmen, sie kann nur den Verkehrsakt als solchen besteuern und wird daher höchst ungerecht sein müssen. Daß die Steuer außerdem für viele Kreise des Publikums mit zahlreichen Unbequemlichkeiten und Belastungen verbunden sein würde, läßt sie gewiß nicht empfehlenswerter erscheinen.“

Der Arbeitskammergesetzentwurf

dürfte dem Reichstage, wie eine hiesige parlamentarische Korrespondenz berichtet, in diesem Jahre nicht mehr zugehen. Der Entwurf, der dem Bundesrate vorliegt, wird im Herbst umgearbeitet werden und infolgedessen vorläufig zurückgestellt werden. Da dem Reichstage im November die Finanzgesetze vorgelegt werden und aus der Sommertagung noch Beratungsmaterial vorliegt, so dürfte der Arbeitskammerentwurf, selbst wenn er noch vor Weihnachten zur Vorlegung gelangte, vom Reichstage erst viel später beraten werden können. Es herrscht auch sonst die Stimmung vor, den Reichstag im Winter nicht zu sehr mit Arbeitsstoff zu belasten. Auch die Strafprozessreform und die Arbeiterversicherungreform gelten als Materien, die vom Reichstage erst nach Erledigung der finanz- und etatsdienlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können und dem Reichstage deshalb auch erst später zugehen sollen.

Schwarze Listen.

Der „Vergnappe“, das Organ des Gewerkschaftsbundes christlicher Vergarbeiter Deutschlands, teilt in der neuesten Nummer mit, daß eine im Juli zur Ausgabe gelangte schwarze Liste des Zeichenverbandes auf 68 Seiten über 4000 Namen von Vergarbeitern enthalte, die unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben sollen und deshalb für drei Monate ausgesperrt werden. Der „Vergnappe“ fordert die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes christlicher Vergarbeiter auf, der Leitung behilflich zu sein, um festzustellen, ob auch Arbeiter auf der Liste stehen, die nicht unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt.

Die Staatsanwälte stehen diesem dreisten Vorgehen angeblich „hilflos“ gegenüber.

Württemberg und die Schiffsabgaben.

Auf die Stellung Süddeutschlands zu den von Preußen geplanten Schiffsabgaben wirft der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer Reutlingen ein bezeichnendes Licht. Die Kammer betont zunächst, daß sie sich bisher (1) grundsätzlich gegen die Erhebung von Schiffsabgaben ausgesprochen habe. Denn diese bedeuten eine Belastung des Verkehrs und damit eine Verleuerung der Warenerzeugung. Seit aber die preussischen Vorschläge für eine „Finanzgemeinschaft“ der Rheinflusstaaten bekannt geworden seien, habe sich die Kammer einer völlig veränderten Sachlage gegenübergestellt. Nunmehr werde durch die Schiffsabgaben für Württemberg keine Verleuerung des Wasserweges, sondern eine wesentliche Verbilligung des Verkehrs eintreten. Jene Finanzgemeinschaft bedeute für Württemberg das Mittel, zu einem Großschiffahrtswege auf dem Neckar zu gelangen, und dadurch werde sich die Stellung der württembergischen Industrie im Wettbewerbe bedeutend heben. Württemberg dürfe „die ihm gebotene Gelegenheit“ daher nicht veräumen und müsse sich jener Verkehrsgemeinschaft anschließen.

Also auch die Herren von der Reutlinger Handelskammer haben sich überzeugen lassen, daß Preußen mit seinen Schiffsabgaben eigentlich eine Verbilligung des Verkehrs plant. Wie hat man nur so lange schände übersehen können, daß sich die preussischen Geheimräte seit fünf Jahren höchst ungenügend nur deshalb um Schiffsabgaben im Schweiße ihres Angesichts abmühen, um für Württemberg die Durchführung umfassender Kanalpläne zu ermöglichen!

Gegen die Reichs-Elektrizitätssteuer.

Die Gemeindefolgen Stuttgarts beschlossen in ihrer heutigen Sitzung eine Eingabe an die Königlich Württembergische Staatsregierung und die Landstände, darin dieselben aufgefordert werden, gegen die geplante Reichs-Elektrizitäts- und Gassteuer Stellung zu nehmen, sowie darauf hinzuwirken, daß diese Frage auf die Tagesordnung des diesjährigen Städtetages gesetzt wird.

Pofadowshy als Rettungsauner.

Die „Nat. Korr.“ besaß sich mit der geplanten Kandidatur des Grafen Pofadowshy in Speyer-Ludwigsbafen und faßt ihre Ansicht in die Sätze zusammen:

„Wir würden die Kandidatur des Grafen Pofadowshy als einen ersten, verheißungsvollen Versuch ansehen, in Kreisen, in denen sonst keine der bürgerlichen Parteien eine Möglichkeit des Erfolges hat, durch Einigung auf eine bestimmte prominente Persönlichkeit der bürgerlichen Sache den Sieg zu sichern, zugleich solchen tagenden Männern, die sich in keine Partei zwingen lassen, und darum unter regulären Umständen keine Aussicht auf ein Mandat hätten, einen Sitz im Reichstage zu verschaffen; sie gehören in ihn hinein. Wobei man gewiß den praktischen Einfluß, den sie üben werden, nicht überschätzen soll. Schließlich wird nach Parteien abgestimmt und nach Fraktionsbeschlüssen. Aber deshalb werden bedeutende Männer, die außerhalb der Parteien stehen, als Anreger doch auch im Reichstage ihren Wert behalten.“

Graf Pofadowshy ist konservativ, die Nationalliberalen würden also von vornherein darauf verzichten, als Partei in den Wahlkampf einzutreten. Dorest steht aber noch nicht fest, ob Graf Pofadowshy will und dann hätte der warme Verteidiger der Zucht-hausvorlage ohne Zweifel auch den zum Zentrum gehörigen Arbeitern gegenüber einen schweren Stand. —

Folgenschwere Zusammenstoß zwischen Hafnarbeitern und Arbeitswilligen. Seit Wochen streiken die Hafnarbeiter der Firma „Widische Habel- und Sägenwerke“ am Düsseldorfener neuen Hafen. Der christliche Transportarbeiterverband, der am Hafen fast gar keine Mitglieder hatte, besetzte Streikbrecher. Diese erstickten sich des weitgehenden Schutzes der Polizei. Provokationen gegen die streikenden Arbeiter kamen öfter vor. Am 21. Juli wurde ein Krüppel, der ein künstliches Bein hat, bei einer Auseinandersetzung mit den Arbeitswilligen von drei Streikbrechern mit Eisen und Messern schwer mißhandelt. Streikpöbeln wurde den Streikenden fast unmöglich gemacht. Nicht nur wurde den Leuten der Aufenthalt im Hafen verboten, sondern auch mit Protokollen wurden die auf der Straße außerhalb des Hafens patrouillierenden Posten reichlich bedacht. Es erhielten Leute Strafbefehle über 30 Mark, die nachts um 2 und 3 Uhr an der menschenleeren Hammerstraße Passanten belästigt haben sollen! Die Erbitterung der streikenden Hafnarbeiter wurde immer größer. Dienstag abend gegen 7 Uhr entstand nun zwischen Hafnarbeitern und Arbeitswilligen der Firma „W. H. S. W.“ in der Nähe des neuen Hafens unter einer Bahnumfährung eine schwere Schlägerei. Die Arbeitswilligen machten von ihren Revolvern Gebrauch. Dort wohnende Leute sprechen von vielen Schüssen, die gefallen sind. Es gab auf beiden Seiten schwer und leicht Verwundete. Der Revolverarbeiter Weidhorn aus Neuf von der Firma „W. H. S. W.“ erhielt einen Messerstich in die Lunge, so daß er in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte, doch haben die Ärzte Hoffnung, den Mann am Leben zu erhalten. Von den Hafnarbeitern wurden, wie schon gemeldet, 14 Mann verhaftet. Von einer Verhaftung der revolverschwingenden Arbeitswilligen ist nichts bekannt geworden.

Das Protokoll des Münchener Städtetages.

Am 6. und 7. Juli tagte in München der Deutsche Städtetag. Bis heute, also nach fünf Wochen, ist das Stenogramm noch nicht erschienen. Anscheinend legen die Veranstalter dieser Tagung diesen Verhandlungen so wenig Wert bei, daß es ihnen gleichgültig erscheint, ob und wann der stenographische Bericht das Licht der Welt erblickt. Dann kann aber auch das viele Geld, was so ein Städtetag kostet, besser gespart werden. Und wenn sich die Herren Bürgermeister nach zwei oder drei Jahren mal wiedersehen und die Hand drücken wollen, mögen sie die Kosten nur aus ihrer Tasche bestreiten.

Landwirtschaftlicher Unterricht im Heer.

Im nächsten Winter soll im preussischen Heer nach bayerischem Muster bei einzelnen Truppenteilen ein landwirtschaftlicher Unterricht eingeführt werden. Die Teilnahme am Unterricht ist eine „freiwillige“, und darf der Kurzus nur in den Freistunden nach dem Tagesdienst stattfinden und nicht mehr als zwei Stunden in der Woche beanspruchen. Teilnehmern dürfen nur Mannschaften des 2. bzw. 3. Jahrganges und Unteroffiziere. Als Zweck der Kurse wird angegeben:

„Der Soldat, der aus dem landwirtschaftlichen Beruf stammt, soll, nachdem er längere Zeit seinem Beruf entfremdet worden war, zunächst wieder für seinen Beruf interessiert werden. Er hat in seiner Dienstzeit, namentlich in Industriebezirken, andere Arbeitsverhältnisse kennen gelernt und das Leben und der Verdienst mag ihm beim Industriearbeiter verdockender erschienen sein als beim Landarbeiter. Die sozialistische Propaganda, die auch von den sozialistisch angehauchten Kameraden sehr geschickt in der Kaserne indirekt betrieben wird, trägt auch ihre Teil bei, den Gedanken der Landflucht beim ländlichen Soldaten reifen zu lassen. Aufgabe des landwirtschaftlichen Unterrichts wird es sein, die alte Liebe für die Landwirtschaft im ländlichen Soldaten wieder wachzurufen und dadurch der Landflucht im Interesse der Landwirtschaft vorzubeugen.“

Belgien.

Die Kongoannexion in erster Lesung beschlossen.

Brüssel, 14. August. Die Kammer hat heute nachmittag die letzten Artikel des Kolonialgesetzes angenommen und damit die erste Lesung der Vorlage beendet.

Portugal.

Neue Währung.

Lissabon, 14. August. In der Stadt macht sich erneut revolutionäre Agitation bemerkbar. Verschiedene Haus-suchungen wurden abgehalten, wobei zahlreiche Gewehre beschlagnahmt wurden.

Marokko.

Mulay Hafid rührt sich.

Einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Tanger zufolge ist am 8. d. M. früh entgegen aller Erwartung eine acht-tausend Mann starke Mahalla Mulay Hafids aus Fes nach dem Schaugebiet aufgebrochen. Die Mahalla steht unter dem Befehl des Bruders Mulay Hafids, Mulay Abdur. Mulay Hafid will den treu zu ihm haltenden Säden bei dem zu erwartenden Entscheidungskampfe mit Abdul Azzis durch diese Truppenmacht stützen. Die Mahalla, die gut ausgerüstet ist und fünfzig Geschütze mit sich führt, soll durch Sofan ziehen. —

Kleine Kämpfe.

Paris, 13. August. Nach einem Telegramm des Generals d'Amade aus Casablanca lagerte Abdul Azzis am Montag bei El Duella. Die Scheragha haben Omar Sekiani, der eine hafidische Mahalla kommandiert, geschlagen. In der Gegend

von Demnat befanden sich Parteigänger Abdul Kisi mit Leuten des Bruders von El Glau im Gefecht, doch ist über dessen Ausgang nichts bekannt.

Gewerkchaftliches.

Der Kampf ums wahre Christentum.

Die deutschen christlichen Gewerkschaftsführer haben auf dem internationalen christlichen Gewerkschafts-Kongress in Zürich dem Papst und den Bischöfen das Recht bestritten, den katholischen Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich zu organisieren haben. Herr Giesberts meinte, die Kirche könne die Verantwortung für die Interessenkämpfe der Arbeiter nicht auf sich nehmen und müsse sich deshalb eines Einspruchs in die wirklichen Bestrebungen der Arbeiter enthalten. Derartige Äußerungen haben nun den ganzen Zorn der katholischen Fachabteiler hervorgerufen, Ihr Organ, der „Arbeiter“ in Berlin, hält Herrn Giesberts entgegen, daß die Kirche für jeden Kampf eintreten könne, der im Geiste wahren Christentums geführt werde, dagegen müsse sie allerdings die Verantwortung für jeden Kampf ablehnen, der den christlichen Grundsätzen widerspreche. Herr Giesberts bekräftigt demnach 1. daß die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften den Grundsätzen des Christentums widersprechen, 2. daß also die christlichen Gewerkschaften gar keine christlichen Gewerkschaften sind, 3. daß selbstverständlich in solchen Gewerkschaften kein Geistlicher, vor allen Dingen aber kein wahrhaft christlicher Arbeiter hinein gehört.

Herrn Schiffer, der die christlichen Gewerkschaften für rein wirtschaftliche Unternehmungen erkläre, denen gegenüber den Bischöfen kein Nachwort zustehe, hält das Blatt entgegen:

„Seine anmaßenden Äußerungen beweisen nur, daß er nicht die geringste Ahnung von der sittlichen Würde und den Pflichten der Arbeit hat, die die Kompetenz des Episkopats in seiner doppelten Eigenschaft als gottgesetzter Lehrer undhirt der Christenheit in vollem Umfange begründet.“

In einer Zuschrift an den „Arbeiter“ wird die Mahnung an die katholischen Arbeiter gerichtet, weit ab von solchen Führern (Giesberts, Schiffer, Weber) zu rücken, „denn wir sind katholische Männer und wir wissen auch, daß die Züricher Vorgänge auch in den Kreisen helle Entrüstung hervorgerufen haben, die in der Gewerkschaftsfrage nicht auf unserem Standpunkte stehen“. Es gehöre ein trauriger Mut für Leute dazu, die sich als Katholiken bezeichnen, den Ratgeber, Korrektor und Kritiker des hochwürdigen Episkopats zu spielen. „Eine solche Sprache in einer auch von Andersgläubigen besuchten Versammlung — das hat uns die Schamröde ins Gesicht getrieben. Nicht bloß die 120 000 Arbeiter unseres Verbandes, nein, mit uns protestieren Hunderttausende andere katholische Arbeiter und Mitglieder anderer Stände gegen eine solche Sprache. Wir haben Priester in den letzten Tagen gesprochen, die wahrlich nicht in der Gewerkschaftsfrage mit uns übereinstimmen: sie waren in tiefer Seele entrüstet.“

So tobt in der katholischen Arbeiterschaft seit dem Bestehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Streit über die Art und das Maß, wie Religion und Kirche in der Arbeiterbewegung mitzusprechen haben. Die christlichen Gewerkschaften haben sich das Süppchen selber eingebracht, indem sie wirtschaftliche Bestrebungen mit religiösen Anschauungen vermischen und dadurch den Vertretern der Kirche den Anlaß gaben, sich als Vormünder der gewerkschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter aufzuspielen. Die katholischen Fachabteiler ziehen nur die Konsequenzen aus den Grundsätzen, die einst die Herren Giesberts, Schiffer usw. als Arbeiterzerpflücker im Dienste des Zentrums verkündet haben und die ihnen jetzt selber un bequem werden. Es ist ein Un Ding, wirtschaftliche Bestrebungen auf „christlicher Grundlage“ durchzuführen, aber wer das als notwendig anerkennt, wie das die christlichen Gewerkschaften tun, der muß sich auch gefallen lassen, daß noch frommere Leute die Konsequenzen ziehen und sich völlig unter die Vormundschaft der Kirche stellen.

Berlin und Umgegend.

Der freisinnige Arbeitgeber Karl Flohr.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Karl Flohr, Chausseestraße, versammelten sich dieser Tage im Saale der nahen Hochbrauerei, eingeladen vom Deutschen Metallarbeiterverband.

Der freisinnige Stadtverordnete Karl Flohr und die Koalitionsfreunde der Arbeiter und Arbeiterinnen, so hieß das Thema, über welches Johannes vor der stark besuchten Versammlung referierte. Die gegenwärtig sich abspielenden Ereignisse bei der Firma Flohr zeigen mit aller Deutlichkeit, wie das Streben des „freisinnigen“ Herrn Flohr darauf gerichtet ist, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Man erinnert sich noch der Postkarten, die der „Bundesbruder“ Karl Flohr im März d. J. an seine Arbeiter schrieb, wie dann der gelbe Werkverein gegründet wurde, für den der „Sommerrentat“ Flohr 300 M. spendete. Die Gelben entwickelten eine lebhafteste Agitation, „Obergelbe“ wurden eingesetzt, die Agitation zu überwachen, und Mitglieder für den sogenannten Unterstützungsverein versuchte man mit allen Mitteln anzumerben. Wer dort eintrat, mußte sich zugleich verpflichten, keinem anderen Verein von Metallarbeitern oder irgend einer freien Gewerkschaft anzugehören. Mit dem Einfluß der Gelben wuchs auch das Bestreben der Firma, die Löhne zu kürzen, und Abzüge waren überall an der Tagesordnung. Arbeiter, die sich die neue Ordnung nicht gefallen lassen wollten und gegen die Abzüge an den ohnehin schon geringen Löhnen opponierten, waren gezwungen, den Betrieb zu verlassen. Und im Rathaus machte der freisinnige Stadtverordnete Flohr schöne Phrasen, daß man „mehr tun müsse, um die Arbeiter festhaft zu machen“. Aus seinem eigenen Betriebe aber wurden sie verjagt, sobald sie die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte in Anspruch nahmen und sich da organisierten, wo es ihnen beliebte. Unter den Arbeitern wuchs die Opposition gegen den gelben Verein um so mehr, als sie Beiträge leisteten, die für sie nur verlorenes Geld bedeuteten, und zugleich wurden immer mehr Abzüge gemacht und der geringe Verdienst noch weiter geschmälert. Einzelne Arbeiter, die ihren Austritt aus dem gelben Verein erklärten, erhielten ihre Entlassung. Auch in anderer Beziehung wurden die Verhältnisse immer unerträglicher. Die Obergelben erhielten größere Nachbesserungen, und Arbeiterinnen klagten über Verletzungen von dieser Seite; ein Beamter der politischen Polizei wurde zur Verhinderung der Arbeiter angestellt und war eine Zeitlang als Mitarbeiter im Betriebe tätig. Diebstähle kamen vor und als Spitzhube entpuppte sich ein Gelber. Wegen diese Zustände erhob ein Teil der Arbeiterschaft endlich energischen Protest. In der vorigen Woche erklärten 40 Mann ihren Austritt aus dem gelben Verein, und gleich darauf wurden sie alleamt entlassen.

Der Austritt aus dem gelben Verein, und gleich darauf wurden sie alleamt entlassen.

Dieses Vorgehen rief helle Entrüstung hervor. Einige fragen, wie die freisinnige Partei Herrn Flohr noch länger als Mitglied ansehen und als Stadtverordneten auftreten lassen kann? Andere fragen, warum der Staatsanwalt in diesem Falle nicht einschreitet, da doch offenbar der § 153 der Gewerbeordnung in grober Weise verletzt worden ist. Die Arbeiter von Flohr stehen direkt unter einem Zwange und einer Nötigung, ihren Rechten zu entsagen und dem gelben Verein, den sie hassen und verabscheuen, anzugehören. Man verlangt jetzt von jedem, der eingestellt wird, die Beitrittserklärung und eine Unterschrift, die dazu verpflichtet, nur dem gelben Verein anzugehören. Solcher Mittel bedient sich Herr Flohr im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften.

Dagegen geschlossen Front zu machen, die Unterschrift zu verweigern und nicht länger im gelben Verein zu bleiben, wird zur unabwendbaren Pflicht eines jeden Arbeiters, der Selbstachtung besitzt. (Weisfall.)

In der Diskussion sprach Adolf Cohen, der den „liberalen“ Herrn Flohr noch weiter kennzeichnete. Nichts sei von ihm und seiner Partei zu erwarten, die einzige Hilfe liege in dem festen Zusammenstehen der Arbeiter in einer einheitlichen Organisation. Cohen erinnerte daran, wie vor 2½ Jahren nach kurzem Streik der Kunsthandwerker bei Flohr erobert wurde. Seitdem ist Flohr bestrebt, die Einheit der Arbeiter zu zerstören und er bedient sich dazu der Gelben. Cohen kritisierte die Gelben und ihre Treiben in scharfer Weise und zeigte, welche zweifelhaften Elemente an der Spitze der gelben Vereine stehen; er warnte vor dem Werkzeugmacher Schmidt, dem Vorsitzenden des Bundes der gelben Metallarbeiter, der wegen Metallarbeiterverbände, mit Schande bedacht, ausgeschlossen wurde und jetzt als Führer der Gelben angesehen ist. — Franke vom Handels- und Transportarbeiterverband nahm dann das Wort und sprach für die Hilfsarbeiter des Betriebes im gleichen Sinne wie die Vorredner. Einige Arbeiter standen auf und legten ihre Erfahrungen dar, aus denen hervorging, wie die Gelben bei Flohr begünstigt werden, trotzdem sie meist unsfähige Arbeiter sind. Johannes bemerkte in seinem Schlusswort dazu noch, daß die Meister bei Flohr in den Ruf gekommen seien, daß sie die „Noten“ vorziehen, wenn es sich um gute Arbeit handelt. Das liegt aber einfach daran, daß die Meister wohl wissen, die Gelben sind nur sogenannte „Murrer“ und können nichts Brauchbares leisten. — Vergeblich wurden die Gelben aufgefordert, sich zum Wort zu melden; niemand wagte es, Herrn Flohr zu vertheidigen.

A. G. G.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes Brunnen- und Vollastraße sind mit der Tätigkeit des bestehenden Arbeitersauschusses unzufrieden. In einer Versammlung derselben ging der Referent Cohen, mit reichhaltigem Material versehen, mit dem Ausschuss scharf ins Gericht und warf demselben vor, daß er durch Vernachlässigung seiner Pflichten sich die ihm statutarisch zustehenden Rechte wegnahm. Durch Beispiele aus den Protokollen war den Versammelten der Beweis erbracht, daß tatsächlich dem Arbeitersauschuss jede Bedeutung fortgenommen ist und das Bestehen des Ausschusses in der jetzigen Gestalt gar nicht im Interesse der Arbeiter liegen kann.

In der Diskussion erklärten die am meisten angegriffenen Mitglieder der Reuenerkommission des Ausschusses, daß die Ausführungen des Referenten, soweit sie die Bedeutung des Ausschusses in dem Werke Brunnen- und Vollastraße betreffen, richtig seien, daß der Arbeitersauschuss tatsächlich als Dekorationsstück dienen muß und von einem Recht, das dem Arbeitersauschuss durch die Satzungen garantiert ist, heute keine Rede sein kann. Die Reuenerkommission weist aber ganz entschieden den Vorwurf der Vernachlässigung ihrer Pflicht zurück. Sie erklärt, daß die Direktion des Werkes durch Schaffung des sogenannten Gesundheits- und Sicherheitsauschusses, dessen Mitglieder nach dem Statut aus den Reihen der Ausschussmitglieder entnommen sein sollen, durch die Direktion von außerhalb des Ausschusses stehenden Personen besetzt wird und daß diese Körperschaft stets gegen den Ausschuss ausgespielt wird. Die Reuenerkommission stimmt dem Referenten zu, daß der heutige Zustand unhaltbar ist. Die Versammlung beauftragte einstimmig die Reuenerkommission des Arbeitersauschusses bei der Direktion vorstellig zu werden, daß: 1. die im Statut des Arbeitersauschusses § 7 vorgesehenen Bestimmungen innegehalten werden, wonach die Mitglieder der Unterausschüsse, des Gesundheits- und Sicherheitsauschusses aus den Reihen der Mitglieder des Arbeitersauschusses genommen werden. 2. soll die Direktion darauf aufmerksam gemacht werden, daß der zurzeit bestehende Gesundheits- und Sicherheitsauschuss statutenwidrig zusammengesetzt ist. 3. daß der Arbeitersauschuss die Mitglieder der Unterausschüsse, des Sicherheits- und Gesundheitsauschusses bestimmt, nicht aber vom Direktor ernannt werden oder die betreffende Körperschaft bestimmt, wer zu ihr gehören soll.

Des weiteren ersuchte die Versammlung die Reuenerkommission, dahin vorstellig zu werden, daß allgemein die Freitaglohnzahlung eingeführt wird, wenigstens soweit es sich um die Arbeiter handelt, deren Arbeitszeit Freitagabend beendet ist.

Schließlich wurde der Arbeitersauschuss ersucht, bei Erledigung von Differenzen eine den Interessen der Kollegen entsprechende entscheidende Haltung einzunehmen und sich nicht, wie dies in letzter Zeit beliebt wird, beiseite schieben zu lassen. Sollte all diesen berechtigten Wünschen nicht Rechnung getragen werden, dann sei es besser, die ganze Institution der Arbeitersauschüsse wird aufgehoben.

Deutsches Reich.

Die Wiedereröffnung der Stettiner „Vulkanwerke“.

Wie am Mittwoch von der Gruppe deutscher Seeschiffswerften in Hamburg beschlossen wurde, hat gestern der Stettiner „Vulkan“ seinen Betrieb versuchsweise mit einem Drittel der Arbeiterschaft wieder eröffnet. Es handelt sich, wie gesagt, lediglich um einen Versuch. Nehmen die Rieter bis Dienstag, den 19. August, die Arbeit nicht in ausreichendem Umfang wieder auf, wird der Betrieb sofort wieder eingestellt, also der Beschluß der deutschen Seeschiffswerften ausgeführt. Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Dinge gestalten werden. Die Rieter haben, wie gestern berichtet, abermals beschlossen, weiter im Streik zu verharren. Gestern früh erschien denn auch nur ein ganz kleiner Prozentsatz der Rieter auf dem „Vulkan“ zur Arbeit. Ein Telegramm aus Stettin meldet uns hierüber:

Stettin, 14. August.

Auf dem Stettiner „Vulkan“ meldeten sich heute früh von den Rieterern nur einige 80 Mann. Die übrigen Rieter halten den gestrigen Beschluß hoch und streiken weiter. Dem Vernehmen nach findet aber bereits morgen vormittag im Stettiner Volksgarten wieder eine neue Rieterversammlung statt, die hoffentlich die Beilegung des Streiks beschließen wird. Wie verlautet, soll in dieser Versammlung eine Kommission gewählt werden, die bei der Direktion des „Vulkan“ vorstellig werden und dort angeben will, daß die Rieter am Montag die Arbeit freiwillig wieder aufnehmen wollen.

Die ausgesperrten Arbeiter hielten gestern Abend im Volksgarten eine Versammlung ab.

Weber die letzte Rieterversammlung wird uns telephoniert, dieselbe sei nicht, wie es im „Vorwärts“ heißt, stürmisch verlaufen. Genosse Schulz habe fünfmal gesprochen; er ist mit voller Ruhe angehört worden. Leider ändert das an der Tatsache nichts, daß die Ablehnung der Arbeitsaufnahme beschlossen wurde. Hoffentlich behält unser Berichterstatter recht, der für heute einen anderen Beschluß ankündigt.

Bergederausland in Magdeburg.

Sieben Wochen stehen die Berggolber bei der Firma Grühl u. Co. Nachfolger in Magdeburg im Auslande, um Akkordreduzierungen abzuwehren. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, welche bei jeder Lohnbewegung Gras wachsen hört, faßelt in ihrer letzten Nummer auch über obigen Ausland, daß es der Firma gelungen sei, für die Ausländigen Ertrag zu haben. Nur schade für die Firma, daß das Geschäft der „Arbeitgeber-Ztg.“ hoffentlich nicht in Erfüllung gehen wird, wenn die Berliner Kollegen etwas mehr Solidaritätsgefühl bewahren. Für die neun in Auslande getretenen hat sich erst ein Exemplar nach dem Wunsche der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ gefunden und zwar der Berggolber Robert Riese aus Weihensee. — Allerdings hat derselbe das Bestreben, noch mehr Leute seiner Qualität nach Magdeburg zu importieren und wie sehr die Firma darauf wartet, zeigt folgende Karte:

Herr Frz. Rudlich — Berlin N.

Der Berggolber Herr Riese sagt uns soeben, daß Sie bei uns antreten wollen.

Wir sehen Ihrem Eintritt per bald entgegen.

Magdeburg, 11. 8. 08. Hochachtung Grühl u. Co.

Publik, welcher von der Bewegung am Ort nicht informiert war, reiste natürlich nach Aufklärung zurück. Hoffentlich sorgen nun aber die Berggolber aller Orts dafür, daß die Firma „per bald“ keine Arbeitswilligen erhält.

Ein Tarifvertrag ist auch für Nichtorganisierte gültig.

Das Gewerbegericht in Würzburg entschied in einem Streitfall, daß die vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifverträge für alle Arbeiter des betreffenden Berufes — auch für nicht organisierte — bindend seien.

Aktion, Maurer und Bauarbeiter! In Castrop bei Dortmund wurde zwischen dem Unternehmerverband und den Organisationen der Maurer und Bauarbeiter ein Tarif abgeschlossen.

Erstere erhalten 65, letztere 45 Pf. Mindeststundenlohn. Die außerhalb des Unternehmerbundes stehenden Unternehmer Kleine, Belleur und Lampertz weigern sich, den vereinbarten Lohn zu zahlen. Die Unterabteilungen mit ihnen verließen resultatlos, so daß sämtliche Arbeiter in den Streik traten. Der Zugzug ist fernzuhalten! Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die Gewerkschaften im Staate New York haben mit September

vorigen Jahres 88 210 Mitglieder verloren, eine Folge des wirtschaftlichen Niederganges. Im Dangeverbe von New York sind mehr als 50 Prozent der organisierten Arbeiter ohne Beschäftigung. Wie der Arbeitskommissar des Staates amtlich festgelegt hat, waren in den drei ersten Monaten des Jahres 1908 mehr gewerkschaftlich organisierte Leute arbeitslos, wie je in einem Vierteljahre des Jahres 1907. Von 888 115 Mitgliedern von Gewerkschaften waren nämlich 101 448 beständig außer Arbeit. Diese Zahl ist gleich dem Prozentsatz von 26,3, der aber am letzten Arbeitstage des März auf 35,7 Proz. stieg. Als Ursache wird in den meisten Fällen Geschäftsstillstand genannt und nur in wenigen Fällen ist der Grund der Arbeitslosigkeit eine Differenz über die Arbeitsbedingungen. In dem Bericht des Kommissars wird auch auf die starke Abwanderung der europäischen Arbeiter über New York und auf die Verminderung der Zuwanderung um mehr als die Hälfte hingewiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Generalausperrungen.

Brünn, 14. August. (W. Z. V.) Da die in der Brünnner Kammergarnspinnerei wegen der Entlassung eines nachlässigen (1) Arbeiters in den Auslande getretenen Spinner und Andreeher trotz der Aufforderung der Organisation der Wollindustriellen während bis zum 18. August die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, beschloß die Arbeitgeberorganisation nach erfolglos gebliebenen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft, die angeordnete Aussperrung sämtlicher Arbeiter vom 22. August ab durchzuführen. Die Aussperrung wird 42 Fabriken umfassen.

Der dänische Typographenstreik beigelegt!

Kopenhagen, 14. August. (W. Z. V.) Die Vertreter der Gewerkschaften haben heute Abend mit 116 gegen 22 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen den Vorschlag des Ministers des Innern zur Beilegung des Typographenkonfliktes angenommen.

„Beteiligungsgelder.“

Brüssel, 14. August. (W. Z. V.) Heute erfolgte die Verhaftung des Vorstehers des Arbeitsamtes Van den Puise, der die Geschäfte des Bürgermeisters in der Brüsseler Vorstadt Schaerbeck vertritt. Ferner wurden verhaftet Chefingenieur Houssa und der städtische Ingenieur Keelens nach Gegenüberstellung mit dem Unternehmer Puvage, der den Zeitungen zufolge zugab, diesen Beamten Beteiligungsgelder (1) gezahlt zu haben. Alle drei erklärten sich für unschuldig.

Die schwarzen Posten!

Duisburg, 14. August. (W. Z. V.) Von der hiesigen Polizeiverwaltung wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß bei dem in das Epidemiehaus eingelieferten Kranken tatsächlich die Erkrankung an den schwarzen Posten konstatiert worden ist. Von den vier erkrankten Personen ist ein elfjähriges Mädchen gestorben. Von Seiten der Polizei sind alle zur Verhütung der Weiterverbreitung erforderlichen Maßnahmen getroffen worden.

Schwerer Luftschiffunfall.

London, 14. August. (W. Z. V.) Zu dem Unglücksfall des Luftschiffers Lovelace wird gemeldet, daß der Luftschiffer selbst und seine Sekretärin, ein Fräulein Hill, lebendig verbrannt sind. Von dem Fräulein wurden nur noch einige Korsettstücke gefunden. Außerdem sind 6 Personen verletzt, drei davon schweben in Lebensgefahr. Der Vorfall verursachte auf dem Ausstellungsplatze große Aufregung.

Zur „Couronne“-Katastrophe.

Toulon, 14. August. (W. Z. V.) Einer der Verletzten der Katastrophe auf dem Schulschiff „Couronne“ ist seinen Verletzungen erlegen. Damit steigt die Zahl der Toten auf acht. Die Untersuchung wird behördlicherseits noch fortgesetzt.

Dorfbrand.

Madrid, 14. August. (W. Z. V.) In dem Dorfe Castineira in der Provinz Orense wurden durch einen Feuersbrunst 32 Häuser zerstört. Bei dem Brande wurden mehrere Personen zum Teil schwer verletzt; der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Giftige Pilze.

Strasbourg, 14. August. (W. Z. V.) In der Lehrersfamilie Boeren in Bollmar erkrankte Mutter und Sohn schwer nach dem Genuße von selbst gesuchten Champignons. Der 14-jährige Sohn ist bereits gestorben.

Die bürgerliche Presse über den Disziplinbruch.

„Berliner Tageblatt“:

Das der sozialdemokratische Parteivorstand über diese „Geheimstrammeri“ entsetzt ist, kann nicht weiter überraschen. Er wittert Verrat und legerische Gelüste. Und er hat von seinem Standpunkt nicht einmal so sehr unrecht. Denn in Süddeutschland hat man natürlich ganz genau gewußt, daß der Beschluß der Budgetbewilligung beim sozialdemokratischen Parteivorstande auf schroffen Widerstand stoßen würde. Man wollte aber die Parteipresse vor eine vollendete Tatsache stellen. Daraus geht allein schon hervor, daß man sich in Süddeutschland stark genug fühlte, entscheidende Beschlüsse über den Kopf der Parteileitung hinweg zu fassen.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Der Gegensatz von Süd und Nord war in der Parte immer vorhanden, aber jetzt scheint er zu einem klaffenden Riß zu werden. Die Süddeutschen haben aus der Erfahrung gelernt, sie neigen zu praktischer Mitarbeit, die Gewaltigen in Berlin beharren bei ihrer zum Dogma erstarrten Negation. Werden die im sonnigeren Süden gewißt sein, die Grobheiten hinunterzuschlucken, die der „Vorwärts“ ihnen bereits hingeworfen hat? Es sind ja keine vereinzelte Keyer, und mit dem Scheitern, den der Parteivorstand etwa für sie räkelt wollte, müßte wohl der ganze Zukunftsstaat in Flammen aufgehen.

„Kölnische Zeitung“:

Das süddeutsche Sozialdemokraten vom Lübecker Programm abweichen und gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien das Budget beraten und auch bewilligen, ist nicht neu. Als sich die württembergischen Genossen bei den Staatsverhandlungen des letzten Jahres zum erstenmal überwinden und für das Budget stimmten, gab es in der orthodoxen Genossenpresse zwar ein großes Gähnen, man wußte aber damals schon, daß man erst am Anfang einer Entwicklung stand und daß man in den übrigen süddeutschen Staaten nicht zögern würde, den Schritt nachzuzutun. Was aber einigermaßen überrascht, ist die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, mit der die süddeutschen Sozialdemokraten in dieser wichtigen programmatischen Frage vorgehen. Sie legen sich weder mit dem Zentralvorstand, noch mit der hauptstädtischen Presse über ihre Absicht ins Einvernehmen; sie ziehen keine Parteinstanzen hinzu, geben ihnen nicht einmal Nachricht von den Ergebnissen der Zusammenkunft. Es ist begreiflich, daß die Zentralleitung in Berlin und ihr Sprachrohr, der „Vorwärts“, über dieses Verfahren in große Aufregung versetzt sind; andererseits beweist aber das eigenmächtige Vorgehen der Süddeutschen, daß sie es ernst meinen und sich von der Berliner Leitung in ihre Absichten nicht hineinreden lassen wollen. Vielleicht mag auch ein wenig die Velleumung bestimmend gewesen sein, daß man vor dem Willen der Parteileitung kapitulieren könnte. Jedenfalls würde die Bewegung, wenn sie nicht gewaltsam gehemmt wird, schließlich dahin führen können, daß die übrigen Parteien in ein Verhältnis zur Sozialdemokratie träten, das nicht nur dem parlamentarischen Leben, sondern auch der wirklichen Bedeutung der sozialdemokratischen Partei zuträgen könnte.

„Post“:

Man kann darüber streiten, was bei dem soeben ausgebrochenen sozialdemokratischen Prosakämpfeleier fesselnder ist: die Wurstigkeit, mit der die Süddeutschen über grundlegende Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage hinweggehen und selbst den Willen der regierenden Olympier Trost und Spott bieten, oder der Frontwechsel eines ganzen Flügels der Sozialdemokratie

dem bisher so konsequent und grimmig befohlenen Klassenstaat gegenüber. Unzweifelhaft hat das sozialdemokratische Parteischiff einen gefährlichen Leck erhalten. Es wird tatsächlich behindert durch die Lockerung der Disziplin in seinem Offizierkorps. Und Disziplin, vollends in den leitenden Sphären, ist für ein fast nur durch Terrorismus und Phrasentum zustande gebrachtes und zusammengehaltenes Kampfgewerbe der alleinige Lebensnerv.

„Weiser-Zeitung“:

Der Gegensatz zwischen der norddeutschen und der süddeutschen Sozialdemokratie wird immer größer. Unverkennbar hat sich eine scharf markierte „Mainlinie“ zwischen Nord und Süd aufgetragen. Die doktrinar-norddeutschen mit ihrem unpraktischen Radikalismus sind aber auch wirklich stimmungsgemäß merkwortweit entfernt von den untheoretischeren, dafür aber praktischen Erwägungen um so zugänglicheren Süddeutschen.

Wir haben es hier anscheinend mit einem wirklich wichtigen Vorgang in der Entwicklungsgeschichte der sozialdemokratischen Partei zu tun. Daß die Süddeutschen Bestimmungskräfte treiben und den erlauchten Parteivorstand nicht in ihre Karten setzen lassen wollen, widerstrebt sicherlich den Traditionen der Sozialdemokratie überhaupt. Wenn es aber geschehen konnte, so ist es ein Beweis dafür, daß die Süddeutschen innerlich schon sehr weit von ihrer eigenen Parteioberinstanz abgerückt sind und daß sie das norddeutsche Doreinreden in ihre Angelegenheiten fürchten und verurteilen. Für die Einheit der Partei freilich ein sehr trübes Zeichen!

„Freisinnige Zeitung“:

Die Parteileitung ist sich durchaus dessen bewußt, was auf hier dem Spiele steht. Schon die Frage, ob die Sozialdemokratie von jetzt ab ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesamtetat aufgeben soll oder nicht, ist wie unlängst hervorgehoben, von weitgehender Bedeutung, und es ist von höchster Wichtigkeit, daß in Süddeutschland eben diese Frage in positivem Sinne beantwortet ist. Noch viel bedeutsamer aber ist die Form, in der der Druck mit der bisherigen Taktik vollzogen wurde. Korrekt wäre es gewesen, wenn die süddeutschen Sozialdemokraten die Angelegenheit vor den allgemeinen Parteitag gebracht und hier durchgesetzt hätten, daß entweder die Gesamtpartei den Lübecker Beschluß bedingungslos aufhob oder daß wenigstens den Fraktionen der Einzellandtage freie Hand in bezug auf die Abstimmung gegeben wurde. Dies Verfahren ist nicht eingeschlagen worden; im Gegenteil handelt man in bewusstem, offenbarem Widerspruch gegen den Parteibeisatz, ohne die Parteileitung auch nur einer Benachrichtigung oder Auseinandersetzung zu würdigen, gleich als ob es gar keine Zentralinstanz gäbe und jede Landmannschaft tun könne, was sie will. Von keinem Parteistandpunkt hat also der „Vorwärts“ volles Recht, wenn er dies als eine Auslieferung gegen die Demokratie selbst bezeichnet.

„Staatsbürger-Ztg.“:

Wenn die süddeutschen Landtagsabgeordneten Männer von Charakter sind, werden sie es durchsetzen, daß in einer so bedeutsamen Frage wie der Budgetbewilligung die gesunde Vernunft wenigstens bei einem Teil der Sozialdemokratie ihren Einzug hält. Bei Rosa Luxemburg und Arthur Stadthagen ist allerdings in dieser Richtung keine Aussicht vorhanden, aber darüber wird man sich in Süddeutschland und andernwärts zu trösten wissen.

Die neueste Probefahrt des „Parieval“.

Der „Parieval“, das nach dem „Halbstarren“ System des Majors v. Parieval erbaute lenkbare Luftschiff, unternahm am Freitag in früher Morgenstunden eine Fahrt, die als Probe zu der beabsichtigten Zivilluftschiffahrt betrachtet werden kann.

Ueber den Ballon selbst, der einer Veränderung unterzogen worden ist, wird vom „Tag“ über eine Unterredung mit dem Erbauer des „Halbstarren“ gemeldet:

Wenn der erste Ballon sich mehr an die Form eines Zylinders gehalten hat, so ist dem jetzigen Luftschiff eine mehr kugelförmige Gestalt gegeben. Es kommt dies besonders im Querschnitt zum Ausdruck. Ich habe zu dieser Veränderung in der Ueberzeugung gegriffen, dadurch die Stabilität des Fahrzeuges zu verbessern, d. h. ihm in der Fahrt eine größere Stütze zu verleihen. Der Daimler-Motor, der früher nur 85 PS aufwies, verfügt jetzt über deren 100, und es ist ein ganz neuer Typ zur Anwendung gelangt, der, wie die beiden Fahrten mir erwiesen, mit Sicherheit arbeitet. Das Hauptsteuer-

gänger, der sie durch einen Fußtritt beinahe zum Explodieren gebracht hätte. Während das Soldatenpatier in Unordnung geriet, schritt ich über die Leichen hinweg bis zum kaiserlichen Wagen, wo ich die zweite Bombe warf. Sie beschädigte den Wagen und tötete die Pferde. Die Kaiserin wurde leicht verletzt. Piere, der vor dem Attentat verhaftet worden war, befand sich im Gefängnis. Wer also warf die dritte Bombe? Wogen eifrige Geschichtsschreiber das zu ergründen suchen. Soweit der Rudios Bericht. Danach ließe sich also nur insofern von Orsinis Bombenattentat sprechen, als Orsinis die Versuchung leitete, während man bisher angenommen hat, daß er auch an dem Bombenwurf selbst aktiv beteiligt gewesen sei. Orsinis wurde bekanntlich mit Piere zusammen hingerichtet, wogegen der Rudios im letzten Augenblick zur Deportation begnadigt wurde; Gomez war von vornherein nur zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurteilt worden. De Rudios schreibt dazu: „Heute noch, nach einem halben Jahrhundert, schauere ich, wenn ich denke, wie tollgeräusch die menschliche Gerechtigkeit ist. Felice Orsinis und Giuseppe Piere, die beiden, die am strengsten bestraft und enthauptet wurden, waren von den vier, denen man den Prozeß machte, die einzigen, die keine Bomben geworfen und kein Blut vergossen hatten.“

Das elektrische Licht der alten Ägypter. Das berühmte Wort „Nichts Neues unter der Sonne“ hat in neuerer Zeit einen so axiomatischen Charakter angenommen, daß man selbst von den allermodernen Eroberungen der Wissenschaft schon in uralten Zeiten eine Spur, wenn nicht gar ein Modell finden will. Ein amerikanischer Professor, Dr. Cady, hat jüngst die immerhin etwas seltsame Vermutung ausgesprochen, daß schon die alten Ägypter das elektrische Licht oder wenigstens ein sehr ähnliches Beleuchtungssystem gekannt haben dürften. Diese wunderbare Meinung sucht er folgendermaßen zu erklären: Man findet in den Hypogäen, in den dunkelsten unterirdischen Gewölben und Totengräbern des Niltals Gemälde und Statuen, die so fein gemalt und modelliert sind, daß es jedem klar werden müsse, daß sie nur in einem ganz hell erleuchteten Raume haben ausgeführt werden können. Fadeln hätten ein so helles Licht nicht geben können, und außerdem hätten sie bei der Verbrennung an den Wänden und an den Bölgungen der Katakomben Spuren des dazugehörigen Rauches hinterlassen müssen. Dazu bemerkt der „Standard Egyptian“: Ueber die mutmaßliche Beleuchtung der ägyptischen Katakomben ist schon oft geschrieben worden und wir erlauben uns, dem amerikanischen Gelehrten mitzuteilen, daß eine weniger merkwürdige Lösung der Frage angenommen worden ist: die alten ägyptischen Künstler haben wahrscheinlich Spiegel benutzt, die so aufgestellt waren, daß sie durch zahlreiche Widerspiegelungen das Sonnenlicht bis zu den Wänden lenkten, die geschildert werden sollten.“ Das Blatt erzählt dann eine hübsche Anekdote: Ein Ägyptensforcher hatte in den Hypogäen Drähte gefunden und daraus den kühnen Schluß gezogen, daß die alten Ägypter den elektrischen Telegraphen kannten. „So weit sind Ihre

habe ich unverändert gelassen, dagegen sind die Seitenflächen in bemerkenswerter Art umkonstruiert worden. Diese Seitenflächen, die auch schon an dem alten Ballon den Eindruck von Fischflossen machten, haben diese Gestalt beibehalten; während sie aber früher aufgeblasene Mattagen waren, sind es jetzt Holzrahmen mit flachen Luftkissen. Ich beabsichtige, damit den Widerstand der Luft zu verringern, und glaube, auch dies Ziel erreicht zu haben. Die Länge des ersten Ballons hatte 52 Meter und der Querschnitt 8,9 Meter betragen. Das jetzige Schiff mißt 58 Meter in der Länge bei einem Durchmesser von 9,8 Meter. Das frühere enthielt 2800 Kubikmeter Gas, das jetzige vermag deren 3200 zu fassen. Es nimmt 400 Liter Benzin mit auf, die es befähigen würden, 10 bis 12 Stunden in der Luft zu bleiben. Im ganzen hat der Ballon mit fünf Mann Besatzung etwa 3800 Kilogramm zu tragen. Nicht unbemerkt sei, daß auch die Ballonhülle eine Verbesserung dahin erfahren hat, daß sie das Gas länger und unverdorrer zu erhalten vermag. Wie bekannt, ist meine jetzige Füllung bereits vor fünf Wochen erfolgt.

Ueber die Fahrt selbst wird gemeldet: Zu floter 2/3-stündiger Fahrt und in einer Höhe von 200 bis 400 Meter ging die Reise rund um Berlin über Panitzsch, Weihenheer, Stralau, Oberhähnchenweide in der Richtung nach Britz. Das Fahrzeug überquerte sodann das Tempelhofer Feld und schlug die Richtung nach Friedenau und dem Grunewald ein, um längs der Bahn über Steglitz, Schlachtensee und Wannsee den Heimweg anzutreten. Gegen 7,9 Uhr erschien es frisch und prall wieder auf dem Tegeler Schießplatz, wo es in Gegenwart des Inspektors der Verkehrstruppen General v. Lynder glatt landete.

Parieval selbst äußerte sich dem Berichterstatter des „V. Z.“ gegenüber über die Fahrt:

Das Luftschiff stieg mit seiner vollen Besatzung von 5 Personen auf. Die Fahrstrecke betrug 88 Kilometer, die Zeit 2 Stunden 40 Minuten. Die Witterung war sehr ungünstig, und das Luftschiff hatte namentlich über den Höhen an der Havel und des Grunewaldes stark unter Vöden zu leiden, was seine Geschwindigkeit natürlich stark beeinträchtigte. Die größte Höhe betrug 400 Meter. Weil in dieser Luftschicht sich starke, regenartige Niederschläge an der Hülle festsetzten, ging der Ballon wieder herab. Noch beim Eintreffen in Tegeler war die Hülle vorn naß. Sie trocknete dann aber rasch. Es dürfte interessieren, zu erfahren, daß das Luftschiff heute gerade fünf Wochen ein und dieselbe Wasserstofffüllung enthält. Wenn die Witterung, die eine starke Neigung zu Regen zeigt, nicht zu ungünstig wird, wird der Parieval-Ballon morgen wieder aufsteigen.

Die eigentlichen, die höchsten Leistungsfähigkeit des „Parieval“ beweisenden Abnahmefahrten sollen erst in etwa zehn Tagen erfolgen.

Aus der Partei.

Zum Parteitage.

Die Rärnberger Genossen beschloßen, an den Parteitag zwei Anträge zu stellen. Der erste fordert eine ständige Arbeitskommission, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet, der zweite verlangt, der Parteitag wolle die deutschen Arbeiter aufzufordern, im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse die Waiseier durch Arbeitsruhe zu begehen und in gemeinschaftlicher Aktion von Partei und Gewerkschaft für die Erweiterung und Steigerung des internationalen Feiertags des Proletariats zu kämpfen.

Den Antrag über die Agrarfrage begründete Genosse Kurt Eisner mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Behandlung dieser Frage. Nicht mit theoretischen Streitfragen soll sich diese Arbeitskommission beschäftigen, sondern hauptsächlich mit der Landarbeiterfrage des Ostens, mit der Organisation des „Bündnis“, mit der Wobenzinsfrage usw., dann mit dem Thema der Verbindung ländlicher Produktionsgenossenschaften mit Arbeiter-Konsumgenossenschaften der Städte und der Kommunen selbst; schließlich sei schon lange brennend die Frage der Kleinbauern als Volknährer in Industrieorten.

Zu dem Antrage über die Waiseier meinte Eisner, er würde es als Erniedrigung des Rärnberger Parteitages empfinden, wenn er die Waiseier aufheben oder wenn er sich lange über die Kostenfrage streiten würde. Die Kostenfrage sei Sache persönlicher Empfindens, zum mindesten aber könne sie nicht Gegenstand öffentlicher Diskussionen sein. Bezüglich der machtvollen Durchführung der Waiseier dürfe man nicht leichtsinnig sein, aber auch nicht zaghaft;

Affriker sicher noch nicht gewesen“, sagte er ironisch zu einem hervorragenden Affriologen. Der Gelehrte tat, als wenn er ganz niedergedemütigt wäre; nachdem er sich aber die Sache ein Weilchen überlegt hatte, platzte er triumphierend heraus: „Man hat in affrischen Bauwerken keine Drähte gefunden? Ja, das beweist doch nur, daß die Affriker schon die drahtlose Telegraphie gekannt haben!“

Humor und Satire.

— Enttäufung. ... Sind Sie doch nicht so groß! Sie tun ja gerade so, als wenn ich Ihnen die drei paar Stiesel schuldig geblieben wäre — und nicht Ihrem seligen Vater!

— Neuer Vörsenflug. „Kaffierer sollst Du sein, und im Luftschiff sollst Du durchgehen, und das Geld sollst Du müssen wieder auswerfen als Ballast!“

— Der Proq. „Jetzt heiratet ja schon wieder eine Tochter von Ihnen, Herr Goldberg!“ — „Ja — eine Million nach der anderen geht dahin!“

— Gegenbeweis. Junggeselle: „Cheleute, die schon lange verheiratet sind, können sich doch eigentlich nichts mehr zu sagen haben!“

— Ehemann: „Na — da sollten Sie nur einmal meine Frau hören, wenn ich vom Wirtshaus spät heimkomme!“

— Aus einem Theaterzettel. „Zwischen dem zweiten und dritten Akt liegt ein Zeitraum von zehn Jahren — außerdem eine Pause von fünf Minuten!“

(„Fliegende Blätter.“)

Notizen.

— Edison und die Aeroplane. Wie aus New York gemeldet wird, hat nun auch Edison sich mit der Konstruktion von Aeroplanen beschäftigt. Er hat sich mit Farman, der gegenwärtig in Amerika weilt, in Verbindung gesetzt und diesen seine Entwürfe vorgelegt; der Luftschiffer soll erklärt haben, daß ein Aeroplan nach diesem Entwurf seinem eigenen entworfenen überlegen sein würde. Auch von der berühmten Batterie, deren Erfindung Edison schon seit Jahren ankündigt, ist in diesem Zusammenhang wieder die Rede; wenn sie für Flugmaschinen angewendet werden könnte, so würde die jetzt so schwierige Motorfrage eine völlige Umwälzung erfahren.

Kleines feuilleton.

Entfaltungen über Orsinis Bombenattentat gegen Napoleon III.

Als Major a. D. der Vereinigten Staaten-Armee lebt in San Francisco der Graf Carlo de Rudios aus Belluno, der einzige Ueberlebende von den Männern, die am 14. Januar 1858 in Paris mit Felice Orsinis das berühmte Bombenattentat gegen Napoleon III. begingen. An diesen Mann, der damals zum Tode verurteilt, dann aber auf Bitten der Königin Victoria von England begnadigt und nach Guayana deportiert wurde, von wo er später geflüchtet ist, wandte sich anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Jahrestages jenes Attentats der italienische Historiker Paolo Marini mit der Bitte um nähere Mitteilungen über die Tat Orsinis. Die Antwort des Grafen, die jetzt in dem in Bologna erscheinenden „Nesto del Carlino“ veröffentlicht wird, enthält Entfaltungen, die das Attentat in ganz anderem Lichte erscheinen lassen. De Rudios erzählt unter anderem folgendes: Die Bomben, mit welchen das Attentat verübt wurde, waren nicht in London fabriziert worden, sondern in der Stieherei Taylor zu Birmingham; konstruiert hatte sie ein früherer Oberst der österröischen Artillerie, Gassy Baron v. Torosfalda. Es war ausdrücklich ausgemacht worden, daß Orsinis jeden einzelnen von den Versuchorenen kennen sollte; die Versuchorenen aber sollten einander um keinen Preis kennen. Orsinis, der sehr mutig, aber nicht sehr vorsichtig war, handelte gegen die Abmachungen und stellte sich Piere und Gomez vor. Ich erkannte sofort, wie unklug er gehandelt hatte, und bat ihn, nicht nutzlos so viele Leben aufs Spiel zu setzen und lieber das Attentat von mir allein ausführen zu lassen. Ich wollte mir eine Schupmannsuniform verschaffen, mich in einem günstigen Augenblick unter die Schutzleute mischen, den Schlag des kaiserlichen Wagens öffnen und in dem Moment, in welchem Napoleon den Fuß auf das Trittbrett setzen würde, das Attentat begehen. Aber Orsinis wollte davon nichts wissen. Eine halbe Stunde vor dem Attentat trat an uns ein Mann mit langem Schnurrbart heran und fragte Orsinis halblaut: „Wie geht die Sache? Alles gut?“ — „Alles gut!“ erwiderte Orsinis ebenso leise. Der Mann mit dem langen Schnurrbart drückte ihm die Hand und entfernte sich rasch. „Das ist ja Francesco Crispini!“ sagte ich zu Orsinis. Ihm schien das unangenehm zu sein. „Keinmal!“ sagte er, „ich glaube, daß Du ihn nicht kennst.“ Die Versuchung war eben weit umfangreicher, als die Beschäfte wahr haben will. Wir hatten zwölf Bomben vorbereitet. Geworfen wurden aber nur drei. Die erste warf Gomez. Da sie weit von dem Ziel explodierte, gegen welches sie geschleudert worden war, tötete sie mehrere Soldaten, die längs des Bürgersteiges, und zwar gerade dort, wo Orsinis und ich standen, Spalier bildeten. Orsinis wurde am Auge verletzt, und das das herabfliegende Blut ihn am Sehen verhinderte, legte er um das Blut abzuwischen, seine Bombe, die er in ein Taschentuch gewickelt hatte, auf die Erde. Hier fand sie später ein Spazier-

das Unternehmertum verliere jeden Respekt vor der Macht der Arbeiterklasse. Sollen die Unternehmer ausperren, dann tun sie's, ob der 1. Mai gefeiert wird oder nicht — im letzteren Falle finden sie eben einen anderen Grund —, müssen sie jedoch die Arbeiter haben, dann sperren sie einfach nicht aus. Wenn die Generalkommission und der Parteivorstand zum 1. Mai einen Aufruf erlassen, dann dürfe er niemals in Ermahnungen auslaufen, sondern nur einen begeisterten Appell zur Durchführung einer machtvollen Demonstration enthalten. — Die auf das Referat Eisners folgende Diskussion bewegte sich in gleichem Sinne. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gab ein Genosse den Parteitagdelegierten die Parole mit auf den Weg: „In der Parteifrage keinen Schritt zurück!“

Als Delegierte zum Parteitag wählten die Nürnberger Parteigenossen Gewerkschaftssekretär Wohl, Landtagsabgeordneten Dorn und Redakteur Kurt Eisner.

Die Genossen von Kassel beschloßen, am Parteitag zu beantragen, bei Punkt 3 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) die Frage der Budgetbewilligung in den bundesstaatlichen Landtagen zu erörtern.

In der Sache selbst wollte man sich noch nicht festlegen, sondern erst die Begründung des Schritts der bairischen Genossen abwarten. — Anherdem wurde ein Antrag angenommen, den Parteivorstand zu beauftragen, den von dem Essener Parteitag gefassten Beschluß betreffend Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher unterjährig allgemein zur Ausführung zu bringen. — In der Diskussion über die Jugendorganisation sprachen drei Redner für die Befreiung des Hamburger Gewerkschaftskongresses, einer dagegen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß von den zur Lösung der bedeutungsvollen Fragen vorgeschlagenen Wegen der von dem Hamburger Gewerkschaftskongress empfohlene als der glücklichste bezeichnet werden müsse. Er verbürge auch, wenn man die keineswegs unwichtige finanzielle Seite der Frage in Betracht ziehe, die alsbaldige tatkräftige Zuangriffnahme der Jugend-erziehung.

Angriffe auf die Parteischule.

In Kassel erklärte in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Genosse Wegener in seinem Referat über den Parteitag in Nürnberg: „... Die Parteischule in ihrer jetzigen Anlage müßte auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen als ein verfehltes Unternehmen betrachtet werden. Das dafür aufgewendete Geld könne in anderer Form zweckmäßiger für Bildungszwecke verwendet werden.“

Womit der Redner seine Behauptung begründet hat, teilt der Bericht unseres Kasseler Parteiblattes nicht mit.

Ein ähnlicher Vorstoß ist vom Genossen Kurt Eisner in Nürnberg, ebenfalls im Referat über den Parteitag gemacht worden. Eisner führte aus: „Der Wert der neu geschaffenen Parteialademie ist sehr zweifelhaft, zum mindesten sieht der damit erzielte Erfolg in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Geldmitteln. Ich meine, wir sollten keinen Antrag stellen, die Parteischule des Parteivorstandes aufzulösen, aber wir können erwägen, ob sich die Schule dezentralisieren läßt, erwägen, ob es nicht vorteilhafter ist, die Lehrer des Instituts, die in Berlin auf einem Haufen sitzen, auf das Reich zu verteilen.“

Die nähere Begründung der Behauptungen des Redners läßt auch der Bericht des Nürnberger Parteiblattes vermissen. Sie ist indes leicht zu ergänzen. Am einfachsten sagt man sie in die Worte: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ Räumlich die Richtung der Lehrer an der Parteischule. Sie ist den Kritikern zu „orthodox“! Das ist der ganze Schmerz.

Was den ferneren Vorschlag auf Dezentralisation der Schule anlangt, so weh Genosse Eisner ganz gut, daß die meisten Lehrer der Schule nur nebenamtlich unterrichten und daß ihre Haupttätigkeit ihnen gar nicht erlauben würde, die Provinzen zu beglücken. Dieser Eisnersche Vorschlag ist also ebenso aufrichtig wie die Gründe, die er für seinen Angriff auf die Schule anführt.

Aus den Organisationen.

Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg ist im vergangenen Jahr von 11 000 auf 14 000 gestiegen. Mitglieder, die zu goldenen Vereinen übergetreten sind, wurden vom Sozialdemokratischen Verein — und auch von den Gewerkschaften — ausgeschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Roosevelt und Rockefeller.

Als vor etwa zwei Jahren unter der Initiative des Präsidenten Roosevelt ein Kampf gegen die Trusts eingeleitet und als erstes Opfer die Standard Oil Company ausgerufen wurde, da glaubte der größte Teil der Öffentlichkeit an den Erfolg des aufgenommenen Kampfes. Von der ersten gerichtlichen Instanz wurde auch über die Standard Oil Company eine ganz exemplarische Strafe in Höhe von 29 Millionen Dollar verhängt. Aber schon damals tauchten Zweifel auf, ob das Urteil juristisch unanfechtbar sein würde. Verklagt war eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company, die eine so hohe Strafe nie hätte bezahlen können. Der Bundesrichter Landis beurteilte daher die Muttergesellschaft. Diese Gesellschaft ging an die höhere gerichtliche Instanz und hat nunmehr den Erfolg zu verzeichnen, daß der Appellgerichtshof in Chicago das Urteil des Vorderrichters in wenig schonender Weise umgestoßen und eine neue Verhandlung des Falles angeordnet hat. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Entscheidung auf die öffentliche Meinung in Amerika ausgeübt hat: Rockefeller, der Trustmagnat, triumphiert über den scheitenden Roosevelt, den Vertreter der Staatsmacht! Man findet in dem Resultate des gerichtlichen Vorgehens bestätigt, was der Richter David Davis amtlich so ausgebrütet hat:

„Große Körperschaften, fest verbundene Nischenbetriebe besetzen die Wege zur Macht... Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sie durch Einsetzung von gesetzgebenden Versammlungen einige Staaten beherrschen und die Gerichte korrumpieren, daß sie mächtig im Kongress und strapellos in der Anwendung von Mitteln sind... Was sind in Amerika für Enquêtes, für Untersuchungen, für Prozesse geführt worden. Es ist niemals etwas anderes erreicht worden, als daß man eine Form aufgab, während die Sache genau so blieb wie bisher.“

Man wird vielleicht einwenden, daß ja noch nicht aller Tage Abend sei, daß eine neue Verhandlung wieder zur Verurteilung führen könne. Man mag diese Möglichkeit ruhig annehmen — bis aber die Verurteilung verfehlt werden wird, würden noch Jahre vergehen, und der Effekt bleibt vorläufig auf alle Fälle der, daß die staatliche Macht vor der Überlegenheit der Trusts kapitulieren muß. Selbst bei einer definitiven Verurteilung läge der Fall nicht viel anders, wenn freilich auch der Eindruck der Öffentlichkeit für die staatliche Autorität weniger nachteilig wäre. Denn nichts anderes hat das impulsive und unbedachte Vorgehen des Präsidenten Roosevelt erzielt, als eine erhebliche Schwächung der staatlichen Autorität; der Präsident konnte nicht einmal die von ihm gewollte Verurteilung des Rockefeller'schen Trusts durchsetzen. Das war aber vorauszu sehen, und es war deshalb unklug, trotzdem die gerichtliche Aktion einzuleiten. Oder sollte etwa das vergebliche gerichtliche Vorgehen die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens gegen die Trusts überzeugen? Auch bei dieser Aktion würde indes ein Mißerfolg herauskommen; denn weder im Senat noch im Kongress fände sich bei ihrer dermaligen Zusammenlegung eine Mehrheit, die regressive Gesetze gegen die Trusts beschließen würde.

Ernteaussichten in Oesterreich.

Der Saatenstands- und Erntebereich des österreichischen Ackerbauamtmittlers für die erste Hälfte des August stellt die Beobachtung der diesjährigen Getreideernte fest. Der Roggen ergab ziemlich guten Ertrag bei verschiedener Qualität. Der Weizen lieferte eine bessere Ernte, die Gerste hatte fast allgemein mittlere Erträge und Hafer mittlere bis ziemlich gute Ergebnisse aufzuweisen. Raps wurde bereits angebaut, ebenso Dinkelweizen. Frühlein verspricht ziemlich gutes bis mittleres Ergebnis. Recht gut sind die Aussichten in der Kartoffelernte. Auch die Zuckerrübe gedeiht recht gut und zeigt guten bis mittleren Stand. Wärme und Sonne läme ihr zustatten. Vortreffliche Aussichten haben die diesjährigen Weinreben und Obstbäume.

Baumwollzeugung der Welt im Jahre 1907.

Nach einer Zusammenstellung des Geniusbureaus im Bundesamt für Handel und Arbeit zu Washington wurden im Jahre 1907 in den Baumwoll erzeugenden Ländern der Welt folgende Mengen dieses Spinnstoffes erzeugt und in den Handel gebracht:

Land	Erzeugung in Vollen von 500 Pfund Nettogewicht	Anteil an der Welt-erzeugung Proz.
Vereinigte Staaten von Amerika	10 882 385	65,9
Britisch Indien	2 444 800	14,8
Ägypten	1 296 000	7,8
Rußland	620 000	3,8
China	428 000	2,6
Brazilien	370 000	2,2
Mexiko	85 000	0,5
Peru	55 000	0,3
Türkei	80 000	0,5
Persien	51 000	0,3
Andere Länder	200 000	1,3
Summa	16 512 185	100,0

Im Vorjahre betrug die Erzeugung, soweit sie für den Handel in Betracht kam, 19 942 000 Vollen, 1906 nur 16 747 000 Vollen und 1904 rund 18 808 000 Vollen. Die Mengen Baumwolle, die nicht auf den Markt kamen, sondern in China, Indien, dem asiatischen Rußland und anderen Gebieten des Orients sowie in Süd- und Mittelamerika für den Lokalverbrauch im Kleinbetrieb verwendet wurden, sind hierbei außer Anschlag geblieben.

Während des Zeitraumes von 1788 bis 1790 lieferte Westindien ungefähr 70 Proz. der in Großbritannien verarbeiteten Baumwolle, auf die Mittelmeerländer entfielen 20 Proz., auf Brasilien 8 Proz., auf die Vereinigten Staaten und Ostindien nur 1 Proz. der englischen Spinnereien gelieferten Baumwolle; Ägypten brachte damals überhaupt noch nichts von diesem Spinnstoff auf den Markt.

Aus der Frauenbewegung.

Krise und Prostitution.

Große Schichten der Bevölkerung leiden furchtbar unter der infolge der Krise eingetretenen Arbeitslosigkeit. Ganze Industrienstädte seit Monaten. Alte Kräfte sind erledigt und neue Einstellungen lassen auf sich warten. Kein Wunder, wenn die Unternehmer ihre Betriebe aufs äußerste einschränken. Arbeiter werden entlassen oder nur einige Stunden am Tage beschäftigt. Da wird denn Schmalhans Küchenmeister in manchen Arbeiterfamilien. Der Magen ist schon daran gewöhnt, ab und zu nicht zu seinem Rechte zu kommen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit schwebt stets über dem Haupte der Arbeiterschaft. Von der gesicherten Existenz ist wenig zu spüren. Bei der kapitalistischen Produktionsweise wird dieser Zustand auch niemals völlig zu beseitigen sein. Wandel wird erst durch eine völlige Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise geschaffen werden können. Bis zur Einführung der letzteren hat es jedoch noch gute Weile und der Kapitalismus wird noch tiefste Opfer fordern. Jastlose Existenzen gehen bei dieser Krise unter in Sumpf und Verderben.

Nur um den Profit nicht zu schmälern, werden in Perioden des wirtschaftlichen Niederganges häufig männliche Arbeiter auf Pfahler gemornt und durch billige weibliche ersetzt. Oft holt man aus den entlegensten Gegenden Arbeiterinnen herbei, die, unbekannt mit den örtlichen Verhältnissen, die Arbeit unter Bedingungen antreten, die sich gar bald als haltlos herausstellen. Das Streben der ausgefärbten Arbeiterschaft ist diesen weisfremden Menschenkindern meist nicht bekannt, schloßlos bleiben sie daher dem ausbeuterischen Getöse des Unternehmers ausgeliefert. Haben sie noch so viel Wertgegenstände im Besitz, um in die Heimat zurückzukehren, sind sie gerettet, ist das jedoch nicht der Fall, so verfallen sie dem Elend und der Schande. Ein großer Prozentsatz von Prostituierten besteht aus Mädchen, die dem heimatlichen Boden entrissen, in der Fremde jeglichen Schutzes beraubt, notgedrungen sich der Prostitution ergeben, um dann nie wieder in gesittete Verhältnisse zu gelangen.

Die einheimische Arbeiterin ist demselben Lose unterworfen. Sie ist gewöhnlich von Hause aus nicht zu völliger Bedürfnislosigkeit erzogen, wie ihre aus kulturell niedrigstehenden Gegenden kommende Gefährtin. Durch das ewige Herunterdrücken des Lohnes, verbunden mit der steten Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel und sonstiger Gebrauchsgegenstände wird es ihr schwer, von ehrlicher Arbeit ihr Leben zu fristen. Kein Wunder, wenn solche Mädchen, die von zu Hause keine Unterstützung erwarten können, ja vielleicht keine näheren Angehörigen mehr haben oder solche noch durch ihrer Hände Arbeit unterstützen müssen, einen Nebenverdienst in der Prostitution suchen. Einmal auf solcher Ebene angekommen, braucht nur noch Entlassung aus der Arbeitsstelle einzutreten, um den bereits beschrittenen Pfad des Lasters weiter zu verfolgen, nur noch von der Prostitution zu leben.

Schredlich wütet der Kapitalismus unter der nichts als ihre Arbeitskraft besitzenden Arbeiterschaft. Sie nicht durch ausgedehnte Arbeitslosigkeit dem Verfall preisgegeben, wäre eigentlich ein Gebot der Nächstenliebe. Aber so sentimental veranlagt ist heute wohl kein Kapitalist mehr, um seine Handlungen von Nächstenliebe bestimmen zu lassen. Aus dem Gesichtskreis des Kapitalisten heraus liegt keine Ursache vor, die Angestellten vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Für sich nehmen freilich die Angehörigen der besitzenden Klasse das Recht in Anspruch, ein angenehmes Leben zu führen und das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster zu werfen. Dieselben Arbeiterinnen, die einstmalig durch redliche Arbeit nicht instande waren, ihr Dasein erträglich zu gestalten, leben später durch das Geld eines reichen Lebemanns in Sauf und Braus. Das arme Mädchen, das früher kaum seine Blöße bedenken konnte, geht in heftlichen Gewändern einher. Das Wenige, was ein Mädchen bedarf, um sich recht und schicklich durchzuschlagen, kann es durch redliche Arbeit nicht erlangen; erst wenn es gefallen ist, vermag es ein auskömmliches Leben zu führen.

Doch wir wollen nicht das Leben dieser von der guten Gesellschaft ausgestoßenen Mädchen preisen; gäbe es ein Jurak, sie würden zu Tausenden umkehren. Aber die Wenigen, die es von Zeit zu Zeit versuchen, sehen nur zu bald, daß es noch genau so schwer und für eine Abtrünnige noch viel schwerer ist, löhnende Arbeit zu finden.

Gar gewaltig schimpft man über die zunehmende Sittenlosigkeit in den unteren Bevölkerungsschichten, und doch wird der Weg zur Moral durch undurchdringliche Mauern versperrt. Man sollte

an den maßgebenden Stellen endlich einsehen, daß alle die Maßnahmen, wie Kasernierung der Prostituierten, die tiefen in den verschiedenen Städten bestehenden Ausnahmegefesse gegen die unter polizeilicher Kontrolle stehenden Mädchen, nicht geeignet sind, um der Unsitlichkeit Einhalt zu tun. Wohl werden die Mädchen in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt, aber gebessert werden sie nicht. Will wirklich hier und da ein Mädchen aus dem Sumpfe heraus, so machen ihm Gesetze oder polizeiliche Bestimmungen es unmöglich, die guten Vorsätze zu verwirklichen. Ueberall und so auch in dieser Beziehung sieht man, daß an faulen Stellen des Gesellschaftskörpers Pfosten hauptsächlich zum Schutze der Besessenen angebracht werden. Wo sich schadhafte Stellen im Staatsorganismus bemerkbar machen, verkleistert man wohl hier und da etwas, selten oder niemals kommt es jedoch dazu, das Uebel an der Wurzel auszurotten. Mit verbundenen Augen geht die Bourgeoisie den Ursachen des Verfalls aus dem Wege, anstatt diese zu beseitigen. Wird dann von Seiten der Sozialdemokratie auf Beseitigung gedrungen, so ergeht man sich in wüsten Schimpereien auf die Leute, die alles besser wissen wollen. Prostitution und Kapitalismus gehen Hand in Hand. Solange der Kapitalismus die Völker regiert, werden schwerlich bessere Zustände herbeigeführt werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Vorteile der Altenverrichtung.

zeigte eine Verhandlung, mit der sich gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen schweren Diebstahls im kraftverfälschenden Rückfalle war der Glaser Otto V. angeklagt. — Der Angeklagte hatte vor 18 Jahren einmal im jugendlichen Leichtsinne eine Straftat sich zuschulden kommen lassen, wegen welcher er wegen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Er führte sich dann volle fünfzehn Jahre tadellos und war stets nur als ein fleißiger, nüchtern und ehrlicher Mensch bekannt. Vor drei Jahren hatte er das Unglück, schwer zu erkranken, so daß er seine Arbeit aufgeben mußte. In der bittersten Not ließ sich V. verleiten, einen Diebstahl an Nahrungsmitteln zu begehen, wofür er, mit Rücksichtnahme auf den geringen Wert, zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen verurteilt wurde. Der Angeklagte fand dann auch wieder Arbeit, die er erst Anfang dieses Jahres, als ein Rückfall seiner Krankheit eintrat, wieder aufgeben mußte. Er geriet wieder in eine sehr bedrängte Lage. Ueberall, wo er um Arbeit anfragte, wurde er als älterer und kranker Mann abgewiesen mit dem Bemerken, daß es genug junge und gesunde Leute gäbe. Als V. eines Tages auf einem Grundstück in der Köpenicker Straße um Arbeit anfragte, bemerkte er, daß ein auf dem Hof gelegenes Kontor offen stand. Er unterlag der Versuchung, ging hinein und erbrach ein Pulk, aus dem er 2,15 M. Bargeld und zwei Zehnfünnigmarken entwendete. Als er sich mit dem gestohlenen Gelde entfernen wollte, um damit seinen Hunger zu stillen, wurde er von Hausbewohnern festgenommen und der Polizei vorgeführt.

Die rechtliche Lage in dieser Sache war nun so, daß bei dem Angeklagten die Bestimmungen des Rückfalles in Anwendung kommen mußten, die eine ganz erhebliche Verschärfung der Strafe herbeiführen. Da der Angeklagte bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, so kamen bei ihm die Bestimmungen des § 244 des Strafgesetzbuches in Anwendung, nach welchen derjenige Täter, der einen einfachen Diebstahl begeht, mit mindestens drei Monaten bestraft werden muß, daß aber gegen einen Täter, der, wie im vorliegenden Falle, einen schweren Diebstahl mittels Erbrechen eines Behältnisses begeht, eine Mindeststrafe von zwei Jahren Zuchthaus oder bei Zubilligung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahre verhängt werden muß. Der Angeklagte wäre also im günstigsten Falle mit einem Jahre Gefängnis davongekommen. In der gestrigen Verhandlung stellte Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz den Antrag, aus den Akten festzustellen, ob der Angeklagte die vor 18 Jahren gegen ihn verhängte Strafe auch verbüßt habe, da nur dann die strafverhängenden Bestimmungen des Rückfallparagrafen in Anwendung kommen können, wenn die den Rückfall begründenden Strafen verbüßt, erlassen oder verjährt sind. Diese Feststellung war nicht mehr möglich. Nach den betreffenden Vorchriften werden Gerichtsakten nach zehn Jahren vernichtet und nur die Urteilsausfertigungen werden dreißig Jahre aufbewahrt, bis auch sie der Vernichtung anheimfallen. Das vor 18 Jahren ergangene Urteil war zwar zur Stelle, aus diesem ging aber nicht hervor, daß der Angeklagte auch die Strafe verbüßt hatte. Diesem Umstand hatte es der Angeklagte zu verdanken, daß er einer enorm hohen Strafe entging. Der Staatsanwalt mußte die Anklage wegen Rückfalldiebstahls fallen lassen und beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verteidiger plädierte auf Querkennung der geringfügigsten Strafe von drei Monaten, da auch diese bei der ganzen Sachlage noch eine sehr harte sei. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

Eine Wilddiebstahlsaffäre.

die in einer Berliner Markthalle zur Entdeckung gekommen war, beschäftigte gestern das Schöffengericht in Lichtenberg. Wegen unberechtigten Jagens war der Maler Georg Wunderlich angeklagt, während sich der Wildhändler Franz Freigang wegen Gehelei verantworten mußte. — Die hiesige Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß trotz der bestehenden Schonzeit für Rehwild in der Markthalle in der Lindenstraße Wildpret verkauft wurde. Es war auch in den Räumen der Markthalle ein offenes Geheimnis, daß der jetzige Angeklagte, der dort einen Stand und größere Kellereien inne hatte, gewildertes Wild verkaufe. Am 28. März d. J. beobachtete deshalb die Polizei den Stand des Angeklagten. Von dem Aufseher Vater wurde den Schutzleuten mitgeteilt, daß soeben ein Mann mit einem großen Paket in den Keller des F. hineingegangen sei. Ein Kriminalschuttmann ging diesem Mann nach und nahm ihn auf der Straße fest. Auf der Polizeiwache fand man bei einer Durchsuchung des Festgenommenen in dessen Hosentaschen einen zusammengelegten Lejchungslauf, ferner wurde noch bei ihm der Hintenschuß, ein Feldstecher und mehrere Jagdpatronen vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß der Festgenommene der schon wegen Wilddieberei vorbestrafte jetzige Angeklagte Wunderlich war. Er gab zu, zwischen Carlshorst und Sadowa ein Reh geschossen zu haben, behauptete aber, er sei bei dem Ausbrechen von Spaziergängern gestört worden und habe das Wild liegen lassen müssen. In der Zwischenzeit war eine Durchsuchung des Freigang'schen Kellers vorgenommen. Hierbei wurden drei Damwildkauen und mehrere Rehpfoten beschlagnahmt. Freigang behauptete, er wisse nicht, wie die Rehteile in seinen Keller gelangt seien. Von Wunderlich habe er nie etwas gekauft. Das Gericht hielt auch die dem F. zur Last gelegte Gehelei für nicht genügend aufgeklärt und sprach ihn frei. Dagegen wurde Wunderlich wegen Jagdfrevels zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unlauterer Wettbewerb wurde dem Zahnarzt Thormeyer zur Last gelegt, welcher sich gestern vor der I. Strafammer des Landgerichts I verantworten mußte. Die Anklage gegen T. lautete auf Vergehen gegen den Paragraphen 4 des Gesetzes betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896, welcher denjenigen mit Strafe bedroht, der in der Absicht, den Anschein eines

besonders günstigen Angebots herbeizurufen in öffentlichen Bekanntmachungen, Inseraten usw. unwahre und zur Irreführung des Publikums geeignete Angaben tatsächlicher Art macht. — Der Angeklagte hatte in verschiedenen Inseraten mitgeteilt, daß er „vollkommen schmerzlos“ unter Anwendung von Bromäthyl Jähne ziehe und diese Behandlung ohne jede nachteiligen Folgen wäre. Wegen dieser Annoncen wurde von einer hiesigen Vereinigung von Zahnärzten gegen den Angeklagten Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs erstattet. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 M. Hiergegen legte L. Berufung ein und behauptete vor der Strafkammer, daß der Inhalt der Inserate völlig auf Wahrheit beruhe. Der gerichtliche Sachverständige Zahnarzt Dr. Ritter behauptete jedoch, daß sehr wohl durch Anwendung von Bromäthyl schädliche und gesundheitsfördernde Nachwirkungen entstehen können. Es läme dies ganz auf den Gesundheitszustand des Patienten und auf viele andere Nebenumstände an, wie der Angeklagte aus einem Fall, der ihm passiert sei, auch habe wissen müssen. Keinesfalls könne man positiv behaupten, daß die Behandlung mit Bromäthyl nicht unter Umständen höchst schädliche, ja direkt gefährliche Folgen nach sich ziehen könne, sondern völlig unschädlich sei. Das Gericht hielt es nach dem Gutachten des Sachverständigen für festgestellt, daß der Angeklagte in seinen Anpreisungen unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben gemacht habe und wies deshalb die Berufung kostenpflichtig zurück.

Vermischtes.

Winter im Riesengebirge.

Nachdem bereits am Mittwochnachmittag die Besucher des Riesengebirgsflamms durch ein starkes Schneetreiben auf der Höhe überrascht wurden, trat abends und nachts bei starkem Sturm ein heftiger Schneefall ein, der das gesamte Gebirge bei einer Kälte von 5 Grad in eine weiße Decke hüllte. Am Donnerstag schneite es weiter. Auf dem Stamm und an den Abhängen lag der Schnee bis zu einem halben Meter hoch und vielfach wurden auch die Touristenwege für Stunden hindurch unpassierbar. Die Schneewolken drangen in die Täler, eine Erscheinung, die zu dieser Jahreszeit schon seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtet worden ist. Der Neuschnee lagert gegenwärtig bis zu einer Tiefe von 850 Metern herab. Das Gebirge ist ganz weiß. Auf der Koppe liegt der Schnee 10 Zentimeter hoch.

Schneefälle.

Auf dem Glaxer Schneeberge herrschte nach einem Telegramm gestern starker Schneefall; auf dem Gipfel liegt die Schneedecke bereits einen viertel Meter hoch. — Auch aus Oberbayern wird starker Schneefall gemeldet. — Aus Wien wird telegraphisch berichtet: In Oesterreich ist ein mächtiger Wettersturz eingetreten, von dem nur das Pustertal und das Deltagebiet berichtet geblieben sind. Es traten Schneefälle bis zu acht-hundert Meter Seehöhe in den ganzen Alpen und auch im Riesengebirge ein. Die Niederschlagsmengen in selten beobachteter Stärke lassen große Hochwasser befürchten.

Massenvergiftungen. In den Magdeburger Vororten Grob-ottersleben und Leimbach sind über 200 Personen nach dem Genuß von Süßholzwurzel schwer erkrankt. Betroffen sind fast ausschließlich Fabrikarbeiter. Fleischproben sind an das Gesundheitsamt in Berlin eingereicht worden. Trotz einzelner recht schwerer Fälle hoffen die Ärzte, daß Sterbefälle nicht eintreten werden.

Ein Pastor wegen Verleitung zum Meineid auf der Anklagebank.

Ein Kleinbäuerliches Jbhl hat gestern vor der zweiten Ferienstrafkammer des herzoglichen Landgerichts Braunschweig begonnen. Kantor Bunstorf, Leiter der Gemeindefchule zu Dankelsheim, hatte mit seinem Schulininspektor, dem Pastor Lang, vielfache Streitigkeiten, die mit der dienstlichen Stellung beider nichts zu tun hatten. Insbesondere beschuldigte der Kantor den Pastor, daß er mit seinem Dienstmädchen intimen Verkehr unterhalte, mithin Ehebruch treibe. Pastor Lang strengte deshalb gegen Kantor Bunstorf die Verleumdungsklage an, die damit endete, daß Kantor Bunstorf alle Beschuldigungen gegen Pastor Lang mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm, eine Ruhe von 50 M. zahlte und die Kosten übernahm. — Kurz darauf bemerkte Pastor Lang bei einer Kanzelverleumdung: „Ein Paar der im verflochtenen Jahre Getrauten ist in Unehren in die Kirche gekommen.“ Landwirt Jörn bezog diese Äußerung auf seine Tochter, die in dem betreffenden Jahre Hochzeit gehabt hatte. Er machte seinem Vetter durch abfällige Äußerungen gegen den Pastor Luft. Infolge der deshalb von dem Pastor gegen Jörn angestrengten Verleumdungsklage wurde letzterer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsinstanz kam es zwischen den Parteien zum Vergleich. Inzwischen wurde Kantor Bunstorf infolge einer neuen, vom Pastor Lang angestrengten Verleumdungsklage zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung in der Berufungsinstanz wurde auf Antrag des Verteidigers, zwecks Ladung weiterer Zeugen, vertagt. Bald darauf erhielten mehrere als Zeugen genannte Leute anonyme bezw. pseudonyme Schreiben, in denen sie unter Versprechungen gebeten wurden, nichts Belastendes gegen den Pastor auszusagen. Landwirt Müller erhielt ein solches Schreiben unter Beifügung eines Zwanzigmarskheines, mit dem Versprechen, er werde noch zwanzigmal soviel bekommen, wenn er vor Gericht befände, daß er nichts wisse. Die Anklagebehörde hält Pastor Lang für den Schreiber dieser Briefe, sie hat daher Anklage wegen Verleitung zum Meineid erhoben. Pastor Lang bestreitet, zu den Briefen in Beziehung zu stehen. Ueber den Ausgang des Verfahrens werden wir berichten.

Cholera.

Die Choleraepidemie wütet in China stärker als im Vorjahre. Sie fordert besonders am mittleren Jangtse in Hankau Opfer. Auch viele Europäer sind erkrankt. In Rußland erkrankten im Gouvernement Astrachan am 12. d. M. 21 Personen an Cholera; 15 Fälle verliefen tödlich. Im Gouvernement Saratow erkrankten am 11. d. M. 23 an der Cholera. 15 Fälle verliefen tödlich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronde findet Linderkrone Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkronde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Verleumdung wird nicht erstellt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Billige Fragen trägt man in der Ehrenkronde vor.

Kaufmann. Hi bei den Handlungsgehilfen über die Kündigungskritik nichts vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist sechs Wochen zum Quartalschluß. Es kann auch eine monatliche Vereinbarung werden. Aber nur für den Monatschluß. Kürzere Kündigungsfristen für Handlungsgehilfen sind unzulässig. — Strauß S. Die Reichstagsaktion ist dem Programm entsprechend für Vermählung von Dälen eingetreten. — M. S. 33. Eine Bescheinigung würde dadurch nicht erreicht werden. Zweifelsfrei erscheint, ob Sie unter den geschützten Verhältnissen eine Lohnbefreiung durchsetzen.

H. P. 75. Sie könnten gegen Ihre Frau auf Herausgabe der Sachen klagen. Das gelaunteste scheint aber, unter den von Ihnen geschickten Umständen den Versuch einer Ehehehlung zu machen. — W. M. 22. Bei der Erfolg wird voraussichtlich von einem Jnen oder Jherer Schlichter anfertigen Eid abhängen. — Vogtshagen-Kammelsburg, 1. B. 2. Rein. — G. 2. 23. Nicht verbindlich. — M. S. 15. Rein. — W. M. 08. Rein. — S. 111. Nachteiliges über die von Ihnen genannte Kasse ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich aber vorsichtshalber an Genossen Einnamensl. Engländer 15. — S. 2. 15. Es werden nur 14 Tage berechnet. — T. Das Gemeindevahlrecht lebt in jedem Fall wieder auf, nachdem ein Jahr seit Entlassung aus dem Krankenhaus verstrichen ist. — M. 50. Die Vererbung würde als Urerbschaft betrachtet werden können. — M. 3. — M. P. 43. 1. und 2. Wenden Sie sich an die Stadt Lindom und an den Regierungspräsidenten. Daß die Sache sich so verhält, wie Sie schildern, ist wenig wahrscheinlich. Eine Verführung liegt wahrscheinlich nicht vor. 3. Unverständlich, legen Sie ausführlicher dar, was Sie meinen. — G. S. 1. Teilen Sie der Invalidenversicherung den Sachverhalt mit der Bitte um Bescheinigung mit und beantragen Sie ferner bei der Gewerbe-Deputation, Straßauer Str. 1-3, die Kasse zur Weiterzahlung zu verurteilen. — G. S. 1. Zweck Gewirkung der Ehehehlung ist zunächst ein Sühntermin bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirke der Ehemann wohnt, zu erwirken. Der Antrag kann unter Ueberreichung der Geburtsurkunde bei Gericht zu Protokoll abgegeben werden. Fällt der Sühntermin fruchtlos aus, so ist die Ehehehlungsklage durch einen Rechtsanwalt bei dem Landgericht anzustrengen, in dessen Bezirke der Ehemann wohnt. Will der Kläger das Armenrecht für diese Klage erweisen, so läßt er sich zunächst (durch den Armenrechtshörer) vom Magistrat bescheinigen, daß er zur Tragung der durch den Prozeß entstehenden Kosten außer Stande ist. Diese Bescheinigung überreicht er dann dem Landgericht, welches die Ehehehlungsklage, gibt die Beweismittel für dieselben an und beantragt Vermählung des Armenrechts. — H. M. 55. 1. und 2. Rein. 3. Französisch. — W. P. 189. Wenn Sie weiter zahlen, haben Sie das Recht wie jedes andere Mitglied, auch auf Krantengeld. — Strauß S. 106. 1. u. 2. Ja. — Frau Helen 100. Der Handwerker hat dem Befehl entsprechend gehandelt. Die Firma könnte Bestrafung des Wesen wegen Unterschlagung erwirken. — S. 24. Wiederholen Sie die Anfrage unter Ergänzung nach der Richtung hin: wo und wann der Mann, die Frau und die Kinder gestorben sind. — W. G. 100. Das 1500 M. jährlich übersteigende Gehalt ist pfändbar.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	13. 8.	12. 8.		13. 8.	12. 8.
	em	om ¹⁾		em	om ¹⁾
Remel, Mühl	121	0	Saale, Großhly	118	-4
Prege, Ansternburg	-10	+2	Havel, Spandau ²⁾	44	0
Wesche, Thon	144	-14	Rathenow ²⁾	42	+1
Ober, Halber	103	-15	Spree, Spremberg ²⁾	72	+2
„ Krosen	142	-7	Beekow	62	0
„ Frankfurt	164	-11	Weser, Münden	-93	+7
Wärthe, Schrimm	80	-10	„ Wünnen	-18	+1
„ Landsberg	65	-12	Rhein, Reginniansau	446	-6
Nehe, Barmann	-23	-3	„ Kaub	251	+11
Gide, Leinmerz	-50	-5	„ Köln	242	+9
„ Dresden	-157	+2	Redar, Heildronn	53	-1
„ Barba	68	-8	Rain, Wertheim	165	-33
„ Magdeburg	68	-1	Rosel, Lier	27	-7

¹⁾ + bedeutet Quß, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Wöchentlich Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr reg, Preise sehr hoch. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise für Seeische nach-abend, sonst wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und S. d. r. h. t. e: Zufuhr reichlich, Blumenkohl aber Bedarf an Markt, Geschäft flau, Preise gedrückt.

Müller-Strasse
182-183

Verkauf der aus der Jacques Cohn'schen Konkursmasse erworbenen und anderen Waren.

Müller-Strasse
182-183

Billige Kurzwaren- u. Weißwaren-Woche

Extraangebot für
Schneiderinnen

Nähnadeln 25 Stück Brief 1 Pf.	Jaconetband 8 m Stck., hellblau, rosa, rot 7 Pf.	Goldgürtel mit Stöckerei . . . Stück 48 Pf.	Jaconet Meter 25 Pf.
Blitznadeln Brief 6 Pf.	Sicherheitsnadeln gekopselt, Dutzend 6 Pf.	Goldgummigürtel Stück 95 Pf.	Croisée Meter 28 Pf.
Stecknadeln 6 Brief 10 Pf.	Hosenknöpfe 12 Dutzend 10 Pf.	Seidene Gummigürtel . . . Stück 95 Pf.	Reversible Meter 38 Pf.
Stecknadeln 200 Stück 4 Pf.	Prima Mech. Hosenknöpfe 2 Dutzend 5 Pf.	Valencienne-Spitze 1-2 cm br. Mtr. 4 Pf.	Alpaca Meter 45 Pf.
Haarnadeln 2 Brief 1 Pf.	Nähseide 4 Gr. Rolle 12 Pf.	Valencienne-Spitze 5 cm breit . Mtr. 10 Pf.	Faille Meter 52 Pf.
Haarnadeln gewollt Brief 1 Pf.	Kreuzspulseide Rolle 3 Pf.	Valencienne-Spitze 8-12 cm br. Mtr. 20 Pf.	Jouponstoffe Meter 48 Pf.
Lockennadeln 12 Brief 5 Pf.	Ersatzseide Rolle 18 Pf.	Spachtel-Einsatz 5 cm breit . Mtr. 22 Pf.	Vélour Parchend Meter 38 Pf.
Kragenstäbe doppelt Dutzend 10 Pf.	Armblätter Paar 15, 9, 7, 5 Pf.	Tüllspachtelstoffe für Blusen . Mtr. 95 Pf.	Schürzenstoffe Meter 38 Pf.
Fischbein Dutzend 7 Pf.	Samtstoß mit Besenborte . . Meter 28 Pf.	Filetstoffe für Blusen Mtr. 48 Pf.	Satins Meter 55 Pf.
Prima Satin-Gürtband Stück 33 Pf.	Druckknöpfe geschloss., m. Fed., Dtz. 9, 5 Pf.	Madapolam-Stickerei 5 cm br. 4 ^{1/2} , Mtr. 95 Pf.	Prima Piqué Meter 48 Pf.
Besenborte gemustert Meter 8, 5 Pf.	Tailleurverschluss Stück 6 Pf.	Stickerei 5-8 cm breit . . . 4 ^{1/2} , Mtr. 95 Pf.	Hemdentuch Prima Meter 29 Pf.
Schnürsenkel englische Packung Paar 5 Pf.	do. mit Fischbein, waschb., Stück 12 Pf.	Rockstickerei 15-25 cm br. Mtr. 48, 95 Pf.	Bunte Bezugstoffe 100 cm br. Meter 85 Pf.

Bitte unsere enorm billigen Preise in unserem Teppich- und Gardinenfenster in der Sellen-Strasse zu beachten.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk. Trotz der billigen Preise auf alle Artikel 5% Rabatt oder Nordenmarken. Schneiderinnen erhalten doppelten Rabatt.

= Rixdorf = H. Joseph & Co. = Rixdorf = Berliner Straße 54-55

Räumungsverkauf Beginn: Sonnabend, den 15. d. Mts.

Um die vollständige Räumung der Restbestände der Sommerwaren in dieser Woche durchzuführen, haben wir bei sämtlichen in Frage kommenden Artikeln die Verkaufspreise fast um die

Hälfte des früheren Wertes herabgesetzt!

Jeder Artikel, der geräumt werden soll, trägt sichtbar den früheren und jetzigen Verkaufspreis.

Selten billige Angebote in Damenkonfektion, Kleiderstoffen, Waschstoffen, Seidenstoffen, Samten, Weißwaren, Spitzen, Korsetts, Schürzen, Trikotagen, Schuhwaren, Teppichen und Gardinen.

Rabatt- und Prämienmarken!

Unerreichte Vorteile!

Rabatt- und Prämienmarken!

Jandorfs 95 Woche

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse

Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Heute Schluss!

Selten dagewesene Einkaufsgelegenheit

Beachten Sie die Schaufenster!

Man verlange Rabattmarken!

Prachtsäle Nord-West

Wickestr. 24. Fernspr. II 7520. Wickestr. 24.
Empfehle meine großen und kleinen Säle mit schönen Bühnen zur
Abhaltung von Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen und Aus-
stellungen. Habe noch mehrere **Sonntage** und **Sonntage** zu
vergeben.
87542* Hochachtungsvoll **Wilhelm Brüning.**

Tanz-Lehr-Institut Richard Heinrich

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Wiedereröffnung am Sonntag, den 16. August, nachm.
8 Uhr. Anmeldungen werden vor Beginn des Unterrichts sowie in
meiner Wohnung Wrangelstr. 107, Amt 4, 10381, entgegengenommen.
3850L* Hochachtungsvoll **Richard Heinrich**, Tanzlehrer.

Herrenkleidung für 1 Mark

möbentliche Zellulose, fertig und nach Maß, auch mit Knöpfe, liefert das bekannte
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, Markensack,
ohne Verkaufslieg. Verarbeitung halbbare Stoffe unter Garantie für langle-
bigen Eig. Besuch mit Muster jeberzeit. Richtige Größe Maßnahme, Güte
(Kontaktsartefakte) werden nur im
Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse,
im Pettikofen Räumungsvorverkauf nur gegen Baßo verkauft.
Unter Consum-Hausung, sehr halber und praktisch, kostet nur 12,75 Mark.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Von Sonnabend, den 15. bis Dienstag, den 18. August cr., so lange Vorrat

Vorzugspreise in Lebensmitteln

Fleischwaren

Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.	Westf. Salamiwurst Pfund 1.50	Cassler-Rippespeer Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 90 Pf.	Westf. Cervelatwurst Pfund 1.50	Pr. fetten Speck Pfund 68 Pf.
Fleischwurst mager Pfund 95 Pf.	Thür. Cervelatwurst Pfund 1.30	Rückenfett Pfund 60 Pf.
Kaiserjagdwurst Pfund 1.00	Thür. Knoblauchwurst Pfund 1.20	Rückenfett bei Abnahme v. 5 Pfd. Pfund 58 Pf.
Schinkenwurst Pfund 1.30	Schinkenspeck Pfund 1.00	Bratenschmalz Pfund 63 Pf.

Pa. Rehblätter Stück 1.75, 1.95 | Pa. gekochter Schinken 1/4 Pfund 0.35

Kolonialwaren

Zuckerhonig 2 Pfd.-Büchse 75 Pf.
Eierschnitt-Nudeln Pfd. 43 Pf.

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
Pfund 0.90 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind wegen des vorzüglichen Geschmacks
allseitig bekannt.

Makkaroni deutsch Pfd. 33 Pf.
Makkaroni franz. Pfd. 45 Pf.

Schweizer Käse Pfd. 75 Pf.
Vollfett Tilsiter Käse Pfd. 75 Pf.

Schellfische Pfd. 15 Pf.
Pa. geräucherter Lachs 1/4 Pfd 35 Pf.

Thür. Pflaumen 2 Pfd. 25 Pf.
Weintrauben Pfd. 28 Pf.

Seifen

Harzkernseife hell, 5 teilig 40 Pf.	Lanolin-Familienseife Stück ca. 180 Gramm 3 Stück 45 Pf.
Harzkernseife dunkel ca. 2 Pfund 48 Pf.	Weisse Fliederseife sehr mild und wohlriechend 3 Stück 45 Pf.
Fein Soda Paket ca. 2 Pfund 9 Pf.	Vaselin-Seife ca. 125 Gramm 9 Pf.
Oberschale Ia sehr trocken Riegel ca. 2 Pfund 58 Pf.	Eucalyptus-Mundwasser grosse Flasche, Wert 1.85 Flasche 75 Pf.
Steins Waschkraft bestes Seifenpulver 6 grosse Pakete 90 Pf.	Taschentuch-Parfüm in verschiedenen Gerüchen Flasche 25 Pf.

Ein Waggon Emaille

Kaffeekannen • Kasserollen • Schmortöpfe • Wasserkessel • Wannen und Eimer
ganz besonders preiswert.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am heutigen Sonnabend findet in Nieder-Schönhausen im Lokal von Liedemitt das Sommerfest der Freiwilligen Sanitätskolonne Nieder-Schönhausen statt.

Am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. d. M. findet in Nieder-Schönhausen ein Erntefest in folgenden Lokalen statt: Thiele (Donat Raschl), Liedemitt, Reischlag und Settelorn.

Am Sonntag, den 16. und Montag, den 17. d. M. findet in Heimerdors bei Weihensee das Erntefest statt. Das einzige freie Lokal dortselbst befindet sich Rothenbach Straße 51 „Zum Lindenbaum“.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 16. August, mittags 12 Uhr, findet im Lokale des Genossen Hoppe in Rixdorf, Hermannstr. 49, die Generalversammlung des Kreises statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Der bevorstehende Vortag. Referent: Fritz Zubeil. Anträge und Wahl der Delegierten. 3. Die Provinzialkonferenz. Anträge und Wahl der Delegierten. 4. Abrechnung von der Landtagswahl. 5. Sonstige Anträge.

Die Delegierten der Wahlvereine müssen mit Mandaten versehen sein. — Gäste haben Zutritt.

Der Zentralvorstand.

Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet nicht heute, sondern nächsten Sonnabend, also den 22. d. M., statt.

Reuenhagen und Umgegend. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt diesen Monat aus.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung: der 1., 2. und 5. Bezirk Lokal von Kollmann, Kronprinzenstr. 2; der 3. und 4. Bezirk Lokal von Varth, Viktoriastr. 7.

Rixdorf. Sonntag, den 16. August, mittags 12 Uhr, findet im großen Saale von Fritz Hoppe, Hermannstr. 49, die Kreisgeneralversammlung statt.

Der Vorstand. Die Delegierten der Wahlvereine müssen mit Mandaten versehen sein. — Gäste haben Zutritt.

Fritz-Dankow. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den belannten Stellen aus eine Handzettel-Verbreitung statt. Die Beteiligung aller Genossen erwartet.

Berliner Nachrichten.

Hinten herum!

Der Ueberfall der Gemeinden durch den Antrag der „Großen“ auf Konzessionsverlängerung um 90 Jahre hat selbst bei solchen Mitgliedern einzelner Gemeindevorstände und Ratsräte, die leider der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft günstig gestimmt waren, arg verknüpft.

Wenn behauptet worden ist, daß die Gesellschaft bei ihrem Verlangen die Bestimmungen des Meinungsabgleiches auf ihrer Seite habe, und daß der Provinzialrat unter Umständen nach dem Gesetz gezwungen sein könnte, die beantragte Ergänzung auszusprechen, so trifft das nicht zu.

Die in dieser Richtung seinerzeit dem Kaiser unterbreiteten Vorschläge haben dessen Zustimmung gefunden, und es handelt sich gegenwärtig nur noch um Einzelfragen. Im wesentlichen werden die vom Stadtbaurat Krause ausgearbeiteten Straßendurchbrüche und vereinfachten Tunnelanlagen angenommen werden.

Was den Verkehrsverband anlangt, so besteht kein Bedürfnis nach einer außerordentlichen Beschleunigung der Angelegenheit, da an dem übereinstimmenden Willen aller in Betracht kommenden Gemeinden, sich in dieser Form zusammenzuschließen, nicht zu zweifeln ist.

und des Provinzialrates. Sie wäre an und für sich nach Lage der Gesetzgebung keineswegs ausgeschlossen; man darf aber von unseren Behörden mit aller Bestimmtheit erwarten, daß sie in einer Frage von solcher Tragweite, bei einer Entscheidung auf Reichsnationaler hinaus, Berlin, seine Nachbarstädte und Vororte nicht verewaltigen werden.

Die Zuvorfahrt des ausgefragten Herrn auf die Ergebnisse der Unterredung Kirchner bei Hofe und auf die Richtbergemittlungsgelüste der oberen Behörden teilen wir nicht. Die Aktiengesellschaft hätte mit ihrem Antrage auf Konzessionsverlängerung rundweg von den Behörden abgewiesen werden können.

Zum Aukturladenschluß in Berlin

bemerkte eine halbamtliche Korrespondenz: „Am 11. August ist der letzte Abstimmungstermin zur Aukturladenschlußbewegung abgelaufen. Bis dahin konnten die Abstimmungsänderungen noch berichtigt werden. Wie wir erfahren, steht eine Zweidrittelmehrheit für den Aukturladenschluß außer Zweifel, die genauen Ergebnisse werden nach der Zusammenstellung amtlich bekanntgegeben werden.“

Wer ist schuld am Hauseinsturz in Charlottenburg?

Aus Anlaß unseres Artikels in der Mittwochnummer erhalten wir von einem Architekten Ausführungen, deren wesentlichsten Inhalt wir nachstehend wiedergeben:

Zu Ihrem Artikel „Wer ist schuld am Hauseinsturz in Charlottenburg?“ erlaube ich mir als Nachmann einige Zeilen. Es wird zunächst von schlechtem Material geredet. Ein so schlechtes Material, das ein derartiges Unglück passieren kann, gibt es einfach nicht.

Rum zum Punkte Baupolizei. Unsere Baupolizeibeamten mögen wohl die tüchtigsten Theoretiker sein, aber auf dem Gebiete der Praxis können sie mit keinem Maurer konkurrieren. Wenn in der Fassadengliederung ein Turm oder sonstige Ausbauten die vorgeschriebene Höhe um 10 Zentimeter überragen, so müssen diese unweigerlich runter.

Zu einer anderen Seite. Darüber sind wir uns völlig einig, daß die Akkordarbeit bei den Maurern unter allen Umständen zu verwerfen ist. Nun möchte ich Sie aber auf den Neubau der Sternwarte in Treptow hinweisen. Dieser ist erst möglich gewesen durch Eingabe von 50 000 M. seitens der Gewerkschaften, und trotzdem sind die Maurerarbeiten in Akkord ausgeführt worden.

Als Gegenstück zum Neubau der Sternwarte ist jetzt der Neubau des Vereinshauses Deutscher Apotheker in der Dortmund- und Leberowstraße in Angriff genommen. Architekten: dieselben, Ausführer: Held u. Franke, Maurerarbeit: Akkord. Es ist einfach schändlich; es trieb mir die Schamröte ins Gesicht, als ich hörte, daß auch dieser Bau, ein Millionenobjekt, in dieser schandhaften Akkordarbeit ausgeführt wird.

Aufruf oder ein Preisausschreiben im „Vorwärts“ oder einem anderen Parteiblatt? Kechnlich wie beim Gewerkschaftshause lag es auch beim Metallarbeiterhause.

Würde man Leuten mit sozialdemokratischer Gesinnung derartige Ausführungen übertragen, so könnten unartismäßige Arbeiten niemals möglich sein.“

Einschulung. Die Eltern solcher Kinder, welche bis zum 1. Oktober dieses Jahres das 6. Lebensjahr vollendet haben werden, also schulpflichtig sind, seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldungen für den Schulbesuch spätestens bis zum 15. September zu erfolgen haben.

Der Vorstand des Vereins für Kinder-Vollschulen teilt mit, daß er heute Sonnabend, den 15. August, seine Kinder-Vollschulen eröffnet. Verabreicht wird mittags von 12 bis 2 Uhr an Kinder Mittagessen; auch können die Speisen aus den Anstalten geholt werden.

Weinbergsweg. Heute vor 60 Jahren, am 15. August 1848, erhielt der Weinbergsweg seinen Namen. Er führte, bevor die Stadtmauer gezogen ward, nach dem, im 16. Jahrhundert angelegten Volkantischen Weinberge, auf dem sich jetzt das Reichshaus befindet, und hieß früher die Weinbergsweg.

Der erste Gedanke!

Man wird es keinem Geschäftsmann verübeln dürfen, daß er zu seinem Gelde kommen will. So kann auch keinem Hauseigentümer ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er seine Mieten möglichst vollständig hereinzutreiben sich bemüht.

erst im Alter von 2 bis 11 Jahren sehen. Das hat die Schwester der Frau W., indem sie die Kinder zu sich nahm. Um ihnen bei sich ein Nachtlager bereiten zu können, bedurfte sie der Betten. Sie ging ohne viel Bedenken, ihrem Pflichtbewußtsein folgend, nach der verlassenen Wohnung und holte die Betten heraus. Die Wirtin soll hierüber nicht wenig gekränkt und geschimpft haben, auch soll sie schwere Drohungen ausgesprochen haben gegen jeden, der ein Stück aus der Wohnung herausnehmen werde. Im Hause ist man empört über das Benehmen der Frau Klein, die als Gattin eines „zweifachen“ Hausbesizers allerdings wohl sicher davor ist, einmal selber in eine bedrängte Lage ähnlicher Art zu geraten und dann auf das Mitleid anderer angewiesen zu sein.

Aus der gekirgten Magistratskammer. Der Magistrat hat Beschlüsse, für den Graf Zeppelin-Fonds 80 000 M. und für die Abgebrannten von Donaustr. 5000 M. zu bewilligen und die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung hierzu einzuholen.

Der Verkehr im städtischen Obdach, sowohl im nächtlichen als auch im Familienobdach, hat in den letzten Tagen infolge der frühen Bitterung stark zugenommen. Täglich melden sich gegenüber dem Vorjahr annähernd 250 Personen mehr zur Aufnahme.

Ueber die Geheimkontrolle der Geldbriefträger, deren Einrichtung vor mehreren Jahren so vielen Staub aufwirbelte, werden neuerdings wieder Klagen laut. Noch bevor damals die Geheimkontrolle in Aktion treten konnte, gelangte über die beabsichtigte Bevormundung der Geldbriefträger ein Bericht in die Presse. Sehr richtig wurde darauf hingewiesen, die Geldbriefträger seien aus dem besten Beamtenmaterial ausgewählt; sie müßten also die Kontrolle als ein Mißtrauensvotum auffassen. In erster Linie sollte sich nämlich die Kontrolle dagegen richten, daß die Geldbriefträger während des Bestelleganges Restaurantslokale aufsuchen, falls sie nicht gerade amtlich in diesen zu tun haben. Als ob der Geldbriefträger, der anerkannt einer der besten Postunterbeamten ist, sich in der Kneipe an einem Glase Bier berauschen könnte! Oder fürchtete man einen Mißbrauch in der Kneipe? Das Ganze war also wieder mal Arbeit vom grünen Tisch. Der Geldbriefträger wird mit seiner Vesteilarbeit unregelmäßig fertig, je nachdem er die Geldempfänger sofort zu Hause antrifft oder nicht. Man kann es ihm also nicht verargen, und es ist auch nicht weiter bedenklich, wenn er eine freie Viertelstunde demüht, um sich ein wenig zu restaurieren. Das aber wollte die Postverwaltung nicht haben. Die Postunterbeamten beriefen damals Protestversammlungen ein. Tatsächlich unterließ auch zunächst die Geheimkontrolle. Mittlerweile hat sie aber doch eingesetzt. So soll, um nur ein Beispiel anzuführen, kürzlich ein Geldbriefträger, der in eine Kneipe zum Kartenverlauf hineingerufen wurde und dabei ein Glas Bier trank, dienstlich bestraft worden sein. Man sollte doch diesen Beamten, die keineswegs einen leichten und dazu einen sehr verantwortungsvollen Dienst haben, das Leben nicht unnötig sauer machen.

Der Hausverwalter ist das Produkt unserer großstädtischen Grundbesitzverhältnisse. Wer sein Haus nicht selber bewohnen kann oder mag, der muß einen Verwalter hineinsehen. Je schmeidiger dieser gegen die Mieter auftritt, desto lieber ist es dem Herrn Wirt. Ein Verwalter von derjenigen Sorte, die gewissen Hausbesitzern die liebsten sind, scheint ein Herr Friedrich zu sein, der über das Haus Rigauer Straße 101 kommandiert. Gegen ihn hat ein Mieter dieses Hauses Strafantrag wegen Verleumdung und Körperverletzung stellen müssen. Der Herr Verwalter war mit der Frau des Mieters W. aus nichtigen Anlaß in Streit geraten und hatte dabei eine drohende Haltung angenommen, so daß die Frau ihren Mann zu Hilfe rufen zu sollen glaubte. Den Mann überschüttete der Verwalter mit den argsten Beschimpfungen und schließlich schlug er mit einem Milchtopf auf ihn los. Erst durch das Dazwischentreten zweier fremder Männer, die von der Straße in das Haus hineinkamen, konnte W. aus den Händen des Verwalters befreit werden. W. hatte im Gesicht mehrere Wunden, die ihm durch die Scherben des Topfes beigebracht worden waren, darunter einen klaffenden Riß von vier Zentimeter Länge. Er mußte sich von einem Arzt verbinden lassen und war am andern Tage genötigt, das Bett zu hüten. Seine Frau ging dann zum Polizeiarzt und gab den Vorfall zu Protokoll. Die Wunde erhielt einen pikanten Beigeschmack dadurch, daß der Herr Verwalter Friedrich, über dessen Werten im Hause Rigauer Straße 101 die Polizei ein Protokoll aufnehmen mußte, selber Polizeibeamter ist. Man weiß ja, daß vielen Hausbesitzern die Polizisten — solche, die noch im Amt sind, aber auch solche, die sich schon des Ruhestandes erfreuen — im Hinblick auf ihre berufliche Tätigkeit als ganz besonders geeignet für den Posten eines Verwalters gelten. Warten wir's ab, ob dem Strafantrag gegen den hausverwaltenden Polizisten, der am Kopfe eines Mieters den Milchtopf gerschlug, stattgegeben werden wird.

Beschädigte Postwertzeichen usw. Den Verkauf von Postwertzeichen durch die Postanstalten betreffen einige neue oder abgeänderte Bestimmungen des Reichspostamts, die von allgemeinem Interesse sind. Mangelhafte oder beschädigte Wertzeichen, die in die Hände des Publikums gelangt sind, haben die Postanstalten auf Erlauchen zurückzunehmen und gegen probemäßige Stücke umzutauschen. Die Postanstalten haben stets einen angemessenen Vorrat von Postwertzeichen sowie von Postpatentadressen mit aufgestellten Freimarke zu 20 Pf., 25 Pf. und 50 Pf. bereitzuhalten. Bei Bedarf sind auch mit Freimarke beliebige Formulare zu Postanweisungen vorrätig zu halten. Wenig bekannt ist ferner, daß auch die Beträge für Wertzeichen im Citrowege beglichen werden können. Die Bestimmungen darüber sind dieselben geblieben.

Staatliche Kurse in Groß-Berlin. Staatliche Kurse verschiedener Art finden im Herbst in Groß-Berlin statt. Vom 19. Oktober bis 2. November läßt der Handelsminister einen staatlichen Zeigkursus in Ober-Schöneeweide abhalten. Die Teilnehmer müssen mindestens ein Jahr lang einen Dampfessel bedient haben. Anmeldungen nehmen die Gewerbeinspektionen von Niederbarnim Süd-Ost in Berlin NW. 62, Tomastusstraße 22, und von Teltow-Ost in Berlin NW. 62, Werfstraße 2, sowie der Amtsvorsteher in Ober-Schöneeweide bis zum 1. September an. Im Herbst findet ferner ein neunmonatiger Kursus zur Ausbildung öffentlicher Desinfektoren an der Desinfektorenschule in Potsdam statt. Die Bewerber müssen zur Anstellung als öffentlicher Desinfektor für einen bestimmten Bezirk in Aussicht genommen sein.

Drei Tage und vier Nächte hilflos im Walde gelegen. In einem furchtbaren Zustande wurde Dienstag, spät abends, ein junges Mädchen in der Buhlheide aufgefunden. Es handelt sich um die 20 Jahre alte Feida J. aus der Weihenburger Str. 34. Das junge Mädchen ist vor einiger Zeit das Opfer eines schweren Unfalles geworden und es verlor dabei beide Beine. Seitdem trug sie künstliche Stelzbeine und sie vermochte mit deren Hilfe recht gut vorwärts zu kommen. Am Montag vormittag fuhr die J. nach Köpenick und machte einen Spaziergang in die nahe gelegene Buhlheide. Sie wurde durstig und um den Durst zu löschen, schmeckte sie die künstlichen Beine ab und froh aus ihrer der etwas tief liegenden Buhlheide. Währenddessen nahen drei junge Leute der Stelle, an der die künstlichen Beine lagen. Zwischen ihr und der Trinkhütte befand sich ein dichter Gestrüpp. Die drei, die die J. möglicherweise nicht sahen, eigneten sich die Beine an und eckerten sich damit. Erschrocken rief ihnen das junge Mädchen nach, doch vergeblich. Müdig gingen die Unbekannten weiter. In verweirter Stimmung kroch nun das junge Mädchen zurück nach einem dichten Gestrüpp, unter dem es sich niederlegte. Sie stieß Hilferufe aus, doch da die betreffende Stelle gänzlich abgelegen ist, so verhallten die Rufe ungehört. So war denn das bedauernswerte Geschöpf gezwungen, den ganzen Tag und auch die Nacht über hilflos im Walde zu bleiben. Aber auch am nächsten Tag änderte sich die Situation nicht. Die

J. wurde immer kränklicher und als auch am dritten und vierten Tag niemand der fraglichen Stelle nahe, ergab sich das junge Mädchen seinem Schicksal. Es wäre auch zweifellos elend verhungert, wenn nicht zufällig gestern abend einige Köpenicker Bürger, die in einem Restaurant gewesen waren, an der Stelle, an der die J. lag, vorübergekommen wären. Hilferufe konnte die Unglückliche nicht mehr ausstoßen. Sie war zu schwach dazu. Die Spaziergänger sahen die Kleider aus dem Gestrüpp herausstimmern und als sie hinzutraten, fanden sie das junge Mädchen in einem außerordentlich bellagerten Zustand vor. Anfaßen durften sie das Mädchen nicht, es schrie sonst schmerzhaft auf. Sie war kaum fähig, über ihre Persönlichkeit die allernötigsten Angaben zu machen. Man benachrichtigte die Polizeibehörde in Köpenick. Diese ließ die J. um 11 Uhr in einem Krankenwagen nach dem Köpenicker Krankenhaus bringen. Der Körper des jungen Mädchens ist vollständig heruntergekommen, doch dürfte es der behutsamen Pflege und Behandlung der Ärzte gelingen, die Lebensgefahr zu beseitigen. Die künstlichen Beine sind bereits wieder gegeben worden. Sie waren auf dem Bahnhof Sadowa als Fundobjekt abgegeben.

Nach den bisherigen Ermittlungen kann es als feststehend erachtet werden, daß drei junge Leute in böswilliger Absicht die künstlichen Beine fortgenommen haben. Die drei waren kurz vorher in einem Restaurant in der Nachbarschaft gewesen und hatten dort Willard gespeist. Geld hatten sie nicht bei sich. Das vermisste die Rufen der J., das sie unbedingt hören mußten, rührte die rohen Gesellen keineswegs. Mithin den Stiefeln, die daran befestigt waren, nahmen sie die Beine fort. Der Polizei war später die Nachricht zugegangen, daß die entwendeten Gegenstände auf dem Bahnhof in Sadowa als Fundobjekt abgegeben worden seien. Dies trifft jedoch nicht zu. Jedenfalls haben die drei Durch die Abfuhr, die künstlichen Beine, die einen Wert von 400 M. haben, in Berlin zu verkaufen, um dadurch wieder zu Geld zu kommen. Die J. war bereits seit vier Wochen aus ihrer Schlafstelle in der Weihenburger Straße verschwunden. Die Werdauernwerte hatte die Miets nicht bezahlen können und da sie sich keinen anderen Rat wußte, fuhr sie nach der Buhlheide heraus und hielt sich dort Tag und Nacht auf. Einen ganzen Monat hindurch brachte sie es fertig, nur von Beeren und Pflanzen zu leben. Nachts suchte sie unter Sträuchern Zuflucht, unter denen sie schlief. Sie führte ein unendlich trauriges Dasein. Bei ihrem Zustand wagte die Werdauernwerte es nicht, sich zu den Menschen wieder zurückzugeben. Natürlich ging das junge Mädchen bei einem derartigen Leben förmlich zurück, und schon am Montag, als ihr der verhängnisvolle Zwischenfall passierte, befand sie sich in einem entsetzlich ausgehungerten Zustand. Sobald sie Menschen im Walde ansichtig wurde, zog sie sich in die Gebüsche zurück. Zu verwundern ist es, daß die J., die übrigens eine ausnehmend hübsche Erscheinung sein soll, es überstanden hat, fortwährend die fallen Rinde da draußen im Forst zuzubringen. Ihr Zustand hat sich bereits gestern im Krankenhaus etwas gebessert. Die Polizei sucht jetzt die drei jungen Leute zu ermitteln.

Ein Revolverattentat ist am Mittwochnachmittag auf der Chaussee zwischen Grünau und Nieder-Schöneeweide verübt worden. Der Kutscher einer hiesigen Kolonialwarenhandlung hatte in Grünau Ware abgeliefert und als er sich mit seinem Fuhrwerk auf der Heimfahrt befand, wurde plötzlich ein Revolver auf ihn abgefeuert. Dicht am Kopfe sauste das Geschloß vorbei. Der Gefährdete schlug nun auf seine Pferde ein und jagte, um weiterer Gefahr zu entgehen, davon. Vermutlich hat es sich um einen Raubanschlag gehandelt. Es wurde auf der erwähnten Chaussee schon öfter auf Kutscher geschossen, bei denen viel Geld zu vermuten war.

Der entkommene Straßendieb. Eine Diebeskomödie hat sich zu gleicher Zeit in der Wismanstraße abgepielt. Die in der Wismanstraße 10 wohnhafte Frau des Bräuers St. hatte ihren sechsjährigen Sohn nach einem Kaufmann in der Nachbarschaft geschickt. Sie hatte dem Kleinen ein Zweimarkstück mitgegeben und als er den Laden betreten wollte, fiel ein fremder Durche über ihn her, entriß ihm das Geld und ergriff die Flucht. Der Verwalter W., der den Vorfall beobachtet hatte, machte sich sofort an die Verfolgung des dreifachen Straßendiebes und es glückte ihm auch, den Flüchtling festzunehmen. Mit Gewalt setzte sich der junge Durche jedoch zur Wehr; er versuchte sich zu befreien und es dauerte nicht lange, so war ein großer Menschenauflauf entstanden. Troßdem der Verwalter den Umstehenden erklärte, um was es sich hier handle, ergriffen die Leute für den Dieb Partei und W. wurde demselben vom Publikum bedrängt, daß er den Räuber schließlich freilassen mußte. Dieser verschwand dann so schnell als möglich. Die Zuschauer hatten den Angaben des W. keinen Glauben geschenkt und waren aus diesem Grunde gegen ihn vorgegangen. Die Polizei sucht nachträglich den Dieb.

In der Bombenaffäre in der Krausenstraße wird die von uns gegebene Darstellung des Falles jetzt auch von anderer Seite bestätigt. Die Bomben-Zugredienzien waren nicht völlig gefahrlos, hätten aber zur Herstellung explosiver Stoffe nicht ausgereicht.

Frau aus dem Fenster gekürzt. Die traurige Affäre in der Grünthaler Straße, über die wir wiederholt berichteten, spielte sich nicht in der Grünthaler Straße 29, sondern im Hause Nr. 5 ab.

Kaschierend verschleppt ist die 17jährige Tochter des Predigers Kahlhoff, Marktgrasendamm 88, die seit vierzehn Tagen spurlos verschwunden ist. Ohne irgendwelchen Grund verließ das junge Mädchen das Elternhaus und lehrte nicht wieder zurück. Nur eine Mark hatte die Vermisste bei sich. Bekleidet ist sie mit heller Wulfe, schwarzem Rock, roten braunen Halbschuhen und roter Tändelschürze. Kann ein Leser vielleicht Auskunft geben?

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 3 Uhr wurde die Feuerwehr wieder einmal böswilligerweise nach der Schulstr. 1 alarmiert. Diesmal wurde aber der städtische Löcher erwischt und mit nach der Feuerwehrgehe genommen. Er entpuppte sich dort als der 24jährige Arbeiter Richard Reich aus der Sparkstraße 18. Er wurde der Polizei übergeben und sieht nun einer Strafe entgegen. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Marsiliusstraße 11 zu tun, wo in einem Laden Kohlen u. a. brannten. Ein kleiner Wohnungsbrand mußte Wisbher Straße 74, nachts um 11 1/2 Uhr, gelöscht werden. Der 5. Zug wurde nach der Köpenicker Straße 71 gerufen, wo durch die Explosion einer Flasche Tosal der Arbeiter Sprenger Verbrennungen zweiten Grades am rechten Arm erlitten hatte, der ihm von einem Arzt verbunden wurde. Am Kottbuscher 83 war in einer Metallschmelze Feuer ausgebrochen, das Holz u. a. ergriffen hatte. Es gelang, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Die Schöneberger Feuerwehr hatte in der Ebersstraße 34 zu tun, wo eine Person mit Sauerstoff behandelt werden mußte.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Rechenhold am Sonntag, den 16. August, nachmittags 5 Uhr über „Die Wohnbarkeit der Welten“ und abends 7 Uhr über „Kometen und Sternschnuppen“. Ferner Montag, den 17. August, um 9 Uhr abends über „Allgemeine Astronomie“. Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. Die Vorträge, die gemeinverständlich sind, finden während des Neubaus der Treptow-Sternwarte statt im Restaurant Anape, vormals Jauner, Treptower Chaussee 29 (Hörsaal 1. Trepp). Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage die Venus, welche als Sichel sichtbar ist, abends Mond, Saturn und das vierfache Sonnensystem Vega in der Leher gezeigt.

Arbeiter-Bildungsschule. Morgen, Sonntag, den 16. August, Familienausflug nach Sadowa-Rickmal. Abfahrt des Zuges: Alexanderplatz 8,59, Jannowitzbrücke 9,01, Schleißer Bahnhof 9,04; Treffpunkt für Radfahrer bis 10 1/2 Uhr. Restaurant zur Waldschänke, am Bahnhof Sadowa gelegen; von 12 Uhr mittags ab „Restaurant Heidekrug“ (Jnh. Dräger) in Rickmal. Zu erreichen vom Bahnhof Köpenick zu Fuß oder mit der städtischen Straßenbahn. Am zahlreiche Beteiligung erucht. Das Komitee.

Der Verein der polnischen Genossen von Berlin, Nizdorf, Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, den 16. August, einen Familienausflug nach Baumgartenweg-Königsheide.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Sitzung der Gewerkschaftskommission. Die Unterkommission der Berliner Gewerkschaftskommission hielt eine Sitzung ab. Die Delegierten wählten zu ihrem Obmann den Genossen F. Kupfer (Metallarbeiter), Kronprinzenstraße 16. Als dessen Vertreter den Genossen O. Liebermann (Holzarbeiter), Gürtelstr. 2. Mit dem Amte eines Schriftführers wurde Genosse H. Schulze (Maler) betraut. Aus den Mitteilungen ist hervorzuheben, daß am 27. August die Wahlen der Delegierten zur Ortskrankenkasse Hohen-Schönhausen stattfinden. Da auch dieser Ort der Kommission in Gewerkschaftsangelegenheiten untersteht, wurde beschlossen, sofort die Vorbereitungen in die Hand zu nehmen. Gemeint sei, daß die Wahlen noch nach dem alten Gruppensystem stattfinden. Es sind daher die Gewerkschaftsagenden in den einzelnen Betrieben verpflichtet, die Kommission sofort durch Angabe geeigneter Kandidaten zu unterstützen. Es wird zu diesem Zweck am Dienstag, den 18. August, abends 5 1/2 Uhr, eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten werden.

Es fehlten ohne Entschuldigung die Vertreter der Barbier-, Fabrikarbeiter-, Maschinisten und Heizer-, Handlungsgeliffen-, Schmiede und der Vertreter von Wilhelmberg.

Nieder-Schönhausen.

Als einen Eingriff in die Selbstverwaltung betrachten die Berliner Vororte eine Verfügung der Aufsichtsbehörde, welche ihnen empfiehlt, zukünftig die Klassenrevisionen von Beamten der Provinz vornehmen zu lassen. In allen Gemeinden lagen sowohl die außerordentlichen als auch die regelmäßigen Klassenrevisionen bisher einer von den Ortsparlamenten gewählten Kommission ob, in welche selbstverständlich in erster Linie mit den Klassenverhältnissen vertraute Personen gewählt wurden. — Die Vororte sehen in der Verfügung einen Eingriff in ihre Selbstverwaltungsrechte. — Als erste Gemeinde hat sich Nieder-Schönhausen mit der Angelegenheit beschäftigt und nach einem Referat des Bürgermeisters Dr. Abraham einstimmig beschlossen, es bei der bisher geübten Praxis zu belassen und den Antrag der Aufsichtsbehörde abzulehnen, weil die Nieder-Schönhauser Klassenverhältnisse in bester Ordnung seien und von der zuständigen Gemeindeformation regelmäßig auf das gewissenhafteste geprüft würden. Von diesem Beschlusse ist der Aufsichtsbehörde Mitteilung gemacht worden.

Zossen.

Das Gewerkschaftsfest veranstaltet am Sonntag, den 16. August, im Lokale des Herrn Kurzner von nachmittags 1/2 3 Uhr ab ein Gewerkschaftsfest.

Spandau.

Die Arbeiter der Staatswerkstätten, welche in fiskalischen Häusern oder in der Kolonie Haselhorst Wohnung genommen haben, sind neuerdings mit neuen Hausordnungen beglückt worden, die von der Kgl. Feldzeugmeisterei ausgearbeitet sind. In nicht weniger als 88 Paragraphen wird in diesem Umfang von Hausordnungen festgelegt, was verboten und was erlaubt ist. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, für die Mieter solcher Wohnungen allwöchentlich einige Instruktionsstunden anzusehen, damit sie nach und nach mit diesen 88 Hausgesetzbüchern bekannt werden, denn anders ist es gar nicht möglich, durch diesen Paragraphenwust hindurchzufinden. Es seien hier einige der neuen Paragraphen auszugsweise wiedergegeben: Für jedes Wohnhaus wird vom Direktor ein Wohnwart zum Hauswirt und einer zum Stellvertreter bestimmt, die die Befolgung der Hausordnung zu überwachen haben. Alle Treppen und Flure sind täglich zu fegen und mindestens jeden Sonnabend noch zu wischen. Arbeiten jeder Art sind nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen gar nicht gestattet. (Da der Mann von morgens 6 bis abends 7 Uhr arbeitet, so wird z. B. die Frau die Zerklammerung des Holzes, die Gartenarbeit usw. allein machen müssen. Eine Reinigung der Zimmer, Bettenmachen, Kochen, Stiefelputzen usw. darf danach Sonntags gar nicht gemacht werden, da ja Arbeiten jeder Art verboten sind.) Verboten sind ferner das Reinigen der Wäsche in den Wohn- und Badstuben, sowie in den Kochküchen, das Heraushängen von Betten usw. aus den Fenstern, der Betrieb eines Gewerbes in den Dienstwohnungen usw. Die Anbringung von Paravents, Gartenzäunen, elektrischen Lichtanlagen usw., das Legen von Kinkeln, die Errichtung von Gartenlauben und Hühnerfäulen bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Zur dauernden Unterbringung von Schlafbüchern oder Angehörigen in den Wohnungen ist die Genehmigung des Direktors nachzugehen. Der Genehmigung des Direktors bedarf auch das Halten von Haustieren. Jeder Wohnungsinhaber hat bei längerer Abwesenheit sämtliche Schlüssel dem Hauswirt zu übergeben, damit die Wohnung im Notfall betreten werden kann. Das Anbringen von Blumenbrettern ist nur mit Genehmigung des Direktors gestattet. Die Garteninhaber haben die Verpflichtung, beim Abzuge alle gepflanzten Bäume, Sträucher und solche Pflanzen, die im freien Lande überwintern, dem Nachfolger ohne Entschädigung zu überlassen. Für die Beleuchtung der Treppen und Flure haben die Wohnungsinhaber selbst zu sorgen. Verstöße gegen die Hausordnung werden vom Direktor mit einer Ordnungstrafe von 50 Pf. bis 10 Mk. belegt.

Muß das herlich sein, in solch einem Kasernement zu wohnen. Für solch eine Reglementierung müssen die Mieter aber ohnehin noch ihre schwere Miete zahlen. Man hat in Zeiten von Wohnungsnot immer über die sogenannten Berliner Mietsverträge geklagt, diese sind aber noch golden gegen diese Sparragraphische Hausordnung der fiskalischen Wohnhäuser. Es fehlt bloß noch, daß man noch das Verhalten der Mieter nach Feierabend regelt, daß jeder um 10 Uhr im Bett sein muß und wer länger aus, und ausbleiben will um Urlaub nachzugehen hat, und das Zuchthaus ist fertig. Diese Sorte von Arbeitermohlfahrt, denn so wird es ja genannt, kennzeichnet so recht den preussischen Mietsbürger. Wenn die Mieter solcher Wohnungen noch ein Fünftel Gefühl für Freiheit besitzen, dann würden sie dem Direktor eine solche Hausordnung vor die Füße und zögen aus. Aber ein großer Teil der Staatsarbeiter fühlt sich ja nicht wohl, wenn nicht immer einer mit der Krute hinter ihnen steht. Sie werden ja danach erzogen. Nun, vielleicht kommt es hier auch noch mal anders.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle an unentgeltlicher Verwendung für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesehallen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die öffentliche Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Kranke und Sterbefälle der Metallarbeiter. (S. 29.)
Tätige Berlin 4: Heute abend 8 1/2 Uhr bei Westofen, Andraasstraße 26, Mitgliederversammlung: Wahl eines Revisors.
Freie Jugendorganisation Berlin. Heute (Sonntag) abends 8 Uhr in den Lokalen: „Mittel-Gewerkschaftshaus“, Wilsenstr. 24, Fritz Gülke, Brunnenstr. 188, „Zum Freischütz“, Brühlstr. 90a, Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147, öffentliche Versammlungen. Es sprechen die Genossen: Karl Böttcher über „Der besessene Landbote“, Simon Kadenstein über „Bildungsarbeit“, Georg Udo über „Die deutsche Revolution von 1848“, Dr. J. J. Adet über „Die arbeitende Jugend und die Gesundheit“, Zahlreiches Erscheinen der Jugend wird erwartet. Ermöglichte willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. August, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Wappellasse 15—17: Freireligiöse Versammlung, vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Professor Dr. A. Gehre über „Der Gang der Kultur in Europa“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Montag, den 17. August 1908, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte
Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. Osten und Nichtenberg: bei Litfin, Memeler Str. 67.
2. Strauß-Rummelsburg: in den Markgrafensälen, Markgrafendamms 34.
3. Weichensee: bei Rostkopf, Königs-Chaussee 38.
4. Süden: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal).
5. Nizdorf: bei Hoppe, Hermannstr. 49.
6. Westen und Schöneberg: bei Büßke, Dennewitzstr. 13.
7. Noabit: in Brünings-Pracht Sälen, Wielestr. 24.
8. Norden: im Brunnentheater, Badstr. 58.
9. Charlottenburg: im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
10. Steglitz: bei Schellhase, Ahornstraße.
11. Ober-Schöneeweide: im Lokal Gasselwerder, Gasselwerder Straße.
12. Spandau: bei Böhle, Habelstraße, früher Ulrich.
13. Köpenick: bei Lehmann, Bahnhofstr. 34.
14. Tegel: in Trapp's Festsälen, Bahnhofstr. 1.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Beratung der Tagesordnung für die am 31. August stattfindende Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand zu diesen Versammlungen Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein E. H. No. 89.

Heute Sonnabend, 15. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15:

Versammlung

Bereinsangelegenheiten. 1908 Der Vorstand.

Extra billige Promenaden-Korso-Fahrten

mit Militär-Musik

8 festlich geschmückte Salon-Dampfer

am Mittwoch, d. 19. August und Donnerstag, d. 20. August

ab Schillingsbrücke

nach dem Müggel- u. Langen See.

Abfahrt von 2 Uhr nachm. an. Außerdem Abfahrt abends 8-9 Uhr; mit illuminierten Dampfern, zur Besichtigung der erleuchteten

Bismarck-Warte

Dann zurück nach dem festlich dekorierten Restaurant „Kyffhäuser“

Dasselbst: Großer Sommernachts-Ball.

Fahrtpreis hin und zurück 50 Pf.

Reederei Robert Tismer.

Reederei Nobiling, an der Jannowitzbrücke, am Schultheiß-Garten.

Sonntag, den 16. August: Große Dampfer-Extrafahrt

mit Musik nach Sporthaus Ziegenhals.

Abfahrt 10 1/2 Uhr. Hin- und Rückfahrt 80 Pf. Kinder die Hälfte. Jedem Naturfreund bestens empfohlen. 10045 H. Horschel.

Paul Drenske Nachfolger

Otto Berlett

Hutfabrik

Oranienstraße 172

empfehl sein großes Lager in [3853L]

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.

Reparaturen schnell, sauber und billig.

Costumrocke

auch für ganz starke Damen stets vorrätig

neueste Schnitte, elegant garniert, tadelloser Sitz, beste Verarbeitung aus prima Satintuch, 9, 12, 15, 18, 20 M., früher 15-36 M., aus englischen Stoffen, regenfest 3, 5, 8 M., früher 8-15 M., aus prima Alpaka, schwarz, blau, braun, grau, gestreift, kariert 8, 10, 15 M., früher 15-30 M., Bordüre-Röcke 5, 8, 12 M., früher 10-21 M., Volle-Röcke 8, 12, 15 M., früher 15-30 M., Waschbain, Leinen- und Piquee-Röcke 2, 4, 7, 10 M., früher 7-18 M.

Tallblusen von 7.50 M. Batistblusen von 1.50 M. an.

Jackett- u. Paletotkleider 10, 15, 20, 30 M.

Staub- und Reisemäntel 3.50, 6, 10, 15 M.

1200 englische Paletots 6, 9, 12, 18 M.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstr.

Zwei Häuser, vom Dönhofsplatz.

Brumen-Str. 17/18.

H. Greifenhagen Nachf.

Veteranen-Str. 1/2.

Heute Sonnabend: **Letzter Tag der 95 Pf.-Woche**

ferner:

Billige Lebensmittel.

Pr. Cervelatwurst, Dauerware	Pfund 1.20	Prima süße Weintrauben	Pfund 25 Pf.
Pr. Salamiwurst, do.	Pfund 1.20	Hochfeine Tafelbirnen	Pfund 15 Pf.
Pr. ff. Leberwurst	Pfund 90 Pf.	Feinste badische Pflaumen	Pfund 15 Pf.
Pr. Landleberwurst	Pfund 85 Pf.	Prima Tomaten	Pfund 12 Pf.
Prima Schinkenspeck	Pfund 90 Pf.	Feinste Tafeläpfel	Pfund 20 Pf.
Pr. Blutwurst (Hausschlachten)	Pfund 48 Pf.	Prima Zitronen	5 Stück 10 Pf.
Pr. Zwiebelwurst	Pfund 45 Pf.	Pr. voll-saftiger Schweizerkäse	Pfund 60 Pf.
Pr. Hallesche Leberwurst	Pfund 95 Pf.	Pr. voll-fetter Limburger Käse	1/2 Stck. 25 Pf.
Feinste westf. Mettwurst	Pfund 90 Pf.	Pa. vollfetter Ramadour	Stück 25 Pf.
Prima junge Gänse	Pfund 65 Pf.	Feinster Kakao	Pfund 85 Pf.
Prima Delikateß-Kassler	Pfund 95 Pf.	Gebrannter Kaffee	1/2 Pfund 48 Pf.
Prima Räucher-Lachs	Pfund 80 Pf.	Weintrauben	kleine Kiste 90 Pf.

Doppelte Rabattmarken

mit Ausnahme der Lebensmittel und 95 Pfennig-Artikel.

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Chausseestr. 63, Ecke Liesenstr.

Besonders preiswertes Angebot in

Konfirmanden-Anzüge

Enorme Auswahl in allen Stoffarten. Weltgeheudste Garantie für Haltbarkeit des Stoffes, vorzügliches Tragen und tadellosen Sitz.



Schwarz Cheviot

12-14-16-18-20-22-24-26-

Schwarz Kammg.-Cheviot

14-16-18-20-22-24-26-28-

Schwarz Tuch-Kammgarn

16-18-20-22-24-26-28-30-

Konfirmanden-Büte 1.90 2.50 2.90

Prüfungs-Anzüge

In unerreichter Auswahl und Preiswürdigkeit

5.50 9.50 11.50 13.50 15.- 18.- 21.-

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Wein-Verlauf. Sehr starkes Leder in

praktischen grauen u. braunen Streifen,

auch einfarbig. Am Bund aus einem

Stück gearbeitet. Sehr feste Stapp-

nähte. Halbbare Blot-Laschen.

Große Hiden umsonst.

Die Herkules-Hose 4 M. 50

Monteur-Jackets „Edison“

schwarz Körper oder Dreif 2 M. 65

Monteur-Jacken „Edison“

schwarz Körper oder Dreif 2 M. 35

Handwerker-Hosen Gambinus 6 M. 75

Rauschell-Jackets Gambinus 11 M. 75

Wasser-Stittel 3.50, 2 M. 25

Reichmiller-Mittel (braun) 3.25, 2 M. 75

Weiße Lederhosen 4.50, 3 M.

Reißel-Anzüge 7.25, 6.-, 5 M. 50

Weiße Jackets für Feine, Reiner, Kombioren, Röcke usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30.

Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die

Bundweite und die Schnittlänge, bei

Jackets und Mitteln die Brustweite

anzugeben. 35094*

Nachdruck verboten!

Wir empfehlen die folgenden

schönen Schrift

Marx als Denker.

Zum 25. Todesjahre von Karl Marx

von Dr. Max Adler

mit einem Anhang

Marx und die Dialektik

Preis 1,20 M.

Expedition des „Vorwärts“

Lindenstr. 69, Baden.

Greift zu!

den besten 38502

Monatdanze 9.50 M.

Abonnementanzüge 13.00

Wandlunganzüge 11.00

Vortieanzüge 12.00

Gehrodanzüge 14.50

Anzüge, Erbst. f. Maß 20.50

Waldst. 9.50

Hosen 2.00

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Baden.

— Straßenbahn-Vergütung. —

Sommerpreise.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor und L. Geschäft:

Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.

II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.

Preise für nur in Marken ab Maß

von 10 Str. an: 38042*

Prima la Halbsteine (bekannte

Marken). 92 Pf.

„Herbrand-Griffel“

pr. Str. 92 Pf.

„Anna od. Waldmannsheil“

pr. Str. 94 Pf.

„Pfänerichast“

pr. Str. 96 Pf.

„la Diamant“ pr. Str. 100 Pf.

bis 120 Stk.) 100 Pf.

„la Alie o. Alfo“ pr. Str. 100 Pf.

„la Anthrazit Kadé“ 2.25 M.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den

billigsten Tages- und Konvention-

preisen. Anlieferung frei Keller je

nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.

mehr. — Bei Originalanträgen und

größeren Abhängen verlangen Sie

meine Spezial-Offerte.



Centralhaus moderner Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35,

neben der Central-Markthalle,

steht an jeder Mann elegante fertige

Herren-Garderoben

sowie nach Maß unter Garantie

für tadelloser Sitz gegen wöchentl.

Teilzahlung von 1 M. an

Rufnummer u. Verhältnissen Hause.

Auf Wunsch besucht Sie unser

Stadtreisender mit den neuesten

Stoffmustern.

Sonntags geöffnet.

Kein Waren-Kredit; daher billigste Preise.

Soziales.

Lehrermahregelungen.

Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins bringt folgende Zusammenfassung:

Der Volksschullehrerstand hat den reaktionären Parteien immer als verdächtig gegolten. Daran ist nicht so sehr die oft behauptete Hinneigung der Lehrer zum politischen Radikalismus als die Aufgabe der Volksschule schuld. Mag auch die Wirksamkeit des Volksschulunterrichts noch so sehr auf der positiven, aufbauenden und erhaltenden Seite liegen, so werden durch einen Unterricht, der auch dem ärmsten Kinde in vollem Umfange zugute kommt, die Kräfte aus der Tiefe des Volkslebens emporgehoben und dadurch das Gewicht der sogenannten unteren Volksschichten verstärkt und wirtschaftliche, soziale und politische Umbildungen, die von gewissen „staatsfeindlichen“ Parteien und Kliquen als staatsgefährlich denunziert werden, langsam, aber sicher herbeigeführt. Der Volksschullehrer, der seine Mission insbesondere als Pfleger der Vernunft im Volke ansieht, wird mit gewissen politischen Anschauungen niemals auf gutem Fuße stehen. Da Träger jener Anschauungen auch in der Staatsverwaltung nicht gerade selten sind, so sind Lehrermahregelungen aus politischen Gründen auch immer vorgekommen. Seit geraumer Zeit ahmt man indessen das Beispiel der Reaktion in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als mit Diefierweg und Wabner viele andere Führer der Lehrerschaft aus dem Amte gedrängt wurden, nicht nach. Man begnügte sich meistens damit, nicht genügend vorzügliche, weniger bekannte Vertreter liberaler und „demokratischer“ Anschauungen in Dorf und Kleinstadt zu drangsalieren, durch Ordnungsstrafen und Verschüchtern zu befehlen und junge Lehrer zu entlassen. Erst in den letzten Jahren der Ära Studt hat sich das geändert. Einer der Führer der heftigen Lehrer, Lehrer Kimpel in Kassel, mußte, trotzdem er seit langer Zeit als ein Vorkämpfer des Liberalismus bekannt ist, eine Mahregelung als „Sozialdemokrat“ über sich ergehen lassen, und Herr Dr. Holle, dem der Sachverhalt genügend bekannt gegeben ist, hat diese Studische Mahregelung nicht rückgängig gemacht. Auch andere sehr bekannte Lehrer hatten sich in der letzten Amtszeit des Herrn von Studt liebevollster Aufmerksamkeit der Behörden zu erfreuen. Aber gewissermaßen als Massenerscheinung traten die Lehrermahregelungen erst unter Dr. Holle auf. Wegen einer nicht genügend schematischen Kaisergeburtstagsrede wurde der Lehrer in Josenfow gemahregelt, und weil er „die Luftklappen in der Tür nicht rechtzeitig geschlossen und dem Schulinsektor nicht schnell genug einen Sitz angeboten hatte“, Lehrer Ganzen in Tönning mit einer Ordnungsstrafe von 90 M. bedacht. Als Innes dieser letzteren Bestrafung wird in einem amtlichen Bericht allerdings angegeben, den „sozialdemokratischen Agitator“ später kurzerhand auf die Straße zu werfen. Liberale Lehrer als Sozialdemokraten zu denunzieren, war auch sonst ein beliebtes Mittel der Reaktion. Die peinlichsten dieser Mahregelungen traf indessen den hochverdienten Vorsitzenden des Pommerischen Provinziallehrervereins, Rektor Judd in Kolberg, einen Mann, der nicht nur in der Lehrerschaft der Provinz Pomern, sondern weit darüber hinaus sich des höchsten Ansehens erfreut. Die Kösliner Regierung bestätigte die Wahl des Herrn Judd in die Schuldeputation nicht.

In der Lehrerschaft haben diese und viele andere Vorgänge den peinlichsten Eindruck gemacht. Die Lehrer fragen mit Recht: Was sagt der Minister dazu? Es ist den Lehrern nichts Neues, daß man die aufstrebende Volksschule und ihre Träger an manchen Stellen argwöhnisch beobachtet und über jeden Schritt vorwärts in Aufregung gerät. Aber von der verantwortlichen Stelle im Staat, wo derartige Auffassungen schlechterdings nicht bestehen können, erwartet die Lehrerschaft Schutz und Genugtuung. Soll bei den Lehrern etwa der Eindruck entstehen, daß gewisse politische Kliquen stärker sind als die Staatsverwaltung und daß ostentativ gegen den Willkürherrscher regiert werde, etwa im Sinne der bekannten, wenig respektvollen agrarischen Aeußerungen über die Minister im Zirkus Busch? Dr. Holle hat öffentlich ausgesprochen, daß „mit dem Wokse der Volksschule das der Volksschullehrer untrennlich verbunden sei“ und daß „Unterrichtsverwaltung und Lehrer in vollem Vertrauen gemeinsam arbeiten“ müßten. Dazu gehört aber vor allem, daß sich die Lehrer in ihren staatsbürgerlichen Rechten und in ihrer beruflichen Wirksamkeit sicher fühlen. Wohin es führt, wenn sich ein großer Stand von seinen beruflichen Vertretern verlassen sieht, zeigt der Fall Rehl in Bayern. Sollen

die preussischen Lehrer zu derselben Form der Abwehr gedrängt werden? Hoffentlich nicht. Die Schule braucht Frieden. Es darf nicht jeder kleine Reaktionär, auch wenn er zufällig ein Staatsamt bekleidet, der Meinung sein, der Volksschullehrer sei politisches Feindbild. Daß das nicht geschieht, ist ein vitales Interesse des Staates und wohl eine der wichtigsten Aufgaben des Unterrichtsministers.

So guttreffend die Korrespondenz das Tatsächliche schildert, vergißt sie zu erwähnen, daß Lehrer selbst zum guten Teil daran schuld sind, daß die konservervativ-liberale Reaktion so stark geworden ist. Viele Lehrer haben bei den Wahlen leider Handlangerdienste gegen die Arbeiterklasse geleistet. Daß gegen den Rest freierwilliger Auffassung so gewütet werden kann, wie geschieht, ist eine der naturnotwendigen sichtbaren Erfolge der liberal-konserverativen Blockpolitik. Bedauerlich, wenn es Lehrer gibt, denen die Erkenntnis hierüber auch jetzt noch mangelt.

Von den Straßen- und Kleinbahnen.

Nach dem Bericht der Berufsgenossenschaft waren bei 441 Betrieben gegen 428 im Vorjahre verstorben.

Diese Betriebe beschäftigten im Jahre 1907 insgesamt 97 980 Personen oder 69 465 Vollarbeiter. Der Arbeiterwechsel ist also sehr groß gewesen. Aus der Uebersicht des Berichtes ergibt sich folgendes Bild:

Es wurden beschäftigt: bei Straßenbahnen mit tierischer Kraft, Bergbahnen usw.: 881 Personen mit einem Durchschnittslohn von 1086 M. pro Jahr, bei Straßenbahnen mit elektrischem Betrieb: 78 176 Personen mit einem Jahresverdienst von 1276 M., bei Straßenbahnen mit Dampftrieb: 20 721 Personen mit einem Jahresverdienst von 908 M., bei den Anschließbahnen mit Dampftrieb: 139 Personen mit 1876 M. Jahreslohn und bei den Anschließbahnen mit Handbetrieb oder tierischer Zugkraft 122 Personen mit 902 M. Jahreslohn.

Der elektrische Betrieb überflügelte also alle anderen Betriebsarten.

Die Unfallgefahr steigt auch im Straßenbahnbetrieb, denn im Jahre 1907 wurden insgesamt 5120 Unfälle angemeldet gegen 4574 im Vorjahre.

Auf 1000 Vollarbeiter entfallen somit durchschnittlich 78,82 Unfälle gegen 70,82 im Vorjahre und 69,74 im Jahre 1904.

Die dem Bericht beigegebenen Tabellen und graphischen Darstellungen sollen beweisen, daß „in der Unachtsamkeit der Verletzten beziehungsweise deren Leichtsinne, Handeln wider Vorschrift, Verletzung oder Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen ein recht erheblicher Teil der Unfälle, nämlich 30,9 Proz., seine Ursache findet, während nur 3,3 Proz. der Unfälle auf mangelhaften Betriebs-einrichtungen, ungenügenden Schutzvorrichtungen oder mangelhafter Unterweisung des Personals beruhen“. Unser Unternehmertum versteht wahrlich eine Statistik zu machen. Aber damit nicht genug. Die „Statistik“ geht weiter: Aber auch bei den Unfällen, welche durch die Schuld dritter — 12,2 Proz. — und in der allgemeinen Betriebsgefahr — 4,4 Proz. — ihre Ursache haben, gab nicht selten das Verhalten des Verletzten selbst erheblichen Anlaß dazu, daß der Unfall eingetreten ist. Danach haben die Krüppel und Toten gar ein besonderes Vergnügen, eine Art Sport in dem Erleben von Unfällen gefunden. Das Schönste ist aber, daß der Verletzte selbst zugeben muß, daß der sehr große Arbeiterwechsel in den Straßenbahnbetrieben die Hauptursache vieler Unfälle ist, denn 34 Proz. aller entschädigten Unfälle aus dem Berichtsjahre haben Personen betroffen, welche noch nicht ein Jahr lang im Dienst gestanden haben.

Die Aufsichtsbeamten führen dies noch näher aus. 171 Unfälle oder 34,7 Prozent sind im ersten Dienstjahre entstanden. Bei weiterer Untersuchung ergibt sich, daß 90 von diesen Unfällen oder 18,4 Prozent im ersten Vierteljahr und unter diesen wiederum 49 oder 10 Prozent im ersten Monat vorgekommen sind.

Die Unfallhäufigkeit ist daher zum großen Teil auf starken Personalwechsel und damit verbundene mangelhafte Uebung zurückzuführen. Was das Lebensalter der Verunglückten anbelangt, so ergibt sich, daß die Jahrgänge vom 25. bis 35. Lebensjahre am stärksten an der Unfallziffer beteiligt sind, und zwar mit 33 Prozent der Unfälle, ein Prozent der Verunglückten fand im Alter von 15 bis 16 Jahren.

Und wie sorgt man bei diesen modernen Großbetrieben für die erste Hilfe bei Unfällen? Die Aufsichtsbeamten klagen: „Es muß jedoch immer wieder betont werden, daß diese Verbandsmaterialien

trotz wiederholter Hinweise oft in einem solchen Zustande vorgefunden werden, daß man Bedenken tragen muß, mit solchen Stoffen Wunden zu behandeln.“

Befragt haben die Aufsichtsbeamten 297 Betriebe und bemerken: „Zu 129 oder 43 Proz. der beschäftigten Betriebe waren Auffstellungen nicht zu machen, in den übrigen 168 Betrieben waren insgesamt 422 Mängel zu verzeichnen.“

Mit der Rechtsprechung im Reichs-Versicherungsamt ist die Berufsgenossenschaft immer noch nicht recht zufrieden. Es heißt im Bericht: „Ueber die Anrechnung der Schaffnertrinkgelder als Arbeitsverdienst sei bemerkt, daß auch im Berichtsjahre wiederholt diese Frage Gegenstand des Rekurses gewesen ist, aber alle ergangenen Entscheidungen die Anrechnung der Trinkgelder zum Jahresverdienst bejaht haben.“ Es war also nicht mit dem Angriff im letzten Jahre. Dabei hat die Berufsgenossenschaft gar keine Ursache, dem Reichs-Versicherungsamt böse zu sein. Denn von den Rekursen wurden 45 zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 14 zugunsten der Verletzten entschieden.

Die Zustände im Geschäftsbetriebe des Kaufhauses Franz Sonntag wurden am Donnerstag gelegentlich der Verhandlung einer gegen dieses Kaufhaus gerichteten Massenklage vor der fünften Kammer des Kaufmannsgerichts beleuchtet. Sieben frühere Verkäufer klagten auf Zahlung des Gehalts bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist. Sie waren sämtlich auf Grund eines Vertrages sofort entlassen worden, in welchem sie als zur Aus-hilfe mit täglicher Kündigung angestellt bezeichnet wurden. Nun hat das Geschäft im letzten Jahre häufig seinen Besitzer gewechselt, so daß die Angestellten fast alle Monate mit einem neuen Prinzipal zu tun hatten. Bald figurirte Frau Regina Cohn als Inhaberin, bald ihr Ehemann. Nach dem Anfang März d. J. erfolgten Konkurse mußte das Personal gegen die Konkursmasse klagen, und drei Tage lang war sogar Jandorf der legitime Besitzer des Unternehmens. Auf Umwegen kam es wieder in den Besitz von Frau Regina Cohn zurück, und gegen diese ist auch die jetzige Klage gerichtet. Das Kaufhaus Sonntag hielt nun die Angestellten dadurch in einer dauernden Aushilfsstellung, daß es sie bei jedesmaligem nominellen Besitzwechsel einen neuen Aushilfsvertrag unterzeichnen ließ. Die Verträge wendeten ein, daß jeder Aushilfsvertrag für sich gültig sei, da jeder Vertrag immer wieder mit einem neuen Chef abgeschlossen sei. Die Kläger halten indessen dem entgegen, daß ebenso angezweifelt wie der von der Firma arrangierte „ewige Ausverkauf“, der bald als „Konkurs“, bald als „Totalausverkauf“ bezeichnet werde, auch die „ewigen Aushilfsstellungen“ seien. Daß in Wirklichkeit kein Totalausverkauf vorliege, geht daraus hervor, daß im Juni noch für 15—20 000 Mark Ware nachgeschoben wurden. Demgegenüber erklärt der Vertreter der Beklagten, daß diese Waren aus dem Engrosgehalt des Herrn Cohn — des Ehemannes der Inhaberin — stammten.

Das Kaufmannsgericht sprach mit Ausnahme eines Klägers, der sich durch Revers seiner Rechte begeben hatte, allen Klägern das geforderte Restgehalt zu. Das Gericht ist der Ansicht, daß offenbar eine Umgehung des Gesetzes stattgefunden hätte. Wenn auch formell ein Firmenwechsel stattfand, so hat eben die neue Firma die Sünden des alten Geschäftes mit übernommen. Es handelte sich in allen Fällen um keine vorübergehende Aushilfe. — Eine schon früher gegen das Kaufhaus Sonntag in ähnlichem Sinne ergangene Entscheidung ist bereits in der Berufung vom Landgericht bestätigt worden.

Witterungsüberblick vom 14. August 1908, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. d. d. d. d. Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. d. d. d. d.

Wetterprognose für Sonnabend, den 15. August 1908.

Zeitweise aufklarend, aber noch veränderlich bei meist schwachen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge, um Mittag etwas wärmer. Berliner Wetterbureau.

Marie Ritzenhain geb. Klein. 10076 Karl Ritzenhain. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Heilig Kreuz-Kirchhofes, Marienhof, aus statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Ortöverwaltung Berlin II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Arbeiter Gustav Rüstig am 12. d. M. nach schwerem Leiden im 38. Lebensjahre gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Am 12. August verstarb unser Mitglied, der Restaurateur Gustav Rüstig, Pappel-Allee 18. Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Hermann Ertzsänger (16. Bezirk) verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin. Todes-Anzeige. Am 13. August verstarb das Mitglied Max Maasch. Ehre seinem Andenken!

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei dem Begräbnis meiner lieben, guten Frau und guten Mutter Emma Rose sagen mir hierdurch allen Verwandten und Bekannten aus Tegel, insbesondere Herrn Prof. Gebrde der Preussischen Gemeinde für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den Kollegen aus der Lokomotivmontage, Abteilung Häufelbau, der Firma H. Vörlig unseren herzlichsten Dank. Tegel, den 13. August 1908.

Dr. Schünemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-12, 5-7, Sonn- 10-12 Uhr.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-12, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Massenanfertigung — feinste Verarbeitung. Grosses Stofflager. Erstklassige Schneiderwerkstatt im Hause. Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kreditkaus. J. KURZBERG Rosenthalerstrasse 40-41 (Hakenacher Markt) und An der Jannowitzbrücke 1, 1 Bahnhof Jannowitzbrücke.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege Gustav Strobel am 12. d. M. im Alter von 27 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Emil Rose, Tochter, Wirtin, Schwester, Schwager, Großvater. Schutz-Marke. Sollten Sie kaufen als das Weissen-Selendulver „Goldperle“, weil jedem Paket ein reizendes, praktisches Geschenk beigelegt ist. Näheres Sie auf den Namen „Goldperle“.

Nichts anderes. Sollten Sie kaufen als das Weissen-Selendulver „Goldperle“, weil jedem Paket ein reizendes, praktisches Geschenk beigelegt ist. Näheres Sie auf den Namen „Goldperle“. Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Wollen Sie Kinder? die kräftig, frohenstark, gegen Krankheiten widerstandsfähig und intelligent sind, dann lesen Sie zwei Briefe Berliner Hausfrauen: Dr. med. Müller's Muttermilchzucker ist für einen Säugling bei gewissenhafter und sauberer Pflege das Beste, was ich bis jetzt überhaupt als erfahrene Hausfrau kennen gelernt habe. Frau M. L., Vöppelner Straße. Dies ist wirklich ein feines Produkt und bekommt meinem Kinde ganz vorzüglich. S., Poststraße. Geben Sie zu jeder Flasche zusätzlich 1 Teelöffel Dr. med. Müller's Muttermilchzucker, so wird die Nahrung im Nährstoffgehalt und Geschmack der Muttermilch ähnlich, Knochen und Muskeln werden schnell entwickelt, die Kinder werden kräftig, gesund und intelligent. Machen Sie einen Versuch, Sie werden sehen, mit welcher Gier die Kinder schon so zubereitete Milch trinken. Scht in großen Dosen zu 1 M. im Spezialgeschäft für Körperkultur, Kurfürstentrasse 33 (nahe Potsdamer Straße). Zufendung Berlin frei Haus. Muster, Prospekt gratis mit erster Sendung. Gratis!

